

INHALT DES MÄRZHEFTES / 1931

Leitaufsatz

IG. SCHMERZ

Verschiebungen im Donaauraum 177

Geopolitische Berichterstattungen

ERICH OBST

Berichterstattung aus Europa und Afrika . 183

KARL HAUSHOFER

Bericht über den indopazifischen Raum ... 186

OTTO MAULL

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt..... 195

OTTO MAULL

Erdumspannender Bericht..... 201

Geopolitische Untersuchungen

FRIEDRICH BURGDÖRFER

Entwicklung der Erdbewölkerung und des Deutschtums in der Welt II 211

KARL HEYER

Die britische Auswanderung 217

KARL HAUSHOFER

Wanderwucht der Monsunländer 224

J. HOGE

Das neue Einwanderungsgesetz der Union von Südafrika 234

KARL SAPPER

Die Indianer und ihre Kultur einst und jetzt 235

Aus der Weltwirtschaft

KARL THALHEIM

Die Überseewanderungen der europäischen Völker als Faktor der Wirtschafts- und Sozialgestaltung I 240

Literaturberichte

PAUL ROHRBACH

„Rhein-Main-Donau“ 247

OTTO MAULL

Literaturbericht aus der amerikanischen Welt 250

GERHARD HERRMANN

Weltwirtschaftlicher Literaturbericht..... 253

IG. SCHMERZ:

Verschiebungen im Donaauraum

Raum gegen Nation

Die Bewegung im Donaauraum, die genau an dem Tage begann, an dem unter der zentrifugalen Spannung der vielen sich kreuzenden und befehdenden nationalen Strömungen die habsburgische Monarchie auseinanderbarst, um den „Nachfolgestaaten“ Platz zu machen, ist noch lange nicht beendet. Der Versuch der Kleinen Entente, diesen Raum vom Negativen her, im Sinne einer statischen Vertragsorthodoxie, zu gestalten, ist mißlungen. Begriffe wie: Donauföderation, Donauzollunion und ähnliche, mußten blutleere Schemen bleiben, da das angeblich „konservative“ Element dieser Vertragsorthodoxie die immerhin aufdämmernde Erkenntnis durchaus abweichender, wenn nicht gar widersprechender, wirtschaftlicher Notwendigkeiten aus nur akuten Zweckmäßigkeitserwägungen zurückdrängte. So kam es zu dem unausbleiblichen Konflikt mit der dieser Statik eigentümlich verschwisterten Dynamik, dem einzigen Ventil der Leidtragenden dieses Friedens, als deren konsequentester Vertreter in diesem Raume Ungarn zu bezeichnen ist; hierzu mußte folgerichtig auch der Konflikt mit der antipolaren Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung treten, deren Ausgangspunkt wohl jenseits aller Politik liegt,

deren Zusammenstoß jedoch mit den statischen Gebilden der Politik in einem bestimmten Stadium unausbleiblich ist. Dieser Konflikt scheint unlösbar, je ausschließlicher der Grundsatz des status quo, der „Endgültigkeit“ des Versailler Vertragssystems die Politik auch der südöstlichen Siegerstaaten beherrscht. Der Versuch einer Umgehung dieses Konflikts durch eine lokal begrenzte vertikale Gliederung der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Staaten des Donaumaues mußte seiner Willkürlichkeit wegen in großem Umfange versagen; er mußte ferner versagen wegen der fortschreitenden, scheinbar unaufhaltsamen Proletarisierung der Konsumentenmassen dieses Raumes, der Bauernschaft, die durch mehr oder weniger weitgehende Agrarreformen wirtschaftlich „befreit“ und gleichzeitig gebunden, dem „Unternehmerschicksal“ in seiner ganzen Schwere preisgegeben sind. Die absolute Identität des Entwicklungsablaufs in diesem Raume nach Ursache und Wirkung: gleichgeartete wirtschaftliche Struktur, ähnlicher soziologischer Aufbau, ähnliche Folgen der falschen und willkürlichen Besitzverteilung (man begegnet auch hier, Folge eines sinnlosen Rationalismus auf falschem Gebiete, einer Kapitals- und sonstigen Besitzakkumulation von manchmal nicht nur relativ überraschenden Maßen), ähnliche staatliche Kreditschwierigkeiten, die durch keine Form der Anleihepolitik in zweckentsprechender Weise behoben werden können; als sichtbares Resultat schließlich: bis zur Identität ähnliche wirtschaftliche und soziale Krisenerscheinungen — alle diese zum Teil allerdings nur instinktiv erfaßten Ursachen haben das Problem des Wirtschaftsraumes wieder aufgerollt. Die Donaumonarchie, von nationaler Dynamik in Verbindung mit französischem Rationalismus in Stücke geschlagen, kehrt immer häufiger in die Vorstellungswelt der Wirtschaftspolitikern seit kurzem sogar der verantwortlichen Staatsmänner dieses Raumes zurück — gewiß nicht als Wunschziel, aber als vergleichsweise herangezogenes, weil größtenteils erlebtes Beispiel eines autarkischen Wirtschaftsgebietes. Die Inkongruenz — die Nichtidentität des nationalen und des Wirtschaftsraumes, drängt sich mit einer Unmittelbarkeit auf, die unabweisbar ist. Geopolitische Überlegungen treten, wenn vorerst auch nur zögernd und von tausend Hemmungen der verschiedensten Art gleichsam gefesselt, über die Bewußtseinsschwelle. Nationaler Sinn, so zwangsläufig er sich auch durchsetzen mußte, wird — man kann es mit den Händen greifen — zum wirtschaftlichen Widersinn. Die rasche Proletarisierung der durch Agrarreformen in ihrem Landhunger vor ganz kurzem erst befriedigten Bauernmassen kann zur neuerlichen Bildung einer „agrarischen Reservearmee“ führen, die sich durch Abwanderung in die wenigen Städte mit ihren unreifen, oft unorganisch entstandenen und willkürlich erhaltenen Industrien nur allzu leicht in eine völlig hoffnungslose industrielle Reservearmee verwandeln kann — ein katastrophenreicher Umweg zum ursprünglichen Ausgangspunkt, den eben jene Reformen zu vermeiden bestimmt waren. Die kurze Spanne Zeit, in der das nationale Moment stark genug war, um alle sozialen Tendenzen in den Hintergrund zu drängen, liegt — in gewisser

Sinne — hinter uns; der nationalen Dynamik ist zwar nicht plötzlich, aber in einem höchst kritischen Augenblicke ein neues Element entgegengetreten, dessen eigengesetzliche Dynamik dem Souveränitätsbewußtsein durchaus zu widersprechen scheint.

Ausgleich durch Organisation von „Donaeuropa“?

Da trotz aller Erschütterungen, denen Begriff und Einrichtung von allen Seiten her ausgesetzt sind, die statische Ausdrucksform nationaler Dynamik bis auf weiteres der Staat ist und bleiben wird, liegt nichts näher als der Versuch, diesen Zwiespalt von der rationalen, d. h. der technischen Seite her zu lösen. In diesem Stadium befindet sich die Bewegung im Donauraume in diesem Augenblicke; ihre jüngsten Etappen sind die Agrarkonferenzen des vergangenen Jahres. Es ist der Versuch einer Verselbständigung des wirtschaftlichen Problems, seiner Abspaltung vom Raumproblem; der Versuch einer wenigstens teilweisen Beseitigung des hier bestehenden funktionellen Zusammenhanges. Da man sich der Überwindung der allgemeinen, in erschreckendem Umfange und Tempo auf die Volkspsyche übergreifenden Depression nicht länger entziehen kann, beschreitet man den Weg zwischenstaatlicher Abkommen. Völlig im Banne der Ideeninflation unserer Tage, deren negativer Ursprung die an Panik grenzende Angst vor einer unausbleiblich scheinenden Katastrophe ist, überschlägt man sich im Bemühen, die landläufigsten Ideen („Europa“) auf einem bestimmten Gebiete zu „realisieren“. Da tatsächlich eine ganze Region unter dem Drucke des gleichen Schicksals, nämlich gleicher Funktionsstörungen steht, liegt scheinbar nichts näher, als der Gedanke, regionale Abmachungen vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen. Gerade aus dem Raume, in dem dieser Vorgang sich vollzieht, ist die Erklärung gekommen, es sei notwendig, an die Stelle der ehemaligen Donaumonarchie, die immerhin ein homogenes und geschlossenes Wirtschaftsgebilde gewesen sei, ein Donaeuropa zu setzen. Nicht die Formulierung noch auch der beiläufige Anlaß dieser Erklärung sind wesentlich, sondern der durch eine derartige Aussage einwandfrei erbrachte Beweis, daß man sich in einer neuen Etappe der Nachkriegspolitik befindet, in der sich — unter sehr erheblichen Schwierigkeiten allerdings, daher vorerst kaum merklich und den widersprechendsten Einflüssen ausgesetzt — geopolitische Erwägungen durchzusetzen beginnen. Noch ist diese Bewegung wesentlich instinktmäßig betont, noch überwiegen wirtschaftliche und soziale Motive; aber das darf über ihre grundsätzliche Bedeutung nicht hinwegtäuschen. Mögen in der Mehrzahl der Fälle die Versicherungen politischer Neutralität auch zutreffen, weil sie den unmittelbaren oder mittelbaren Absichten des einen oder des anderen Teilnehmers entsprechen — der Umfang, den die Bewegung in auffallend kurzer Zeit angenommen hat, und die offenbare Heterogenität der Beteiligten schloß im Anfang bereits den Gedanken nicht aus, daß die offene oder die „diskrete“ Teilnahme ein-

zelter Staaten weniger wirtschaftlich als politisch bestimmt war. Die seitherige Entwicklung hat bewiesen, daß dieser Verdacht nur allzu sehr begründet ist.

Frankreich greift ein

Eine oberflächliche Untersuchung der wirtschaftlichen Struktur der Teilnehmer der östlichen Agrarkonferenzen im Jahre 1930 ergibt, daß Ungarn, Südslawien und Rumänien als Getreide- (Weizen, Mais und Gerste) Produzenten in diesem Rahmen weitaus an erster Stelle stehen und daß sie für die Ausfuhr dieser Produkte in Europa so gut wie ausschließlich in Frage kommen. Bulgariens Ausfuhr gliedert sich mengen- und rangmäßig in: Tabak, Gemüse, Eier, Obst — und erst an dritter, der Bilanz nach erst an sechster Stelle: Getreide. Die Tschechoslowakei ist in diesem Zusammenhange hauptsächlich an der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte interessiert; auf dem landwirtschaftlichen Rohstoffmarkte hat sie nur mit internen Marktschwierigkeiten zu rechnen, insofern das eingeführte Getreide, bei mangelndem Zollschatz, billiger ist als die Inlandsproduktion. Polen, als zweites Roggenexportland nach Deutschland, ist vornehmlich an der Erzielung höherer, d. d. der Preise, interessiert, die deutscher Roggen auf dem Weltmarkt erzielt. Diesem Zwecke dient das deutsch-polnische Roggenabkommen. Trotzdem auch Polen wie die Tschechoslowakei Getreidezuschußländer sind, reicht die Spanne zwischen inländischer Erzeugung und Zuschußbedarf nicht im entferntesten aus, die Aufnahme der Exportüberschüsse Ungarns, Südslawiens und Rumäniens in vollem Umfange, auch im Normalfalle einer Mittelernte, zu gewährleisten. Eine Lösung der Preis- und Absatzfrage in diesem Rahmen, mit anderen Worten: die Voraussetzungen eines „inneren Marktes“ in dem durch die Teilnehmer der Agrarkonferenzen des Jahres 1930 angezeigten Umfange waren demnach nur zu einem ganz ungenügenden Bruchteile gegeben. Die Beteiligung baltischer Staaten war eine Zeitlang geeignet, diesen Tatbestand zu verdunkeln; ihre reservierte Haltung (durch ihre Stellung zu Rußland ausreichend erklärt) hat zuletzt, vielleicht nur unbeabsichtigt, den Versuch enthüllt, das mehr instinktive Streben der „im engeren Sinne“ mitteleuropäischen Getreideexportländer auf einer breiteren Basis schicksalsbestimmter Solidarität sich materiell zu behaupten, in politische Bahnen zu lenken — ein Versuch, der die etwaige Grundlage einer noch so ungefähr konturierten gesamtmittleuropäischen Wirtschaftspolitik in den Anfängen bereits erschüttern, wenn nicht gar vernichten sollte. Gerade die instinktive Betonung des wirtschaftlichen Motivs macht die Versuchung, die hier so deutlich in Erscheinung tretende Solidarität auf politisches Gebiet zu übertragen, um so verführerischer, als die Bewegung der südöstlichen Agrarstaaten, wenn auch latent gewiß schon vorher vorhanden, den entscheidenden Anstoß durch die neue deutsche Agrarzollpolitik erhalten hat.

Die französische Politik hat unverzüglich erkannt, daß diese Bewegung sich unter

Umständen gegen Frankreichs Hegemoniestellung auszuwirken geeignet ist, wenn ihr nicht sehr bald Zügel angelegt werden. Flandin, im Herbst noch Handelsminister Tardieu, hatte die Aufgabe, die Kandarre fester anzuziehen, vor übereilten, d. h. Frankreich unter Umständen unangenehmen Beschlüssen nachdrücklichst zu warnen und am Horizont als den großen Erlöser das französische Gold aufblinken zu lassen. Diese Aufgabe ist ihm gelungen; an die Stelle des Wunsches nach Vorzugszöllen, „die unerreichbar wären, solange der Grundsatz des Meistbegünstigungsrechts noch die Kraft eines Dogmas besäße“, trat, alternativ zum wenigsten, die Forderung nach Kontingenten. Der Grundsatz der Meistbegünstigung blieb gewahrt: Jeder Handelsvertrag eines Agrarstaates mit einem Industriestaat auf der Basis von Kontingenten muß, dem Mechanismus des Meistbegünstigungsrechtes gemäß, der französischen Industrie automatisch zugute kommen. Aber es handelt sich nicht um die Industrie allein, es handelt sich vielmehr darum, diese notgeborene Bewegung im Südosten Europas daran zu hindern, aus der von siegestrunkenen Politikern vorgezeichneten Bahn der Verträge auszubrechen und Wege zu beschreiten, die die Natur selbst vorgezeichnet hat. Im Interesse einer Wiederholung des napoleonischen Versuchs, im Zeitalter der dritten Republik und unter ihrer Führung ein Europa auf der Grundlage des Versailler Vertragssystems zu schaffen, mußte eine nach Mitteleuropa tendierende Bewegung um jeden Preis unterdrückt werden. (Welchen Sinn hätte sonst auch das scheinbare und zeitweilige, aber durchaus nicht grundsätzliche Nachgeben gewisser französischer Kreise in der Frage der Vorzugszölle? Frankreich spielt als Getreideimportland nur eine untergeordnete Rolle.)

Wann wird Deutschland handeln?

Alle diese Vorgänge spielen sich im Lebensraume Deutschlands ab. Das Gesetz der Wechselwirkung zwischen der materiellen Lage Deutschlands und dem Befinden der Staaten im Donauraume, jenes unbrechbare Gesetz der „Interdependenz“, welches die Länder dieses Raumes in Gutem und in Bösem an das Schicksal Deutschlands fesselt, hat eine neue Bestätigung erfahren. Man empfindet das in diesen Ländern mit steigender Klarheit; mögen die politischen Verhältnisse augenblicklich noch verhindern, daß dieses Empfinden auch seinen entsprechenden realen Ausdruck findet — die Zahl der Stimmen, die auf diese Schicksalsgemeinschaft hinweisen, mehrt sich von Tag zu Tag. Kann — darf Deutschland sich allen diesen Erscheinungen gegenüber passiv verhalten? Die Frage allein schon ist ein Urteilsspruch. Aktive Mitteleuropapolitik gilt auch heute noch, insbesondere in jenen Kreisen, die unbelehrbar nach dem Westen sehen, als „Imperialismus“. So befangen ist man sogar in dieser Gegenwart in Vorstellungen, die ihres Inhalts längst beraubt sind. Dem Westen gegenüber wird man noch lange Zeit in Verteidigungsstellung bleiben; aber die Staaten donauabwärts warten auf eine deutsche Aktion. Man weiß hier

sehr gut, daß wirtschaftliche Territorialverbände vertikal, nicht horizontal organisiert sein müssen, wenn sie auf die Dauer wirklich einen Damm gegen Krisen und Zusammenbruch bilden sollen. Hinter dem fachmännischen Begriff der Vorzugszölle, der dem französischen Einspruch zum Trotz die südöstlichen Agrarstaaten nach wie vor fasziniert, steht lebendigstes Leben: das unmeßbare Leid von vielen Millionen Menschen, die, gestern noch Besitzende, sich heute schon rettungslos in einen grauenhaften Abgrund versinken sehen. Wer heute noch Politik mit der Rechenmaschine machen und das Imponderabile achtlos beiseiteschieben zu können glaubt, führt nur noch tiefer ins Chaos. Wer die südosteuropäischen Agrarstaaten von dem Übermaß ihres Reichtums, der wie ein Fluch auf ihnen lastet, befreien hilft, der — und der allein — wird den Weg finden, der vielleicht — vielleicht, denn wir haben wohl alle erkannt, wie sehr unser „Wissen“ nur empirisch ist — aus dem Chaos führt. Das Zollsystem, das am Beginn dieses Weges steht, mag wie immer heißen: es wird, wenn es die Not der Agrarstaaten lindern hilft, politische Auswirkungen haben, die sich in diesem Augenblick nur schwer einschätzen lassen, die aber nur völlige Verblendung unterschätzen kann.

Mitteleuropa ist heute kein einheitlicher Begriff; man beginnt bereits Scheidungen vorzunehmen, die weit weniger harmlos sind, als sie sich geben. Nicht die unwichtigste dieser Scheidungen ist die Gegenüberstellung „Großmitteleuropa“ und „Kleinmitteleuropa“. Großmitteleuropa: mit Deutschland — Kleinmitteleuropa: ohne Deutschland. Ohne Deutschland aber heißt: gegen Deutschland. Es ist unvorstellbar — es ist unmöglich, daß die positive Auswertung einer solchen Bewegung Kräften überlassen wird, deren Stoßrichtung zum Teil sehr bewußt gegen Deutschland gerichtet ist. Nicht auf den Namen kommt es an — wir haben keine Zeit zu juristischer Begriffsklauberei, noch auf die Erhaltung einer Form, die den unmittelbaren Notwendigkeiten des täglichen Lebens in immer unerträglicher werdendem Maße widerspricht, sondern darauf, daß der verhexte Zauberkreis, in dem wir uns bewegen, endlich durchbrochen wird.

Der Weg aber? Es gibt keinen anderen, als den wirtschaftlicher Zellenbildung: den Weg der Zollunion mit Ländern, deren Struktur die deutsche Wirtschaftsstruktur zu ergänzen geeignet ist — den Weg der Verwirklichung des Föderativprinzips auf dem Gebiete zwischenstaatlicher Wirtschaft. Der Weg ist gangbar; der Besuch des Grafen Bethlen in Wien hat es bewiesen. Das Ziel des Weges aber ist der autarkische mitteleuropäische Wirtschaftsraum.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Europa: England vermittelt zwischen Frankreich und Italien — Deutschlands Isolierung und Aussichten auf der Abrüstungskonferenz — Kampf des Deutschtums jenseits der Grenzen (Notizen aus Griechenland, Rumänien, Lettland) — Vorderasien: Türkisch-persische Grenzregulierung zur Niederhaltung der Kurden — Die Utopie eines kurdischen Nationalstaates — Bolschewistische Wühlarbeit — Beirut, Tripolis und die mesopotamische Ölleitung — Afrika: Bau der Transsaharabahn.

Die politische Lage des Abendlandes hat durch den Flottenpakt zwischen den drei maritimen Großmächten ein neues Gepräge erhalten. Henderson und Alexander ist es in Paris und Rom gelungen, die lange Zeit unüberwindlich scheinenden Gegensätze zwischen den französischen und den italienischen Flottenwünschen zu überbrücken und damit den Weg für eine allgemeine französisch-italienische Annäherung zu bahnen. Über die Einzelheiten der Flottenverständigung wird einstweilen strengstes Stillschweigen bewahrt. Man will erfahren haben, daß in der Gesamttonnage die Überlegenheit Frankreichs über Italien erhalten bleiben soll, daß Italien in der Kategorie der Torpedobootszerstörer und der leichten Kreuzer, Frankreich namentlich in der Kategorie der Unterseeboote bessergestellt werden soll.

Aber die materiellen Einzelheiten sind geopolitisch entschieden von minderer Wichtigkeit als die Gesamttatsache der englisch-französisch-italienischen Verständigung überhaupt. Unter englischer Vermittlung haben sich Frankreich und Italien getroffen und einen wesentlichen Punkt dauernder Reibung und Rivalität ins Reine gebracht. Wird diese Flottenverständigung Ausgangspunkt einer neuen Politik zwischen Frankreich und Italien werden? Soll wirklich der Frieden zwischen den beiden „lateinischen Schwestern“ verbürgt werden, so gilt es nun, in der Politik gegenüber den Balkanstaaten, in der Frage der nord- und mittelafrikanischen Kolonialpolitik u. a. m. zielbewußt neue Wege einzuschlagen. Und wie wird gegebenenfalls die französisch-italienische Verständigung auf das Verhältnis zu Deutschland einwirken? Wir haben die Gelegenheit verpaßt, unsererseits die Rolle zu spielen, die England in den letzten Wochen mit großem Erfolg durchgeführt hat. Wir fanden den Weg zu Frankreich nicht, weil in beiden Staaten der Kreis der aufrichtigen Verständigungspolitiker zu klein war. Nun hat England die Brücke nach Italien geschlagen, und niemand kann es den französischen Staatsmännern übelnehmen, daß sie die gebotene Chance nutzten. In diesem Augenblick aber dürfte

sich Italiens Wohlwollen und Interesse gegenüber Deutschland automatisch bis zum Nullpunkt verringern, denn der Duce treibt naturgemäß und begreiflicherweise in erster Linie italienische Politik, und gedachte doch wohl Deutschland in der Hauptsache nur als Mittel zum Zweck, d. h. als Druckmittel gegen Frankreich, zu gebrauchen. Wir sind mithin dank der britischen Initiative wieder einmal gründlichst isoliert, und werden das auf der kommenden Abrüstungskonferenz voraussichtlich sogleich zu spüren bekommen. Zwar versucht der „Temps“, diese Befürchtung von vornherein zu entkräften; aber das „Journal“ spricht unverhüllt aus, daß England und Italien die Einwilligung Frankreichs zur Flottenverständigung durch ein entsprechendes Verhalten gegen Deutschland kompensieren mußten: „Die Militärvorschriften des Versailler Vertrages bilden die wichtigste Grundlage für die allgemeine Abrüstungskonferenz und müssen in vollem Umfange aufrechterhalten werden. Die deutschen Ansprüche auf Gleichberechtigung sind abzulehnen. Nur wenn von England und Italien entsprechende Zusicherungen gegeben werden, ist der Flottenpakt als wahrhaft wertvoll und vorteilhaft anzusehen.“ Wir werden recht bald erleben, ob Italien in diesem Sinne vorgeht und seine bislang erhobene Forderung nach Beseitigung des Unterschieds zwischen Siegern und Besiegten, nach Abstellung der krassesten Ungerechtigkeiten in den Friedensdiktaten usw. fallen läßt. Zu irgendwelchem Optimismus scheint uns deutscherseits kein Grund vorzuliegen, im Gegenteil werden wir uns auf erneute große Schwierigkeiten bei der Lösung zwischenstaatlicher Probleme gefaßt machen müssen.

Ein solcher Rückschlag ist gerade jetzt um so bedauerlicher, als die innerpolitischen Verhältnisse im Reich gänzlich verfahren sind und das Deutschland jenseits der Grenzen mehr denn je bedroht wird. In Griechenland müssen nach Inkrafttreten des Gesetzes gegen die nichtgriechischen Schulen die sechs ersten Klassen der deutschen Schulen in Athen und Saloniki geschlossen werden. Daß der neuernannte Bischof Stefan Fiedler seinen Amtsantritt auch in deutscher Sprache bekanntgab — der alte Sathmarer Gau zählt annähernd 48 000 schwäbische Bewohner! —, hat in madjarischen Kreisen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, als ob es ein Staatsverbrechen bedeutete, daß der Bischof zu den Deutschen seines Sprengels in der Muttersprache redet. Am ärgsten aber erschüttert die Nachricht aus Riga, daß der altherwürdige deutsche Dom der deutschen Domgemeinde genommen und in eine Garnisonskirche verwandelt werden solle! Die Liste der erneut sich verschärfenden Angriffe auf das Deutschtum ringsum ließe sich leider noch wesentlich ausgestalten. Immer wieder werden wir gewahr, wie jede inner- oder außenpolitische Schwächung des Reichs auf die Lage des Deutschtums jenseits der Reichsgrenzen verhängnisvoll einwirkt. Möge sich darum künftighin jeder verantwortungsbewußte Deutsche klar darüber sein, daß er mit seiner Politik nicht nur das Leben im Reich gestaltet, sondern auch das Schicksal weiter Kreise des Auslandsdeutschtums bestimmt.

Während im Bereich des Abendlandes im engeren Sinne außer der oben gewürdigten Flottenverständigung geopolitische Ereignisse von Belang dieses Mal nicht zu melden sind, verdienen einige Vorgänge im vorderasiatisch-afrikanischen Raum entschieden Beachtung. Die Kurdenfrage, die eine Zeitlang zu ernster türkisch-persischer Spannung führte, ist durch Entgegenkommen der Regierung von Teheran zunächst beigelegt; die Türken haben jenen Gebietsstreifen erhalten, den sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Kurdistan glaubten beanspruchen zu müssen. Das Kurdenvolk mit seiner mittelalterlich-feudal aufgebauten Gesellschaft wird sich nun wohl endgültig dem von Ankara verfochtenen modernen Rechtsstaat der Türkei einordnen müssen. Dabei ist freilich nicht zu vergessen, daß die kurdische Volkheit nicht nur im Bereich der Türkei erscheint, sondern zu anderen Teilen auch im Irak, in Persien und in den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbeidschan. Die Bildung eines kurdischen Nationalstaates ist und bleibt angesichts einer solchen Verstreuung über weite, unzusammenhängende Gebiete eine Utopie, so stark man mit dem begabten und tüchtigen Volk der Kurden mitempfinden mag. Um so leichter haben es hier die Agenten der Bolschewisten mit ihrer Wühlarbeit, die sich heute gegen die Türkei, morgen gegen Persien und in der Hauptsache doch immer gegen England richtet. Eine ganz ausgezeichnete Darstellung dieser Probleme hat jüngst O. G. von Wesendonk in den „Preußischen Jahrbüchern“ geboten (Februarheft 1931).

Im Gebiet von Syrien-Libanon haben die neuen Abmachungen wegen der Trace der mesopotamischen Ölleitung zu einer erbitterten Fehde zwischen Beirut und Tripolis geführt. Namhafte Wirtschaftskreise von Beirut fürchten, daß Tripolis mit Hilfe des hier vorgesehenen Ölumschlags dem Hafen von Beirut den Rang ablaufen könnte. Man fordert zur Abwendung dieser Gefahr den Bau einer Vollspurbahn zwischen Tripolis und Beirut, eine wesentliche Erweiterung des Beirut-Hafens, Ausbau der jetzigen Meterspurbahn von Beirut nach Damaskus auf Vollspur usw.

Die französische Presse meldet, daß mit dem Bau der Transsaharabahn nunmehr in Bälde begonnen würde. Als aussichtsreichstes Projekt soll sich dasjenige erwiesen haben, das Oran als Ausgangsstelle vorsieht, da von hier die besten Verkehrsverbindungen nach Algier und Marokko bestehen. Die Transsaharabahn würde einschließlich zweier Ableitungen längs des Niger rund 2000 km lang werden. Die Bauzeit soll acht Jahre betragen, die Gesamtkosten schätzt man auf 3 Milliarden Franken. Über die Lösung der Wasserfrage und die Antriebsart für die Lokomotiven stehen weitere Mitteilungen noch aus. Indessen ist wohl ernstlich nicht mehr daran zu zweifeln, daß Frankreich zwecks Erreichung des westafrikanischen Menschenreservoirs in absehbarer Zeit an die Legung des Schienenstranges quer durch den Wüstengürtel gehen wird.

(Abgeschlossen 1. März 1931.)

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Die Umriss ostasiatischer Zukunftsfronten — Interventions- oder Präventivkrieg — Rußland bereitet weiteres Vordringen nach Osten vor — Klagen von den französischen Südseeinseln und das wartende Amerika — Ausklang der Indienkonferenz; das Ende des indischen Vertrauens zu Englands politischer Weisheit — Standorte und Entwicklungsmöglichkeiten der indischen Schwerindustrie — Indochinas Überbürokratisierung und andere Explosionsgefahren — Die Katipunero-Bewegung auf den Philippinen — Der Bankrott Australiens; Rückwirkung und Lehren für Neuseeland — Atempause in Ostasien — Grundgedanken zur „Wanderwucht der Monsunländer“.

Ist es für die Leser der „Geopolitik“ noch nötig, aus dem indopazifischen Gesamtraum die Beweise zu finden, daß sich mit der panasiatischen Bewegung in ihrer weltrevolutionären Abschattierung durch die Sowjets, in dem kulturpolitischen Gegenangriff der ozeanischen pazifischen Staaten durch ihren panpazifischen Zusammenschluß, und der natürlichen Abwehr der alten Kolonialmächte für ihren wertvollsten Kolonialbesitz internationale Fronten von einer Zukunftswucht aufbauen, für die dem engräumig und kleinmütig gewordenen Mitteleuropa schon bald die Aufnahmeorgane fehlen? Wenn ja, dann wären solche Beweise in den Reden beim Gegenbesuch des Generalgouverneurs von Niederländisch-Indien, Jonkheer de Graeff, bei seinem französischen Kollegen von Indochina in Hanoi zu finden gewesen und in dem Pressegeräusch, das von Paris aus Begleitmusik machte (z. B. „Temps“, 19. Dezember 1930; „Le Temps Colonial“, 23. Dezember 1930, Nr. 33). (Vgl. auch: Etienne Dennery: „Foules d'Asie“, Paris 1930; Armand Colin.)

Wir dürfen aber solche Symptome, oder andererseits den als „Pinprick“ bezeichneten chinesischen Versuch, einen Forscher vom euramerikanischen Range Sir Aurel Steins aus Sinkiang auszuweisen (als gefährlichen Verschlepper hochasiatischer Kulturdenkmale nach USAmerika) — oder auch die Forderung des Verbots für den Film „Der blaue Expresß“ durch den chinesischen Gesandten in Wien nicht gering schätzen. „Ein Hälmchen Stroh ist oft genug, zu zeigen, wie die Strömung geht.“

Wenn man in Moskau und in Paris, mit schöner Unbefangenheit, dort vom Interventionskrieg und hier vom Präventivkrieg redet, so gießt es doch Öl ins Feuer, wenn in Hanoi „mit erhobener Stimme“ gesagt wird: „Um die Völker, die unsere gegenseitigen Regierungen betreuen, auf dem Wege zu einer Evolution zu beschützen, die uns gestatten wird, ihnen die Lenkung ihrer Geschicke wieder zurückzugeben, müssen wir sie in vollem gegenseitigen Vertrauen und in beständiger Verbindung gegen ihren gemeinsamen Feind verteidigen, der auch der unsere ist: den Kommunismus!“ „Das ist es ja, was wir immer vom beabsichtigten Interven-

tionskrieg behaupten“, wird man in Moskau sagen! Und man wird es mit noch mehr Überzeugung sagen, wenn man die Pariser Redebblumen liest, die der „Temps“ beifällig dazu flicht: „Front commun.“ — Oder der stolze Hinweis auf die Steigerung vom Besuch des französischen Indochina-Generalgouverneurs Pasquier in Indonesien (auf dessen grundsätzliche Bedeutung die „Geopolitik“ seinerzeit hinwies!), zu der Einwicklung des Königs von Siam im April 1930 in Saigon bis zu dem amtlichen Gegenbesuch aus Java. „Hier handelt es sich durchaus nicht nur um Höflichkeitsbesuche“ (das weiß man in Moskau, Nanking, Delhi sehr gut!). — „Große Linien der Kooperation sollen zwischen den europäischen Kolonialmächten und den autonomen asiatischen Staaten (Siam, Japan, China . . . ?) im Indischen und Pazifischen Ozean ins Werk gesetzt werden!“ . . . „Eine höchst glückliche Politik!“

„Die erschreckende und fremdenfeindliche kommunistische Propaganda, die Moskau im Fernen Osten verfolgt, im britischen und niederländischen Indien, in China und Japan ganz ebenso wie in den Philippinen und Indochina, legt allen beteiligten Völkern die Pflicht gegenseitiger Hilfe und Solidarität auf.“ (Fehlt nur der Präventivkrieg, dessen Vorwehen man eben in Moskau spürt, wo man ihn Interventionskrieg nennt. Man meint also in Paris und Moskau schon mit verschiedenen Worten dieselbe Sache! Aber alles ist natürlich nur zur „Sicherheit“, „Abwehr“!) „Es ist eine gemeinsame Front, ein Netz, dicht und unüberschreitbar, von beschützenden Fäden, die sich der steigenden Flut der unablässigen Einfiltrierung der revolutionären Elemente entgegenstellen, die von der III. Internationale über Asien geworfen werden. Nicht nur der Friede des Fernen Ostens steht auf dem Spiel, sondern das ganze Schicksal der Völker Asiens, mögen sie nun unabhängig oder ‚beschützt‘ sein . . .“ „Die Wirren, die — zum Glück in noch bescheidenem Ausmaß — der Reihe nach Java, Tonkin, Cochinchina und Annam mit Blut befleckt haben, die Agitation auf Formosa und den Philippinen zeigt Umfang der Gefahr und Dringlichkeit der Abwehr.“

So wird einem jeden seine wunde Stelle gezeigt — „das Prinzip der gemeinsamen Aktion ist erreicht!“ —, und der wohlbekannte *cri au voleur* wird auch dann ausgestoßen, wenn man sehr genau weiß, wer eigentlich die goldene Uhr in der Tasche hat, oder — mit Lord Curzon zu reden — die goldenen Fransen am Bettelmantel Asiens, von dem sich übrigens ja auch die Sowjets schöne Pelzstreifen abgerissen haben, und die Abtrennung weiterer, zunächst der Mongolei und Tannutuwa, in Sinkiang, Westkansu, dem Bargagebiet vorbereiten. So hat man sich im eigentlichen asiatischen Festland gegenseitig wenig vorzuwerfen. (Vgl. auch André Dubosqu im „Temps“ vom 22. Januar 1931 über das Eisenbahnringen in der Mandschurei.)

Daß man sich aber auch über den Großen Ozean hinweg nicht ganz restlos traut, beweist, in Papiti geschrieben, folgende „Lettre d'Océanie“: „Die Wichtigkeit des Pazifik in der Weltpolitik, die Gründe, warum Frankreich die Kolonien, die es dort besitzt, nicht vernachlässigen darf, müssen wieder einmal die Ohren des

Machtmittelpunkts erreichen!“ — „denn wie viele unter denen, die selbst von Tahiti, den Gesellschaftsinseln oder Marquesas haben sprechen hören, wissen sie auf der Karte zu finden?“ (Darin geht es also offenbar dem französischen Inselreich nicht viel besser als seinerzeit dem deutschen, und nach der gleichen Erfahrung wird es sich wohl auch einmal anderweitig empfehlen!) — „man ist überrascht, die Ahnungslosigkeit und Gleichgültigkeit der französischen öffentlichen Meinung, ihrem Südseebesitz gegenüber, zu konstatieren . . .“ — „Vom bescheidenen Etat (15 Mill.) werden zwei Drittel von den Bezügen der Beamten verschlungen. Keine regelrechte Verbindung besteht zwischen der Hauptstadt Papiiti und den ihr unterstellten Inselreichen.“ (Aber wir hörten doch, daß französische und britische Kolonien, im Gegensatz zu den deutschen, nur zum Besten der Eingeborenen verwaltet würden? Wie kann das sein, wenn manche Inseln ein Jahr lang ohne Verbindung nach außen bleiben? D. H.) — „Unverbessert bleibt der Hygienedienst in einem Land mit mehr als 50% Kindersterblichkeit.“ — „Von den zwei Haupteinnahmequellen ist Kopra in drei Jahren auf weniger als die Hälfte, Vanille auf ein Zehntel des früheren Ausfuhrwertes gesunken.“ Wir könnten die Klage beliebig vermehren und belegen.

Das stimmt mit dem, was Dr. R. Schlubach über die Entspannung der Gefahrlage im Pazifik selbst durch die Entwertung der Kopra gegenüber der Sojabohne sagt; aber trägt es zur Verminderung der Lasten von Zuschußbetrieben bei? Wird die Spannung geringer, wenn ihre Zyklone von weiten Inselräumen auf das Westufer des Pazifik nach dem ohnehin schon genügend umkämpften chinesischen Markt hinüberwandert?

Und die Schrift an der Wand, den vorausgeworfenen Schatten des Nachfolgers, verrät der schlichte Satz: „Es ist betäubend, zu vergleichen, was die Engländer und Amerikaner zugunsten ihrer pazifischen Kolonien geleistet haben, mit dem, was wir für sie tun“ und „Der Tahitier ist ohnehin mehr als geneigt, ohne Debatte alles zu bewundern, was von Amerika kommt“ — (auch seinerzeit die furchtbare Überlegenheit des Tahiti besuchenden Geschwaders — „funeste pour le prestige français!“). „Wenn wir gegen diese Tendenz ankämpfen wollen, müßten wir ihm doch wenigstens einige materielle oder moralische Vorteile aufweisen können, die sein Land Frankreich verdankt. Aber man muß gestehen, daß diese Vorteile weit davon entfernt sind, schlagend zu sein.“

„Die jetzige Krise geht drohend nicht nur an die Wohlfahrt (prospérité), sondern an die Existenz!“

Das ist wenigstens ein ehrlicher Stoßseufzer — aber wir haben dafür auch im raumschwächsten, menschenärmsten unter den großen, um ihre Selbstbestimmung geprellten indopazifischen Räumen, dem kolonialfranzösischen, das getreue Spiegelbild der Dynamik der drei großen Machtgruppen der Zukunft, der wirklichen internationalen Fronten, der — ganz anders herrisch als Paneuropa — um Verwirklichung ringenden Panideen der nächsten Zeit.

Der Druck läßt sich ablesen wie an einer Wetterwarte; es sieht nicht nach Fortdauer ungetrübter Witterung und heiteren Himmels aus. Und um das zu ermitteln, brauchte man noch gar nicht, wie im Bericht II/31, in das große Wetterglas der Indientagung zu schauen!

Das Treffendste über die Indienkonferenz ist ja nicht in der Schlußrede des überanstrengten und übermüdeten Premierministers Macdonald, von Peel, Reading, Sankey, Sastri oder Alwar gesagt worden, sondern es liegt ungesagt auf dem Mittel zwischen den extremen Ansichten der freigelassenen indischen Kongreßführer und des wildgewordenen britischen Freilanzführers Churchill.

Und sicher werden wir dem „Economist“ beistimmen, wenn er — hier wie dort Abstände suchend — sagt: „Dies Land hat in seiner Reichshauptstadt die Fürsprecher Indiens ihren Fall vortragen hören, und seine öffentliche Meinung hat — (im Gegensatz zu Churchill, der meinte, der Schlüssel zur indischen Herrschaft sei noch in unserer Hand!) — die wesentlichen Grundzüge zugestanden, die jene verlangten. Der Rest ist für Rechtskundige und Sachverständige (d. h. die endgültige Form). Das Indian Empire ist zu Ende (the Indian Empire is ended!!!), der Tag der verbündeten indischen Gemeinwelt (Indian Federated Commonwealth!!!) hat begonnen“ ...

„Es ist nutzlos, selbst für Mr. Churchill, um das Vergangene zu seufzen (moan)“. So die große britische Wirtschaftszeitung vom 24. Januar 1931, S. 155. — Was aber bedeutet das anderes, als so wie „Carhill“ Herrschaft und Herrentum verstand, „The lost Dominion“? War es nicht richtiges Vorgefühl, daß wir sein denkwürdiges Buch im Jahre 1924 im Verlag der „Geopolitik“ übersetzen ließen, weil wir in seiner Art taciteische Größe sahen?

Warnend fügt der „Economist“ hinzu: „Es wäre zweifellos leicht, durch flammende Propaganda einen grundlosen Verdacht gegen den britischen guten Glauben in Sachen der reservierten Gegenstände und Notfall-Machtvollkommenheiten aufzupeitschen ...“ Noch vieles andere sagt die kluge Stimme der Wirtschaft; und ihre Stellung ist wörtliches Nachlesen wert. Aber sie hat eben in dieser Sache längst nicht mehr das führende Wort, wie das Echo aus Indien beweist.

Wohl aber fanden sich sehr bemerkenswerte Stimmen aus der Flüstergalerie, z. T. im Anschluß an den Tod des Mohammedanerführers Maulana Mohammed Ali gegen Ende der Konferenz, und in „Indian Dangers and Discontents“, dem Schlußwort eines Wissenden unter den indischen Delegierten („Manchester Guardian“, Januar 1931).

Hier piff die Stimme der Wahrheit schrill aus einem der vielen Mauselöcher, wodurch die meisten Delegierten viel lieber nach Indien zu ihren losgelassenen radikaleren Volksgenossen zurückgekehrt wären, als über die breiten Landungstreppe und das hochgeschwungene Tor von Apollo Bandar. Deshalb war es verwunderlich, daß man in der mitteleuropäischen Presse so wenig davon hörte, in der doch sonst so gute Schilderungen erschienen waren, wie der Stimmungsbericht des

Konferenzschlusses (London Sbg.) in der „Frankfurter Zeitung“ (25. Januar 1931); und vorher der höchst zeitgemäße Aufsatz von Anton Lübke: „Buch und Presse in Indien“ im „Börsenblatt f. d. deutschen Buchhandel“ (Nr. 287, 11. Dezember 1930).

Wir dürfen deshalb die wesentlichen Züge des Konstitutionsentwurfs, wie ihn Lord Sankey verlas, als den meisten Lesern bekannt annehmen — (indische Bundesregierung, Indern verantwortlich; Exekutivgewalt im Dominionstil durch Generalgouverneur; beratender Ministerrat, auf Vorschlag eines Ministers ernannt; Kabinett vom Vertrauen der gesetzgebenden Versammlung abhängig, jedoch mit Überleitungsfrist; Übergangsperiode, in der auswärtige Angelegenheiten und Heer in Generalgouverneurs Hand bleiben; Notvollmachten für den Generalgouverneur sehr weitgehender Art). Wir müssen uns aber gerade mit diesen scheinbar geringfügigen Symptomen in den Schlußindrücken indischer Tagungsteilnehmer befassen, weil hier die Dynamik der jüngsten Zeit offenbar wird.

„Kulturpolitisch hat der Inder, ob er Hindu oder Moslim war, dem Briten nie getraut.“ — „Größer war aber lange Zeit das politische Vertrauen; aber es ist nicht zur rechten Zeit erwidert worden. So ist im letzten Jahrzehnt der Glaube Indiens an die politische Weisheit der Briten verraucht. Mißtrauen und Haß machen jetzt das Zusammenschmelzen Indiens zu einer Nation so kompliziert.“ — „Die Dyarchie ist kein gangbarer Weg.“ — „Ein ‚politischer Kindergarten‘ geriet in den Verdacht, die Fremdherrschaft zu verewigen.“ — „Das ganze gegenwärtige System wirkt auf Inder als eine Riesenheuchelei. Daher die Verbitterung auf der anderen Seite, die von einem ‚unholy pact‘ zwischen Whitehall und Delhi spricht, in dem die wirtschaftlichen und Geldbelange Indiens denen Großbritanniens geopfert werden.“

„Der psychologische Bruch“, so wird eine zweite Äußerung überschrieben, die mit den Worten beginnt: „Es ist tatsächlich jetzt in Indien eine Revolution im Gange“ — (was wir seit 1929/30 ununterbrochen auch feststellen) —. „Sich einzubilden, daß die revolutionären Kräfte, weil sie momentan unter Grund getrieben sind (unteridisch arbeiten müssen), deshalb besiegt seien, würde für Briten einen so unsinnigen Optimismus bedeuten, daß er die historische Strafe eines Todes als Herrenvolk (imperial death) verdient.“ (Wie steht es aber dann mit Churchills angeblich noch vorhandener Schlüsselgewalt? D. Herausgeber.)

„Vielleicht ist in einem Reich der Selbsterhaltungsinstinkt nicht so stark wie in einer Nation . . . sicher ist er schwächer als im Individuum; aber selbst Reiche haben ein Recht, so lange zu existieren, als sie können . . .“

„Mit seiner sprichwörtlichen Ausdauer mag England jede andere Nation in der Fähigkeit, auf Bajonetten zu sitzen, überdauern, aber schließlich: Regierung durch Ordonnanzen, Unterdrückung, Kriegerrecht kann nur in den indischen Städten wirksam werden! Das indische Heer mag zu groß oder zu klein für Indiens Bedürfnis sein: es ist sicher nicht groß genug, Patrouillen für jede der Millionen Siedlungen zu stellen; und heute bilden sich in den Dörfern täglich Hunderte von ‚Zellen‘.“

„Noch ist ihre Organisation rudimentär; aber aggressiver Bolschewismus kann sie zum Ruin eines Reiches in Form bringen. Wird aber Indien ein zweites China, was Gutes wird dabei für Indien oder England herauskommen?“ — „Kann man leugnen, daß Indien seine Nerven verloren hat?“ (Schon der Maharadscha von Alwar deutete dasselbe an!) — „Kann man leugnen, daß in Indien auch die Nerven Englands dahin sind? Daß der Beamtenkörper die einst vorhandene Fühlung mit dem Volkskörper verloren hat?“ Und dann kommt der letzte Schlag gegen die Statik von heute, die Frage: Wie lang werden Heer und Polizei loyal bleiben? Hier wird betont, daß dem „verlorenen Griff des Zivildienstes“ zwar vielleicht eine Zeitlang ein Durchgreifen mit bewaffneter Hand aufhelfen könne, dann aber die Sintflut folgen werde. Schon läßt der Ersatz nach, und auch für das Sepoy-Heer wurde vor der Meuterei die Loyalität versichert. Frühindustrialismus in unregelmäßiger Balung macht die Lage nach schärfer.

Aufmerksamkeit verdienen auch vom geopolitischen Standpunkt die Zusammenstellungen des Ingenieurs der Mysore-Werke, Venkataranappa, über Standorte und Entwicklungsmöglichkeiten der indischen Schwerindustrie. Er führt die ersten zeitgemäßen Ansätze zurück auf die 1889 erfolgte Übernahme der Barakar Iron Works Co. durch die Bengal Iron & Steel Co. in Kulti bei Asansol (zwischen Patna und Calcutta).

Das nächste Unternehmen in der Zeitfolge, aber weit überragend an Betrieb und Leistung, sind die vielgenannten Tata-Werke in Jamshedpur in Bihar und Orissa (westlich Calcutta, südlich Patna); dann folgen die Indian Iron & Steel Co., mit großem Abstand die Bhadravati Iron Works (Mysore), die Hakumchand-Werke in Calcutta, die von Pondicherry nach Kumardhubi verlegten Eagle Rolling Mills, kleinere Unternehmen in Cawnpore und Lahore und die eisenbahneigenen Werke der B. B. and C. J. Ray in Ajmir, die Anlagen der Heereswerkstätten in Ichapur, einige 40 km von Calcutta. Deren Zukunft interessiert den Inder besonders, wobei er freilich den Kapitalmangel als allgemein für Entwicklung und Standortverbesserung der indischen Industrie sehr erschwerend und eine wenigstens auf 15 bis 20 Jahre gesicherte Zollschutzhilfe als nötig bezeichnet. Immer mehr trete die elektrische Kraft dabei, an Stelle der Kohle, in den Vordergrund, was natürlich, neben der Lage nahe an Tieflohngeländen, wie bei den Tata-Werken, für die Standortfrage der Schwerindustrie eine sehr große Rolle spielt (vgl. die Arbeit von Schrader-Furtwängler: „Das werktätige Indien“, Berlin 1928, mit brauchbarer Reisekarte zu den Hauptwerken!).

Zur Zeit ist also die Gruppierung von den Wasserkraftanlagen werkgeographisch wenig, desto mehr von der Greifbarkeit billiger Arbeitskräfte in der Nähe, mit Werksachsengängerei, und Eisen- und Kohlenlagern beeinflußt. Künftig wird Lage zu billigen Transportmöglichkeiten und der, großen Zukunftsmöglichkeiten entgegengehenden, Elektrisierung Indiens eine größere, umlagernde Rolle spielen, der

örtliche Zusammenhang mit Kohlefundstätten vielleicht zurücktreten. Jamshedpur, Calcutta, Mysore, Cawnpore sind von den Gewerkschaftsdelegierten besucht worden, der Norden mit Lahore und seinen Zukunftsmöglichkeiten leider nicht.

Neben dem Schwergewicht indopazifischer Gesamtvorgänge und des vorläufigen Indienabschlusses traten die Nachrichten aus China, Japan, den Philippinen und Indochina an Bedeutung zurück. Indochina fand eine vortreffliche Zustandsschilderung im „Wirtschaftsdienst“ (Heft 52 vom 26. Dezember 1930, S. 2228—2231) durch R. Hagen. E. v. Salzmänn und Vandervelde haben über die indochinesischen Zustände günstigere Berichte gegeben als die Franzosen selbst, welche die Rückschlagswirkungen der chinesischen Umwälzungen und die wirtschaftliche Aussaugung der Anamiten durch chinesische Zwischenwirte viel ernster nehmen wie Hagen ja auch.

Daß man für die 25, nicht 20 Mill. Indochinas mehr europäische Beamte und Angestellte braucht als England für Indien mit seinen 328 Mill. Einwohnern, müßte der französischen Etatpolitik zu denken geben; und es ist klar, daß die stellunglose anamitische Intelligenz voll Verdrängungen steckt. Dazu kommt Silberkurssturz, schwindende Reisabsatzmöglichkeit und weichende Preise, damit Wirtschaftsnot aus der passiven monsunasiatischen Handelsbilanz Indochina gegenüber mit einseitiger Überflutung durch französische merkantilistische Handelspolitik im Colbertschen Stil: ein dankbares Aufklärungsfeld für Schüler der Sun-Yat-Sen-Universität!

Wir hatten früher die Philippinen als Manometer geschildert. Dort hatte der Kongreßsprecher Roxas, nach der Rückkehr aus den USA. eine Beute bitterer Enttäuschung, mit dem Swadeshi-Ziel des Selbstgenügens und der Unabhängigkeit die Ang Bagong Katipunan begründet, und Aguinaldo hatte von ihm gesagt, daß „dieser junge Mann den opfervollen Eifer Gandhis mit dem rastlosen Angriffsgeist Mussolinis verbinde“. Mit Recht findet „The Week“ (8. Januar 1931, S. 147) diese Mischung explosiv! Aber die Katipunero-Bewegung — (Katipunan ist die eigentlich verbotene Nationalflagge der Philippinen) — marschiert als angeblich friedliebende; und am 13. Dezember 1930 hielt Roxas ganz im Gandhi-Stil in La Paz eine Rede über die Wiederaufnahme der Handweberei der Ilongos. Sein Programm ist: Erhaltung der Wasserkräfte für die Philippinos (durch Formosas Beispiel gewarnt!); Hebung der Lebenshaltung durch Hausindustrie; Schaffung eines autarkischen (Swadeshi) Wirtschaftsgeistes usw.

Die Katipunero-Bewegung, in der geschickt wirtschaftliche Motive vor die politischen hingeschoben werden, in der zweifellos auch ein Rückschlag gegen zuviel Rationalisierung merkbar wird, soll sich ausbreiten „wie Wildfeuer“. Scharfe Ablehnung des Reed-Planes, der in USA. alle Einwanderung auf zwei Jahre abstoppen will, kommt hinzu; die Philippinos betonen mit Recht, daß sie nicht gleichzeitig innerhalb und außerhalb der USA. sein könnten. „Eine Sache der elementarsten Gerechtigkeit sei, daß die Philippinen aus den USA. nur ausgeschlossen werden

könnten, wenn sie frei und unabhängig seien.“ Dann aber könnten sie die USAmerikaner mit ihrer eigenen Münze bezahlen und auch aus den Inseln fernhalten! Auch Onkel Sams Herrschaft ist nicht ganz dornenlos; und das witzige indische Missionsblatt fügt mit Recht hinzu: „Des weißen Mannes Bürde stellt sich nun doch zu guter Letzt auch als eine wirkliche Bürde für den weißen Mann heraus, und nicht nur, wie bisher, für den Farbigen“!!! —

Daß die Kulturleistung nicht bloß auf den Augen des weißen Mannes steht, beweisen zur Zeit eine Sammelausstellung persischer Kunst mit märchenhaften Edelformen und Schätzen von der Achämeniden- und Sassanidenzeit bis auf unsere Tage in London und eine ausgewählte Ausstellung zeitgenössischer japanischer Maler in Berlin, zu deren typisch nationalem Werk Exzellenz Dr. Solf und K. E. Simon geistreiche Kommentare geschrieben haben.

Daß auf der anderen Seite auch in sogenannten sozialen, fast zu 100% (96) britischen Erdteilen, wie Australien, nicht alles Gold ist, was früher namentlich den deutschen Besuchern so glänzend schien, das verraten berechnete Zeitungsaufschriften, wie „Ein Weltteil in Zahlungsschwierigkeiten“ (Münchner Neueste Nachrichten Nr. 13/31), „Ein Dreijahresplan für Australien; Immer noch Mißwirtschaft; Inflationssymptome (Frankfurter Zeitung, 16. Januar 1931); und rechtzeitig erscheint dazu von Professor Edward Shann: „An Economic history of Australia“, Cambridge 1931. Das Buch beleuchtet treffend die Gründe von Australiens Schwierigkeiten in seiner Hochschutzzollpolitik, Abschließung, Lohn- und Lebenshaltungsverwöhnung und spart mit reizvollem Sarkasmus nicht.

Warum soll es schließlich nicht auch bankrotte Weltteile und Panideen geben — namentlich wenn sie abgebrühte Egoisten waren und von solchen ins Leben gerufen worden sind?

Warnte schon der „Geopolitik“-Bericht II/31, die Erdbebengefahr der westpazifischen Inselbögen zu unterschätzen, so zeigte der schwere Erdstoß, der im Februar die hochvulkanische Nordinsel Neuseelands traf und zwei blühende Städte dem Erdboden gleichmachte, mit geschätzten Gesamtverlusten von zwischen 80 und 160 Mill. RM., wie berechtigt diese Warnung war; und es ist ein böses Spiel des Schicksals, das diesen an sich schon ernsten Verlust in eine Zeit fallen läßt, wo — ganz wie bei Japan im Stockungsjahr 1923 — nach abflauenden Hochkonjunkturen ein erhöhtes Maß einheimischen und fremden Vertrauens nötig gewesen wäre, zumal die Nachbarschaft der Krise in Australien ihren Schatten auch auf die Musterherrschaft, den nationalen Liebling des Imperiums auch in seinem Gestaltwandel herüberwarf.

Denn zu hoch gespannte Lebenshaltung bei unzulänglicher Raumbewältigung und lächerlich geringer Volksdichte zeigt auch hier, auf den sonst so glücklichen und anspruchsvollen Inseln, Gefahranzeichen für die Zukunft aus der im Verhältnis zu ihr überschätzten Gegenwart.

Während Südostasien scharf in Atem gehalten wurde, genoß das eigentliche Ostasien eine Atempause — aber mit dem Bewußtsein, daß sie die immer ruhigere kalte Jahreszeit und die Neujahrsbesinnung nicht lange überleben würde. Wie die Sowjetpartei die Lage in China räumlich sieht, haben die Leser in Heft II/31 sehen können. Natürlich versucht die Regierung in Nanking, die an Chang-Hsui-Liang so teuer bezahlte Atempause zur Bändigung des Kommunismus im Süden zu nützen. Aber dessen Organisation ist, auch in Kiangsi, stärker, als man zugibt. „Mehrere Banden, je 25000 Mann stark, gegen die 20 Divisionen operieren“, können doch nicht gut nur als Räuberunwesen (banditry) dargestellt werden, so groß Nanking im Ausschütten von Projekten, guten Vorsätzen und Propagandaliteratur ist.

Besserung der Beziehungen zu Japan wird für 1930 konstatiert, weitere für 1931 erhofft; aber auch im chinesisch-russischen Streit gaukelt der japanische Außenminister Shidehara geschickt hin und her.

Professor Arnold J. Toynbee schreibt gut über China in „A Journey to China, or things, which are seen“, London, Constable, 1930: flotte, unmittelbare Vergleichseindrücke über asiatische Bewegungen, die freilich nicht immer dem vollen Ernst der Lage gerecht werden, für Ostasien zu balkanisch gesehen sind. Einen bedeutenden Vortrag hielt Professor J. P. Bruce über „Die menschliche Persönlichkeit in der chinesischen Philosophie“, etwas retrospektiv, wie die meisten Sinologen. Weiter erwähnen wir: John Lossing Buck: „Chinese Farm Economy“, Shanghai-Chicago 1930: eine wünschenswerte neue Ergänzung zu Kings „Farmers of Forty Centuries“ und Wagners „Chinesische Landwirtschaft“. Hallett Abend: „Tortured China“, New York 1930, Washburn; Marcel Granet: „Chinese Civilization“, London 1930, Kegan Paul; Jermyn Chi-Hung Lynn: „Political parties in China“, Peking 1930, French Book Store; Tang-Liang-Li: „The inner history of the Chinese Revolution“, London 1930, Routledge; ihre ernste Aufnahme in „Far Eastern Review“, „China Express & Tel“, „Pacific Affairs“ u. a. beweisen das allgemeine Gefühl für eine nur latente, nicht erloschene Kraft!

Hier mündet die Beobachtung der indopazifischen Einzelvorgänge des Mittwinters wieder in die Gedankenreihen, von denen sie anfänglich ausging, die der Aufsatz über die „Wanderwucht der Monsunländer“ des gleichen Hefts zu vertiefen sucht. Daß es sich dabei nicht um übersteigerte Wahrnehmung eines Einzelnen handelt, belegt der fast gleichzeitig erschienene, gleichläufig warnende Band von Etienne Dennerly: „Foules d'Asie“ (Paris 1930, Armand Colin), „Die Mengen Asiens“. Er beginnt mit dem Unbehagen Europas, seinem Gefühl, den Platz im Raum zu verlieren, der bekannten Fanfare Sun-Yat-Sens über die Idee eines pan-asiatischen Bundes in Kobe vom 28. November 1924, schildert sehr zutreffend die japanische Übervölkerung (noch nicht einmal mit den neuen Zahlen von 64,5 Mill. für den Inselbogen, über 91 für das Reich), die chinesische Ausdehnung (auch eben gemäßigt), die indische Auswanderung und das hinterindische Zwischengebiet und

schließt (S. 241 u. 242): „Der russische Einfluß hat in den letzten Jahren viel von der Übervölkerung Asiens zu gewinnen verstanden ... Für die Völker Asiens ist Ausdehnung eine Notwendigkeit, obwohl sie oft nicht einmal die Kraft haben, ihren Heimatboden zu verteidigen ... Das ist der Komplex ihrer Lage ... (zuerst richte sich der Trieb gegen die Linie schwächeren Widerstandes unter ihnen selbst) ... Aber nach und nach, es ist nicht zu leugnen, gewinnt die Idee einer asiatischen Brüderlichkeit an Boden ... die gegenwärtige Anarchie in Asien wird kein dauernder Schutz für Europa und Amerika gegen die Folgen ihres eigenen Tuns sein ... Und welche Kraft würde dann die Massen des Ostens zurückhalten können und sie verhindern, außerhalb ihres Kontinents die notwendigen Hilfsmittel im Kampf um ihr Dasein zu suchen?“

Das ist eine der Hauptfragen des 20. Jahrhunderts. Gewiß. Aber sollte ihre Lösung nicht mehr die Kolonialmächte auf die Nägel brennen als das von ihnen be- raubte, entwehrte, geplünderte und verstümmelte Mitteleuropa, das sie immer mehr in die östliche Schicksalsgemeinschaft stoßen? Eben eine geistreiche französische Antwort auf einen Anruf zur Abschaffung der Todesstrafe betonte doch: „Möchten die Herren Mörder anfangen!“

(Abgeschlossen 17. Februar.)

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Der amerikanische Doppelkontinent als vornehmstes Weltwanderziel — Vereinigte Staaten (Vorschläge zur Herabsetzung der Zollsätze — Ernte — Industrielle Entwicklung — Staatshaushalt — Arbeitslosenfürsorge — Prohibition — Revision der Kriegsschulden — Ablehnung des Vorsitzes in der Abrüstungskonferenz) — Das Eiland Clipperton — Kanada — Mexiko — Kuba — Panama — Kolumbien — Peru — Bolivien — Chile — Argentinien — Brasilien.

Lange Zeit galt Amerika als das vornehmste Ziel der neuzeitlichen Völkerwanderung. Nach keinem Erdraum war in der jüngeren Zeit die Wanderbewegung so groß wie die von Europa nach Amerika. In den 95 Jahren (1820—1915), für die genaue Zählungen vorliegen, sind allein in den Vereinigten Staaten 32,5 Mill. Menschen eingewandert. Seit den fünfziger Jahren betrug die Zahl der Einwanderer durchschnittlich mehrere Hunderttausend im Jahr. Um die Jahrhundertwende näherte sich die Einwanderungsziffer 0,5 Mill. Von 1903 an wanderten regelmäßig über $\frac{3}{4}$ Millionen Menschen ein, und mehrfach wurden mehr als 1 Mill., darunter die Rekordziffer von fast 1,3 Mill. im Jahre 1907, gezählt. Die Kriegsjahre brachten eine Unterbrechung. Aber die Nachkriegszeit ließ die Einwanderungsziffer wieder ansteigen: 1920/21 450 000, 1922/23 523 000. Die Einwanderung rekrutierte sich hier wie in allen amerikanischen Staaten, wo allerdings die Zahl der Einwanderer allemal sehr viel geringer war, aus fast allen

europäischen Staaten. Die übrigen Kontinente steuerten nur in bescheidenerem Maße dazu bei. Wenn auch die außervereinsstaatlichen Zielländer der Wanderung nur viel geringere Menschenmassen aus Europa aufgenommen haben, so wird doch die Wanderbewegung nach Brasilien von 1820 bis 1920 auf 4 Mill. angegeben; und nach Argentinien sind allein von 1901 bis 1911 über 2 Mill. Menschen eingewandert. Ähnliche Werte hat Kanada aufzuweisen. Chile steht infolge des geringeren aufnahmefähigen Areal und mäßigerer Wirtschaftlichkeit zurück. Noch mehr gilt das von den tropischen Staaten. Im einzelnen läßt die Wanderbewegung genau erkennen, wie sie in ihrem Erfolge durch die Möglichkeit der Akklimatisation und durch die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Räume dirigiert worden ist. Die Beeinflussung der amerikanischen Wirtschaft ist dabei nicht ausgeblieben: die Vereinigten Staaten und Kanada im Norden, Argentinien, Uruguay, Chile und das äquatorfernere Brasilien verdanken ihre entwickeltste Wirtschaftsorganisation vor allem der ihnen durch die Wanderungen zugeführten Volks- und Kulturkraft. Unter dem Einfluß dieser erfolgreichen Wanderbewegungen hatte sich die europäische Menschheit, unbeschadet der zahllosen Rückwanderungen derer, die nicht vermocht hatten, in dem Doppelkontinent Fuß zu fassen, daran gewöhnt, ihre Wanderlust an Amerika zu orientieren und dort das Dorado zu sehen, von dem erhofft werden konnte, was die Alte Welt vorenthielt. Wer heute den wirtschaftlichen Reichtum an Naturgaben überschätzt und die riesigen leeren Räume der Neuen Welt überschaut, die geradezu danach verlangen, von Einwanderern gefüllt zu werden, wird mit Recht vermuten, daß sich eigentlich im Grunde die Gegebenheiten, die lange zum Erfolg vieler Einwanderer geführt haben, in ihrem Wesen nicht geändert haben. Und doch zeigt Amerika seit geraumer Zeit der Wanderbewegung gegenüber ein ganz anderes Gesicht. Zunächst haben die Vereinigten Staaten begonnen, die Einwanderung mit erst gelinderen, dann immer schärferen Maßnahmen zu beschränken. Heute zählt man die überflüssigen Ausländer, von denen sich 400 000 auf dem Boden der Vereinigten Staaten befinden sollen, aus und glaubt sich mit der Ausweisung eines Viertels dieser Zahl eine Erleichterung zu schaffen. Ja, man sucht die bisher noch zulässige geringe Einwanderung um 90% zu reduzieren. Kanada übt neben seiner nur wenig gemilderten allgemeinen Einwanderungssperre eine strenge Sperre seiner Grenze gegenüber den Vereinigten Staaten, um von dort aus keine überflüssige Einwanderung zu erfahren. Schon aber haben die Wanderbeschränkungen auf Brasilien und Argentinien übergreifen. Beide haben die Einwanderungsbestimmungen wesentlich erschwert und ihre Konsulate angewiesen, die Propaganda für Einwanderung einzustellen. Natürlich werden diese Maßnahmen, die vielleicht noch Nachahmungen erfahren, durch die Weltkrise und nicht etwa durch die Natur- oder Kulturlandschaftsstruktur der Länder bedingt. Gesamtamerika verlangt, wie jede Volksdichtekarte zeigt, geradezu nach Menschen, jedoch nur unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen.

die bei der Beurteilung der Wanderbewegungen häufig übersehen werden, und die zur Zeit für Amerika nicht in vollem Maße gegeben sind. Nichts zeigt deutlicher als jene Wendung in der Wanderbewegung nach Amerika, daß die Welt eine vielfältig in sich verflochtene Einheit geworden ist, und daß sich auch Amerika dieser Tatsache nicht zu entziehen vermag.

Die Aussicht ist kaum sonderlich groß, von dem augenblicklichen Zustand der amerikanischen Welt ein wirkliches Bild zu erhalten, trotzdem heißt es aber, die Steinchen der Tatsachen sammeln, um sie zu einem Mosaik, in dem aber viele Lücken bleiben, zusammenzusetzen. Auch die bekannten Übersichten, die sich regelmäßig um und nach der Jahreswende einstellen, erleichtern die Prognose für die Zukunft nicht derart, daß schlechthin die treibenden Kräfte zu erkennen wären, weil sie in der Hauptsache ihr Augenmerk dem jüngst verflossenen Abschnitt zuwenden. Denn die brennenden Fragen sind nicht die, wie etwa die wirtschaftlichen Folgen auf Grund der bestehenden Lage sein werden, sondern vielmehr die, wie weit — um bei dem Beispiel zu bleiben — der wirtschaftliche Zustand auf die Zielsetzung der einzelnen Staaten einwirken werde. In den Vereinigten Staaten ist ein Teil dieser Kernfrage durch die Errichtung der Schutzzollmauern beantwortet worden, ohne daß man sagen wird, daß damit die endgültige Antwort gefunden worden ist. Denn erst allerjüngst sind wieder Vorschläge zur Herabsetzung der Zollsätze für Holz, Mehl, Schweinsleder, Strohhüte, Ultramarinstoffe, Wollteppiche und wollenen Bodenbelag gemacht worden. Was sich aber hinter den Zollmauern abspielt, sind die eigentlich treibenden Kräfte, bei deren Wirken es bestimmt um das Schicksal dieses großen Wirtschaftsorganismus geht, wobei aber gerade jetzt schwer zu sagen ist, in welcher Richtung sie sich äußern werden. Oberaschers Bericht über die Ernte der Vereinigten Staaten („Wirtschaftsdienst“ 1931, H. 5) zeigt nur Ausfälle der Ernteerträge auf, die um 5% geringer sind als im Vorjahr. Vornehmlich hat die Marktlage zu einer Wertverminderung von 27,7% (auf Grund der Preise vom 1. Dezember berechnet) geführt. Nach einer wahrscheinlich zutreffenderen Schätzung bleiben die Roheinkommen der Farmer dagegen nur um 16% hinter denen des Vorjahrs zurück. Die einzelnen Zweige der Landwirtschaft sind aber ebenso von den Preisrückgängen wie von der Klimungunst, wie das ja in dem riesengroßen Land selbstverständlich ist, in ganz verschiedener Weise betroffen worden. Darum gelten die Stützungsversuche, die neuerdings auch der Baumwollproduktion galten, ebenso Nachrichten über extremste Notlagen, naturgemäß nicht für den ganzen Wirtschaftsbereich. Man muß sich darum hüten, einzelne Meldungen verallgemeinern zu wollen. Lehrreich ist, daß auch in den Vereinigten Staaten die Weizenstützungsversuche von den Farmern, die nicht daran gedacht haben, die Produktionsfläche einzuschränken, ganz falsch verstanden worden sind. Die amerikanische Automobilindustrie hat — um ein Beispiel zur Charakterisierung der industriellen Entwicklung herauszugreifen —

eine Produktions-, Ausfuhr- und Gewinnverminderung von 35—60%. Trotzdem arbeitete die Industrie nicht verlustbringend. Im Januar ist sogar eine schwache Belebung eingetreten. Sehr nachgelassen hat die private Bautätigkeit. Dagegen wird aber die öffentliche Bautätigkeit, einschließlich der Schiffsbauten, im Sinne von Notstandsarbeiten von der Regierung künstlich gestützt. Im Staatshaushalt selbst erwartet man, daß das laufende Fiskaljahr mit einem Defizit von 370 Mill. Dollar, dem ersten seit dem Kriegsende, abschließen werde.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hat zu interessanter prinzipieller Stellungnahme gegenüber der Arbeitslosenfürsorge geführt. Ein Konflikt, der sich darüber zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhaus entsponnen hat, ist noch nicht gelöst. Hoover selbst hat am Geburtstag Abraham Lincolns erklärt, daß die Regierung staatliche Mildtätigkeit vermeide, weil solche einschläfere. Der Staat schaffe lediglich Arbeitsgelegenheiten und stelle Kredite zur Verfügung. Bei dieser ablehnenden Haltung von seiten der Regierung fühlt man natürlich sehr wohl, daß es sich bei dem Problem nicht um eine Arbeitslosenhilfe in einer Zeit schwerer Depression handelt, sondern daß es darum geht, ob der Sozialismus in den Vereinigten Staaten seinen Zutritt finden soll oder nicht. Schon stehen sich aber in diesem Kampfe die beiden großen Parteien gegenüber. Die Demokratische Partei setzt sich — natürlich im Sinne der Wahlpropaganda — für ein Arbeitslosenversicherungsgesetz unter der allgemeinen Flagge der sozialen Fürsorge ein. Der Sozialismus selbst ist ebenfalls, wie wir schon vor einiger Zeit erwähnten, auf dem Marsch, und die Rivalität der Demokraten gegenüber den Republikanern scheint ihm Vorschub leisten zu wollen. Ein eigenartiges Bild, wie es sich auch nur in einer Zeit der Umwälzung einstellen kann! Auch der Streit um Naß oder Trocken ruht natürlich nicht, und man kann nur sagen, daß er zu stark voneinander abweichenden Meinungsverschiedenheiten in der amerikanischen Nation geführt hat. Ein elfgliederiger Ausschuß, der sich mit der wirkungsvollen Durchführung der Bundesgesetze, aber vornehmlich mit dem Prohibitionsgesetz beschäftigt hat, ist charakteristischerweise zu keinerlei Einigung gekommen. Zwei der Mitglieder haben die völlige Aufhebung der Prohibition gefordert. Drei sind für Beibehaltung des Prohibitionsgesetzes. Vier sind für eine Abänderung des Gesetzes eingetreten. Zwei schlagen eine Volksbefragung vor.

Die Frage der Revision der Kriegsschulden ist, abgesehen von den vielen anderen Stimmen, neuerdings auch in Frankreich im Sinne eines Bündnisses der Schuldner gegenüber dem amerikanischen Gläubiger aufgeworfen worden. Aber sowohl die amerikanische Regierung wie die durch die Zeitungen bestimmte allgemeine Meinung ist gegenüber solchen Vorschlägen außerordentlich harthörig. Um so wichtiger sind aber immer wieder Stimmen, wie die von Nicolas Murray Butler, des Präsidenten der Columbia-Universität, oder die des Senators Shipstead, der im Senat einen Antrag eingebracht hat, die Bundesregierung möge auf Grund

des seit 1919 gesammelten Aktenmaterials erklären, daß Deutschland nicht die alleinige Schuld am Weltkrieg trage, die unbeeinflußt von der Meinung der Masse und der offiziellen Kreise nach der Wahrheit und der Lösung der schwierigen Probleme suchen. Eine immer noch nicht aufgegebene bewußte Isolierung gegenüber internationalen Fragen hat auch Amerika neuerdings wieder durch die Ablehnung des Vorsitzes in der Abrüstungskonferenz bekundet.

Ein politisches Kuriosum bildet das winzige Eiland Clipperton im Pazifischen Ozean, westlich von Mexiko. Im Jahre 1858 ist die französische Regierung von einem französischen Reeder auf die herrenlose Insel, die kaum 5 qkm groß ist, damals aber eine wertvolle Guanoerde trug, aufmerksam gemacht worden. Ein französisches Kriegsschiff nahm sie daraufhin auch in französischen Besitz, ohne daß aber irgendeine wirtschaftliche Ausnutzung erfolgte. Diese wurde erst von Amerikanern vorgenommen, die als „Oceanic-Phosphat-Company“ unter dem Schutz der amerikanischen Flagge arbeiteten. Das führte zur Beschwerde durch Frankreich. 1897 erkannte auch die Union die französischen Ansprüche als zu Recht bestehend an. Am Anfang des 20. Jahrhunderts nahm dagegen Mexiko die Insel in Besitz. Das führte zum weiteren Konflikt zwischen Mexiko und Frankreich, dessen Schlichtung dem König von Italien übertragen wurde. Der Schiedsspruch ist kürzlich zugunsten Frankreichs erfolgt. Man wird jetzt auf der politischen Karte die französische Kolonialfarbe einzutragen haben, soweit die Insel überhaupt auf Karten vermerkt ist. Es entsteht dabei nur die interessante Frage, ob der Schiedsspruch nicht der Monroedoktrin widerspricht, wobei natürlich das Grundproblem aufzuwerfen wäre, ob die Insel, wie Mexiko ja wohl sicher gemeint hat, als amerikanische Insel anzusehen ist oder ob sie der Inselgruppe des Pazifischen Ozeans angehört.

In Kanada erscheint die gesamte Wirtschaftslage weniger ungünstig als in den Vereinigten Staaten, obwohl die Farmer genau in der gleichen Weise unter dem Preissturz leiden. Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 0,3 Mill. und soll durch eine strenge Einwanderungssperre behoben werden. Recht bezeichnend für die zukünftige Entwicklung ist die Kapitalverflechtung mit England bzw. mit den Vereinigten Staaten. In den ersten zehn Monaten des vorigen Jahres wurden im ganzen 648 Mill. Dollar langfristiges Kapital aufgenommen. Davon wurden 328 Mill. Dollar in Kanada selbst eingebracht, 315 Mill. Dollar kamen aus den Vereinigten Staaten und nur 5 Mill. Dollar aus England. Das belegt deutlich den immer schwächer werdenden Einfluß Englands als Geldgeber. Auf der Reichskonferenz in London hat sich zwar der kanadische Premierminister energisch für den Reichsgedanken eingesetzt; er hat aber keinerlei Erfolge für Kanada errungen, die man nun von der nächsten Reichszusammenkunft in Ottawa erwartet.

Mexiko beschäftigt sich sehr intensiv mit seinen Schuldendienstregelungen, die in einem neuen Abkommen auf den Rückgang des Silberpreises Rücksicht genom-

men haben. Weder Kuba noch Panama haben völlig ruhige Zustände aufzuweisen. Dort wissen die Meldungen von neuen Sabotageakten, hier von einer Gegenrevolution (vgl. letztes Heft). Kolumbien stellt einen Sonderfall der Wirtschaftskrise dar. Es hat Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern, weil die eine Zeitlang sehr rege öffentliche Bautätigkeit, die aber inzwischen eingestellt worden ist, zu einer Abwanderung vom Lande nach den Städten und zu Bahn- und Straßenarbeiten geführt hat und diese Elemente ihren Rückweg zur Landwirtschaft, bei der die geringen Löhne ebenso wie die Forderung gesteigerter Arbeitsleistungen abschrecken, nicht zurückfinden. Im ganzen ist auch dieser Staat in seiner aufstrebenden Entwicklung von dem allgemeinen Sinken der Preise getroffen worden und befindet sich infolge der noch hochgradigen Unausgeglichenheit seiner Wirtschaftsmaßnahmen erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Das hat sich auch in der starken politischen Nervosität bei den Kongreßwahlen gezeigt, die einen blutigen Verlauf nahmen. In Peru hat die wirtschaftliche Lage zur Erlassung eines Moratoriums für die Zahlung aller ausländischen Schulden geführt, das so lange dauern soll, bis eine Besserung eingetreten sei. Die Studentenunruhen sind von einer neuen Revolution überholt worden. Auch in Bolivien herrscht die wirtschaftliche Depression nach wie vor. Besonders die niedrigen Zinnpreise drücken auf die Gesamtlage. Die Handelsbilanz ist dagegen besser ausgefallen als im Vorjahr. Die neue Regierung weiß sich ebensowenig den vereinsstaatlichen Klammern zu entziehen wie die alte. In Chile hat der Absatz von Kupfer, Salpeter und landwirtschaftlichen Werten mit starker Verringerung zu rechnen. Die Zollerhöhungen erschweren die Einfuhr. Sie werden aber im Augenblick ziemlich gleichgültig hingenommen, weil der Markt zur Zeit in Chile doch nur ein sehr beschränkter ist. Auch Argentinien hat noch keine vollkommene Ruhe gefunden (Straßenkämpfe, Bombenexplosionen). Die Regierung trägt sich mit einem großzügigen Bauprogramm (Straßen, Dämmen, Molen, Lagerhäuser) zur Belebung der Wirtschaft. Brasiliens Handelsbilanz für die ersten neun Monate des vorigen Jahres ist aktiv. Der Kaffee macht an der Ausfuhr nur 62% aus. Rio de Janeiro ist wieder der wichtigste Einfuhrhafen geworden. Die Ausfuhr Santos' ist dagegen im Vergleich mit dem Vorjahr stark gesunken. Sie macht nur knapp 50% aus, während sie im Vorjahr gegen 60% betrug. Dagegen ist der Export in den kleineren Häfen, die nicht nur an der Kaffeeausfuhr beteiligt sind, gestiegen. Darin zeigt sich eine gewisse wirtschaftliche Dezentralisation. Eine Zeitungsnotiz will etwas von einem gegenrevolutionären Putsch in Piahy wissen. Der Eindruck, den das italienische Flugmanöver in Brasilien gemacht hat, scheint kein geringer gewesen zu sein. Die Bundesregierung hat die elf Flugboote aufgekauft. Quelle hat in dem „Ibero-Amerikanischen Archiv“ die jüngste Bevölkerungsschätzung vom 31. Dezember 1929 veröffentlicht. Danach rückt Brasilien mit 40,27 Mill. Einwohnern immer mehr zu einem der großen Staaten auf. In knapp 60 Jahren seit 1872 hat sich seine Bevölkerungszahl nahezu vervierfacht.

Minas Geraes mit 7,4 Mill. Einwohnern ist nach wie vor der größte Staat. Es folgen São Paulo (6,4 Mill.), Bahia (4,1 Mill.), Rio Grande do Sul (2,96 Mill.), Pernambuco (2,87 Mill.), Rio de Janeiro (nahezu 2 Mill.). Die Zahl der Großstädte ist von 6 im Jahre 1920 auf 11 gestiegen. Neu dazugekommen sind: Maceio, Fortaleza, Bello Horizonte, Curityba und Nictheroy. Ein Zeitungsreporter hat natürlich neulich schon wieder wissen wollen, daß die Bundeshauptstadt Rio de Janeiro „nahezu 2 Mill.“ Einwohner habe. Dabei hat der gesamte Federaldistrikt, dessen Löwenanteil natürlich die Bundeshauptstadt ausmacht, nur 1,47 Mill. Einwohner. São Paulos Bevölkerung beträgt 0,88 Mill., die Bahias 0,33 Mill., die Pernambucos 0,34 Mill. In Brasilien wohnt heute etwa die Hälfte der südamerikanischen Menschheit.

(Abgeschlossen Ende Februar.)

OTTO MAULL:

Erdumspannender Bericht

Die Weltkrise.

Fast wirkte es banal, das in den vergangenen Wochen und Monaten oftmals, nahezu in jeder Zeitschrift und Zeitung behandelte Thema der Weltkrise aufzugreifen, wenn nicht eine Zusammenschau im größeren Überblick, wie er heute deutlicher als noch vor kürzerer Zeit gewonnen werden kann, ein tieferes Verständnis dieser erdumspannenden Erscheinung verspräche. Denn erdumspannend kann man sie schon nennen, weil nur wenige Länder unmittelbar von ihren Wirkungen verschont geblieben sind, die gesamte Erde aber mittelbar von ihr betroffen wird. Es erscheint darum von vornherein falsch, die letzten Ursachen der Krise allein in der jüngeren, namentlich durch den Weltkrieg ausgelösten Entwicklung sehen zu wollen. Wenn dem so wäre, müßten sich Siegerstaaten, Besiegte und Neutrale gegenüber den Erscheinungen der Weltkrise ganz anders verhalten, als das tatsächlich der Fall ist. Die Jahre nach dem Kriege vermochten allerdings einer solchen Vorstellung Vorschub zu leisten. Die jüngste Zeit, die vornehmlich das Übergreifen der Krise auf die Vereinigten Staaten von Amerika zeigte, hat aber diese Anschauung gründlich korrigiert. Es ist darum auch schon gelegentlich sehr richtig geäußert worden, daß der Weltkrieg mit seinen Folgen nicht die Ursache sei, daß vielmehr die Krise doch gekommen wäre und der Krieg mit seinen mittelbaren Wirkungen sie lediglich beschleunigt habe. Daß die Erscheinungen des Augenblicks in innigstem Zusammenhang mit den Störungen des vorausgegangenen Zustandes stehen, die der Krieg und seine Friedensverträge geschaffen haben, kann bestimmt nicht geleugnet werden. In dem Sinne hat der Krieg mit seinem Ausgang den Ausbruch der Krise beschleunigt. Es erhebt sich dabei aber die einschneidende

Frage, ob der Krieg als ein von der Krise unabhängiger Beschleunigungsfaktor anzusehen ist oder ob er in einem ganz anderen ursächlichen Zusammenhang mit der Krise steht. Es steigt der schwere Verdacht auf, daß in dem Verhältnis von Krieg und Krise überhaupt Ursache und Wirkung verwechselt werden. Die Fragestellung hat darum viel für sich: ist der Weltkrieg nicht lediglich ein Symptom der Weltkrise gewesen? War er nicht ihr gewaltigstes Beben, das das auf unsicherem Grund zu hoch errichtete Kulturgebäude in Trümmer warf, zwischen denen nun die heutige Menschheit lebt und vielfach daran verzweifelt, Ähnliches wieder schaffen zu können. Die Frage schließt unstreitig die fruchtbare Anregung ein, den Blick von den unmittelbar greifbaren Erscheinungen der Krise, die sich natürlich am deutlichsten auf dem Gebiet des Wirtschaftlichen zeigen, hinzulenken zu einer Betrachtung der weit zurückreichenden Ursachen viel allgemeinerer Natur.

Es wäre natürlich eine leicht zu widerlegende Vorspiegelung, wenn man die bittere Not, die die Weltwirtschaftskrise über die Menschheit gebracht hat, leugnen wollte. Auch einem Erklärungsversuch, der sich ein ganz anderes Ziel setzt, wäre durchaus nicht gedient, wenn man die unmittelbaren Anlässe zu der augenblicklichen Weltwirtschaftskrise vernachlässigte. Ihre Erscheinungen an sich sind genügend bekannt und brauchen darum nur kurz gestreift zu werden. Gerhard Herrmann hat sich im „Weltwirtschaftlichen Bericht“ des letzten Heftes mit ihnen beschäftigt. Er sieht sie „im Sturz der Rohstoffpreise und in der in der ganzen Welt verbreiteten Arbeitslosigkeit“. Er nennt beide Kriterien mit Recht „teils Ursache, teils Symptom“ der Krise. Ein Vergleich der Preise der wichtigsten Welthandelsgüter anfangs Dezember des letzten Jahres mit dem Höchststand der Preise 1928/29 ergibt einen Preissturz bei Weizen (65%), Roggen (66,5%), Kaffee (64%), Kapwolle (63%), Baumwolle (56%), Jute (60%), Gummi (76%), Rohöl (44%), Kupfer (42%), Blei (49%), Zink (54%) bis fast auf die Hälfte oder sogar weit über die Hälfte. Am wenigsten sind Steinkohlen und Roheisen davon betroffen worden. Stellt man das Preisniveau von Ende 1930 dem Höchststand von 1924 gegenüber, so ergeben sich Rückgänge bei Wolle und Rohseide um 70%, bei Zucker um 80%, bei Kautschuk um 90%. Der Preissturz hat also am heftigsten ganz besonders die Landwirtschaftsprodukte betroffen. Im Durchschnitt sind z. B. in den Vereinigten Staaten deren Preise um 22% gesunken. Der durchschnittliche Preisrückgang der Fabrikate beträgt dagegen gleichfalls am Beispiel der Vereinigten Staaten nur 12%. Am wenigsten merkt der Einzelverbraucher von dem Preissturz, denn die Lebenshaltungskosten sind nur um durchschnittlich 5—7% geringer geworden. Die Stützungsversuche (Kaffeewertsteigerung, Gummirestriktion, Versuche des kanadischen Weizenpools und des Federal Farm Board, japanische und italienische Stützungsversuche des Seidenpreises) haben gegenüber dem Preisrückgang nichts genutzt. Die Marktstörung, die aus diesen Gegenüberstellungen zu erkennen ist, ist die: die Preise der Fabrikate sind hoch geblieben und haben darum die mit den Rohstoff-

preisen nicht im geringsten Einklang stehenden hohen Lebenshaltungskosten, notwendigerweise damit aber auch ein relatives Hochhalten der Löhne verursacht. Anderweitig ist aber in allen Rohstoffländern — und das ist ein ansehnlicher Teil der Erde — die Kaufkraft stark gesunken, so daß das Absatzgebiet für Fabrikate empfindlich eingeschränkt worden ist. „Es gibt kaum irgendwo eine wichtige Industrie, die genügende Gewinne erzielt, um sich auszudehnen — und das wäre das Kriterium des Fortschritts“ (Keynes). Wo aber kein Fortschritt ist, ist Stagnation, die sich aber keineswegs mit der dauernden Vermehrung der Menschheit verträgt. Die Folge solcher Stagnation, die nicht in einem dauernd in Entwicklung begriffenen Organismus, wie es die Menschheit ebenso ist wie die Weltwirtschaft, auftreten darf, wenn nicht schwere Funktionsstörungen eintreten sollen, ist der Mangel an Beschäftigung für die dauernd neu Hinzukommenden, ist die Arbeitslosigkeit. Wer das ungeheuerliche Problem der Arbeitslosigkeit mit dem billigen Hinweis auf unzureichende Zeiterscheinungen erklären oder wer darum in anderen Zuständen, z. B. in der Schaffung eines stehenden Heeres, eine Abhilfe sehen möchte, der ist sich über den riesigen Umfang der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht im klaren; er vergißt auch, daß ein Heer, so hoch auch der Militärdienst zur Erziehung der heranwachsenden Menschen eingeschätzt werden muß, trotz der notwendigen Heereslieferungen, an sich als keine produktive Menschenmasse angesehen werden, sondern versorgt sein will. Vor allem versinkt aber der zahlenscheue Vorschlag vor den Millionenzahlen der Arbeitslosen, die Millionenheere in den Kulturländern verlangten, um nur die Arbeitslosen von der Straße zu schaffen, ohne daß damit aber auch die Frage angeschnitten wäre, wie die Mittel zur Erhaltung aufgebracht werden sollten.

Die Feststellung der Zahl der Arbeitslosen ist ungemein schwierig. Darauf ist vom Referenten des öfteren in dieser Zeitschrift am amerikanischen Beispiel aufmerksam gemacht worden. Auf eine Schätzung, wenn auch nur auf eine rohe, kommt es dieser Betrachtung an. Mehrere Schätzungen des Internationalen Arbeitsamts, ein ergänzender Aufsatz von E. Bandmann („Wirtschaftsdienst“ 1930, H. 52), weitere zerstreute Angaben liefern jedoch einigermaßen ausreichende Grundlagen. Die Arbeitslosigkeit der Erde dürfte darum mit weit über 20 Mill. zu veranschlagen sein. Die Schätzungen des Arbeitsamts sind bestimmt zu niedrig. Davon kommen über die Hälfte auf Europa. Das Deutsche Reich steht obenan mit etwa 5 Mill. Arbeitslosen. Es folgt der Siegerstaat England mit 2,5 Mill. Arbeitslosen, Rußland mit 1,2, Italien mit mehr als 0,5, Polen mit 0,25, die Tschechoslowakei mit 0,15 Mill. schließen sich an. Von den außereuropäischen Staaten zählen Japan ungefähr 0,4 Mill., Australien etwa 1 Mill., die Vereinigten Staaten 8—10 Mill. Arbeitslose. Über die sehr voneinander abweichenden Ziffern, die über die vereinsstaatliche Arbeitslosigkeit im Umlauf sind, haben die Amerikareferate jeweilig zu orientieren versucht. Zur Erfassung der Arbeitslosen in den lateinamerikanischen

und in den asiatischen Ländern besteht keine Möglichkeit. Eine Notiz der „Times“, die die Arbeitslosen Chinas auf 100 Mill. bezifferte, hat sich in dem Augenblick der Wiedergabe nicht klargemacht, daß man die Bevölkerungszahl Chinas nicht genügend genau kennt, geschweige denn daß es möglich wäre, über die Arbeitslosenzahl irgendeine Auskunft zu geben. Zudem stellen die europäischen und amerikanischen Länder der Maschinenkultur und China so unvergleichbare Größen dar, daß man über den Normalbegriff des Arbeitslosen noch viel intensiver diskutieren müßte, als das ohnehin von den sich um die Arbeitslosenstatistik Bemühenden, namentlich in den Vereinigten Staaten, aber auch schon in Europa, geschieht. Im Sinne der chinesischen Arbeitslosen haben viele minderentwickelte Staaten von jeher Arbeitslose aufzuweisen gehabt, ohne daß nur eine einzige Notiz durch die Zeitungen gelaufen wäre. Was will es anders sagen, daß z. B. 1907 in Griechenland 0,65 Mill. berufslose Männer gezählt worden sind. Man wird wohl kaum annehmen dürfen, daß das damals noch sehr kleine Land in solcher Zahl über wohl situierte Rentner verfügte. Der Fall mag angeführt werden, nicht nur zur Beleuchtung der Zustände in den Staaten abseits der Intensivierung der Wirtschaft, sondern auch als Beispiel, wie sich chronische Arbeitslosigkeit mit einem ungemein bescheidenen Lebensstandard dauernd zu helfen wußte und auch weiter zu helfen weiß. Ohne diese an sich bemitleidenswerte, aber doch eigentlich meist ganz übersehene Tatsache wären die zahlreichen Millionen Arbeitsloser in den Vereinigten Staaten ohne geregelte Arbeitslosenunterstützung ganz unverständlich. Das Arbeitslosenproblem wird erst auf der Basis eines höheren Lebensstandards zur derzeit schwer lösbaren Frage. In vielen Ländern mit geringerem Lebensstandard löst es sich — zum mindesten für unsere Beobachtung — ganz von selbst. Die Hungersnöte Indiens und Rußlands haben nicht ihren Grund in der Arbeitslosigkeit, sondern vielmehr in klimatischen Katastrophen und in der mangelnden Verkehrsorganisation.

Ist die Wirtschaftskrise und damit die Arbeitslosigkeit aus dem gestörten Austausch zwischen den Rohstoffländern und den Industrieländern, zwischen den Rohstoff- und Industrieproduzenten ganz allgemein erwachsen, so ist damit nur der Zustand und nicht etwa die wirtschaftliche Verursachung gekennzeichnet. An Erklärungsversuchen der letzteren hat es natürlich nicht gefehlt. Der Preis sinkt, wenn sich ein Überangebot einstellt. Man hat infolgedessen mit dem Hinweis auf eine Überproduktion häufig genug die Wirtschaftskrise zu erklären versucht. Man kann auch statistisch nachweisen, daß die Produktion stärker gestiegen ist als die Bevölkerung. L. Miksch hat aber die allgemeine Antwort auf die Frage: „Gibt es eine allgemeine Überproduktion?“ (Jena 1929) gegeben und nachgewiesen, daß der grundlegende Irrtum in der Erklärung der Wirtschaftskrise aus einer allgemeinen Überproduktion in der Annahme einer festbleibenden Kaufkraft bestehe. Mit der Drosselung der Rohstoffproduktion sinkt natürlich auch die Kaufkraft der Rohstoffproduzenten. Mit der geringeren Absatzmöglichkeit für Fabrikate nimmt die

Kaufkraft der Industrie ab. Lediglich von der austauschfähigen Produktion ist die Kaufkraft abhängig. Dieser Austausch der Produktion ist gestört, die Kaufkraft ist gesunken, die Preise sind in der Landwirtschaft und in der Industrie heruntergegangen, trotzdem Bedürfnisse nach den Waren der Produktion bestehen. Das ist der anormale Zustand! Auch eine Unterkonsumtion kommt daher nicht in Frage. Keineswegs besteht die Krise weder in der Überproduktion noch in dem mangelndem Bedürfnis nach wirtschaftlichen Gütern im Sinne der Unterkonsumtion. Es fehlt auf seiten der Produzenten das Kapital, um dieses Bedürfnis decken und Gewinne erzielen zu können. John Maynard Keynes meint, daß „die Hauptursache der Spannungen in dem Mangel an Neuunternehmungen, infolge eines unbefriedigenden Marktes für Kapitalanlagen, liegt. Wegen der internationalen Wirtschaftszusammenhänge beeinflusst eine, weltwirtschaftlich gesehen, unzureichende Erzeugung von neuen Kapitalgütern die Warenpreise überall und folglich die Gewinne der Produzenten in allen Ländern in gleichem Maße“ („Wirtschaftsdienst“ 1930, H. 51). Dieser Zustand der unzureichenden Erzeugung der Kapitalgüter hat (nach Keynes) verschiedene Gründe. Er erklärt sich aus dem Verhältnis der Kreditgeber und Kreditnehmer zueinander. Infolge des starken Kapitalbedarfes nach dem Krieg zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden, zur Erfüllung von Vertragsverpflichtungen, zur Stützung restaurierter Goldwährungen, in der jüngeren Zeit zum Ausgleich erlittener Verluste haben sich die Kreditgeber an so hohe Sätze gewöhnt, die von den wirtschaftlichen Unternehmungen nicht mehr getragen werden können. Dazu kam aber das sich immer mehr steigernde Mißtrauen gegen den Kreditnehmer überhaupt. Der Kreditgeber wollte das in der Kreditgewährung bestehende Risiko nicht mehr tragen. Namentlich Frankreich und die Union haben ihre Mittel vom internationalen Markt für langfristige Kredite zurückgezogen. Aber auch die Kreditnehmer haben sich schließlich recht reserviert verhalten. Keynes schließt seine Diagnose mit der Prognose, daß lediglich die Bereitwilligkeit der Kreditgeber, Kapital zu leichteren Bedingungen zu leihen, und die Wiedererstarkung des zur Zeit recht mangelnden Mutes, solches aufzunehmen, zur Behebung der Weltwirtschaftskrise führen könnte. Gerichtet ist die Aufforderung an die Leiter der großen Zentralbanken. „Niemand anders kann den Schritt tun, als die Zentralbankleiter der wichtigsten Gläubigerstaaten; ebensowenig kann das isolierte Vorgehen einer einzigen Zentralbank ausreichen. Eine geschlossene Aktion seitens der Bundesreservebanken der Vereinigten Staaten, der Bank von Frankreich und der Bank von England könnte viel mehr ausrichten, als die meisten, die Symptome oder erschwerende Umstände für das Übel selbst halten, anzunehmen bereit sein werden“ (Keynes).

Der unsichere Markt ist natürlich durch die politischen Verhältnisse im Gefolge des Krieges geschaffen worden. An dieser Stelle leitet die Weltwirtschaftskrise auf die weltpolitische Krise zurück, zeigt ihr zweites, nicht weniger ernstes Ge-

sicht. Jene ungeahnten und untragbaren Verpflichtungen, die die sog. Besiegten mit den Friedensverträgen übernehmen mußten, die außerordentlichen Erschütterungen teils revolutionärer, teils kriegesischer Natur nach dem Weltkrieg besonders in Lateinamerika, im nahen Orient und in China, die Kolonialkrise, die sich hier schüchtern, dort gefahrdrohend entwickelt hat, nicht zuletzt das Experiment Rußland mußten dem sicheren Markt für Kapital, aber auch dem Produktionsaustausch Räume von Erdteilgröße entziehen. Dazu kamen mit der steigenden Krise in einzelnen Staaten, vor allem in der Union, durch die Aufrichtung von Schutzzollmauern handelspolitische Erschwerungen von außerordentlicher Schärfe. Nicht zuletzt bedeuten die fast unübersehbaren politischen Spannungen in Europa Anlässe, an denen sich wirtschaftliches Mißtrauen immer wieder zu orientieren vermag. Mehr als ehemals hat nationale Beschränkung, vielfach auch Beschränktheit, die in dem Irrtum befangen ist, man könne produzieren und verkaufen, ohne Importwaren zu kaufen, die werdende Einheit der Weltwirtschaft auseinander gesprengt.

Keynes hat das Gleichnis gebraucht: „Wir haben einen Maschinendefekt. Wie können wir wieder in Gang kommen?“ In einer wichtigen Aufsatzreihe im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ (25., 28. Dezember, 1. Januar), der wir bisher allerlei Tatsachen und auch Auffassungen entnommen haben, wird in völliger Analogie dazu von „Sand in der Maschine“ geredet. Hinter beiden Bildern steckt mehr, als damit unmittelbar angedeutet wird. Wenn nur lediglich Sand in die Maschine gekommen wäre oder sich allein ein Maschinendefekt eingestellt hätte, dann wäre die Krise durch Säuberung oder Reparatur der Maschine leichterding zu beheben. Das von Keynes vorgeschlagene Mittel ist Kreditgewährung als Schmieröl. Es soll bestimmt nicht geleugnet werden, daß damit die Stockung der Wirtschaft behoben werden könnte. Warum folgen die Zentralbankleiter dem Rate des großen Nationalökonomens nicht? Ist es lediglich das bekannte Nasenrumpfen der Finanzmänner über den Finanzwissenschaftler? Man wird zugeben müssen: es ist viel Sand in der Maschine. Aber das ist längst nicht das Schlimmste. Ausschlaggebend ist, daß man die Weltwirtschaft im Sinne des Freihandels zu einem wunderbaren Organismus gestaltet hat, wohl zu einem Gruppenorganismus, getragen von der sich harmonisch ergänzenden Arbeit von unendlich vielen, die sich aber doch auf die Einheit des Erdballs bezieht, um sie schließlich als einen Mechanismus, eine Maschine anzusehen, die man beliebig umschalten kann. Aber noch darüber hinaus haben die Einzelstaaten geglaubt, ihre eigenen Maschinen bauen zu können. Diese Maschinen wollen zur großen Verwunderung ihrer Schöpfer nicht laufen, noch weniger im Sinne des Ganzen zusammenarbeiten, trotzdem man das Schmieröl des Kapitals in der Hauptsache nur für die eigenen Maschinen zu verwenden versucht. Man hat sich nicht etwa lediglich in der Schaltung vergriffen, sondern in der Auffassung vom Wesen der Weltwirtschaft. Hier liegt der eine fundamentale letzte Grund für die Weltkrise: die Divergenz zwischen der weltwirt-

schaftlichen und weltpolitischen Entwicklung hat die Weltkrise, wirtschaftlich wie weltpolitisch betrachtet, ausgelöst. Genauer noch ausgedrückt: die Entwicklung zur Weltwirtschaft hat keine Parallele im Weltstaatsystem gefunden. Weltstaat wäre die ideale Parallele, die aber gar nicht gezogen zu werden braucht, weil es auch keine Weltwirtschaft von ähnlicher Gestaltung gibt. Allein die Weltwirtschaft hat dank der Technik und des Unternehmmergeistes so ungeheure Fortschritte zu verzeichnen gehabt, die auch nach dem Krieg zunächst nicht geruht haben, daß die weltpolitische Entwicklung nur als böser, zu schlimmen Rückschritten geneigter Anachronismus erscheinen konnte. „Aber heute haben wir uns in einen kolossalen Wirrwarr hineinmanövriert, denn wir haben uns bei der Handhabung einer empfindlichen Maschine, deren Gesetz wir nicht verstehen, gröblich versehen“, schreibt Keynes. Man muß den Ausdruck auf „hineinmanövriert“ legen, dann trifft man vermutlich das Richtige. 1914 hat auf der Seite der Alliierten zum mindesten England geglaubt — und Amerika hat sich ihm später in diesem Glauben angeschlossen —, daß die empfindlich rivalisierende Handelsherrschaft Deutschlands durch einen Krieg gebrochen werden könnte, so wie es sich einst der Handelsvorherrschaft Hollands und der Rivalität Frankreichs entledigt hat — jedoch zu einer Zeit, in der es noch keine Weltwirtschaft gab. Man wird auch nicht sagen können, daß in Deutschland die Einsicht viel größer gewesen wäre. Denn hier bestand die Vorstellung, daß überhaupt eine solche Handelsherrschaft in feindlicher Rivalität mit England geschaffen werden könne. Die wirtschaftspolitische Einstellung ist im allgemeinen in vielen Staaten auch heute nicht anders. Der Protektionismus, der zur Zeit in den Vereinigten Staaten und in Italien seine Orgien feiert, ist der deutliche Beleg dafür. So sicher es ist, daß heute schon da und dort, in einer Vielzahl sogar, aber doch in verhängnisvoller Minorität gegenüber der Meinung der Masse, Stimmen auftauchen (vgl. den Amerikabericht des letzten Heftes), die mit ihrer Äußerung ernstlich bemüht sind, auch über die politischen Grenzen hinweg, die „Maschine“ wieder in Gang zu bringen, so bestimmt hat die Mißachtung von der Harmonie von Weltwirtschaft und Weltstaatsystem, das in den Jahrzehnten vor dem Krieg eine zunächst leidliche Ordnung aufzuweisen hatte, zum Weltkrieg und damit zur Weltkrise geführt. Das heißt: die Weltkrise war vor dem Krieg latent vorhanden. Der Krieg ist ihr überraschendster und furchtbarster Ausdruck gewesen. Was man schon während des Krieges als Fortsetzung des Wirtschaftskrieges über die Friedensschlüsse hinaus bezeichnet hat, sind ihre weiteren Äußerungen geworden. Letzten Endes hat also die Weltkrise ihren tiefsten Grund in dem Widerstreit zweier grundverschiedener Systeme der durch den Menschen geschaffenen Weltordnung: des territorial-nationalpolitischen und des universalen. Die Träger des einen sind die Staaten, die Träger des anderen sind die zwischenstaatlichen Verknüpfungen von Weltwirtschaft, Weltverkehr, Weltkapital. Friedenszeiten verhüllen die Konflikte zwischen beiden, zumal die Sonderung in solcher Schärfe ja nur eine rein theo-

retische ist, sich die Weltwirtschaft natürlich genau so aus den Staatswirtschaften zusammensetzt, wie das Weltkapital auf einzelne Staaten verteilt erscheint. Allein als Betätigungsfelder genügen weder diesen Teilen der Weltwirtschaft noch denen des Weltkapitals die einzelnen Staaten, sondern sie verlangen die Erde in ihrer Ganzheit. Es ist also, rein formal aufgefaßt, ein Widerstreit der Teile mit dem Ganzen, der naturgemäß zur Störung der Funktionen des Ganzen führen mußte. Weil die Entwicklung zum Ganzen weltstaatlich weniger weit vorgeschritten ist als weltwirtschaftlich, haben sich diese Reibungen ergeben müssen. Sie haben sich eingestellt als Krise im Werdeprozeß zur Ganzheit, und sie werden sich wieder einstellen, wenn die Ganzheit aus der Krise nicht hervorgeht, wenn der Einzelstaat, den man sich durchaus nicht beseitigt zu denken braucht, aus dieser Krise nicht lernt, daß dieser empfindliche Organismus der Weltwirtschaft nicht durch grobe Eingriffe gestört werden darf. Die Weltkrise ist darum weit mehr als die schwere Folgezeit nach dem Weltkrieg. Sie ist eigentlich so recht die Schicksalswende für die kommenden Jahrzehnte. Natürlich besteht in weiten, aber für den durchschlagenden Erfolg doch viel zu engen Kreisen die richtige Vorstellung von dem gegenwärtigen Zustand. Die großen Weltorganisationen, wie Völkerbund, Weltgerichtshof, die zeitweiligen Konferenzen der großen Mächte, auf denen es um die Welt als Ganzes geht, werden im allgemeinen getragen von dem Gedanken des nötigen Weltausgleichs. Daß sich aber auch überall dort die skizzierten widerstreitenden Tendenzen geltend machen, ist in einer Zeit, in der das Bewußtsein von einem unendlich komplizierten Organismus noch nicht in allen Köpfen erwacht ist, selbstverständlich.

Erschwerend für die Gewinnung der Einheit, gerade aber den Fortschritt in jeder Hinsicht heischend, ist die Tatsache der außerordentlichen Entwicklung der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg. Sie hat die Krise zu einer Weltbevölkerungskrise gemacht. Die innerstaatliche Einstellung spricht im allgemeinen von einem Geburtenrückgang. Der ist namentlich in den Kulturstaaten eindeutig nachzuweisen, und da er sich nicht überall gleichmäßig vollzieht, fühlt der eine Staat, der stärker davon betroffen wird als ein anderer, einen unangenehmen Druck von seiten seines Nachbarn. Dieser Geburtenrückgang ist aber nur ein mäßiger Abstieg von der ganz außerordentlichen Volksvermehrung der letzten Jahrzehnte. Sicher war die Volksvermehrung in früheren Jahrhunderten viel weniger groß. Durch einfache Gegenüberstellung von Zahlen, die der Statistik entnommen sind, läßt sich das nicht beweisen. Denn die Statistik ist im allgemeinen erst ein Geschenk des vorigen Jahrhunderts. Nur in verhältnismäßig seltenen Fällen stehen aus früheren Zeiten vergleichbare Werte zur Verfügung, die aber für das angeschnittene Problem längst nicht ausreichen. Dagegen läßt sich aber aus Berechnung sehr eindeutig erweisen, daß die Volksvermehrung in früheren Jahrhunderten längst nicht so groß gewesen sein kann, wobei auf die Gründe dieses Unterschiedes

hier nicht eingegangen werden soll. Bei Zugrundelegung der Wachstumsrate der Jahre 1906—1911 läßt sich errechnen, daß sich die heutige Menschheit aus einem einzigen Menschenpaar hätte entwickeln können, das im Jahre 132 n. Chr. gelebt hat. In gleicher Weise ergäbe eine Rechnung, die von der mittleren jährlichen Wachstumsrate ausgeht, die 0,66% beträgt, eine Bevölkerung von Europa für das Jahr 1700 von 94, für das Jahr 1500 von nur 12 Mill. und für das Jahr 1200 eine solche von nur 200 000 Menschen. Beide Berechnungen zeigen nur zu deutlich, daß die Zeit vor dem Krieg ein besonders starkes Volkswachstum aufzuweisen hatte, was naturgemäß als ein Engerwerden des Raumes empfunden werden und darum zu einem Drängen hinaus in die Welt und in der Welt führen mußte. Beides hat in außerordentlichem Maße die wirtschaftende Tätigkeit des Menschen angeregt, aber damit auch die Spannungen zwischen den einzelnen Menschengruppen geschaffen, die sich im Banne des territorialpolitischen Denkens befanden. Letzten Endes sind durch das außerordentliche Bevölkerungswachstum ebenso Weltwirtschaft und Weltkapital geboren worden. Sie haben aber nicht das ihnen adäquate Gefäß in den territorialpolitischen Zuständen der Erde vorgefunden, die aus einer ganz anderen Zeit stammen. In der Geburtsstunde ist darum auch der Konflikt entstanden, der die Weltkrise heraufbeschworen hat.

Natürlich entsteht die Frage, ob sich die Verhältnisse während und nach dem Krieg geändert haben. Das ist nicht der Fall, wenn auch eine kleine Stagnation infolge des beobachteten Geburtenrückgangs und der Kriegsverluste eingetreten ist. Kurt Singer hat die Zunahme der Erdbevölkerung von 1913—1928 zu 10% angenommen; das ergibt abermals eine jährliche Durchschnittsrate von 0,66%. In Europa (einschließlich der Sowjetunion) bleibt allerdings die Bevölkerungszunahme mit nur 6% bedenklich hinter dem Weltdurchschnitt zurück. Am schwächsten war die Zunahme in Mittel- und Osteuropa (ohne Rußland) mit 5%. Am stärksten war sie in Süd- (43%) und Nordamerika (26%). Berechnet man mit der Wachstumsrate von 0,66% den durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der Menschheit, die mit etwa 1950 Mill. anzusetzen ist, so ergeben sich rund 13 (12,87) Mill. Das entspricht annähernd der Hälfte der Arbeitslosen auf der Erde. Wenn der letzte Bericht des Internationalen Arbeitsamts den Schluß ziehen läßt, daß in Europa die Zahl der Arbeitslosen sich verdoppelt habe, so kann diese Zunahme im Hinblick darauf, daß die europäische Arbeitslosenziffer etwa die Hälfte der Weltarbeitslosigkeit ausmacht, dahin gewertet werden, daß auch in der gesamten Welt eine ähnliche Vergrößerung eingetreten sei. In Beziehung gesetzt mit dem Volkswachstum, ergibt sich aber daraus der Schluß für den derzeitigen Zustand auf dem Weltarbeitsmarkt: die neu auf dem Arbeitsmarkt Arbeit Suchenden — denn die Zunahme in den verflossenen Jahren war ja von ähnlicher Größe — finden keine Arbeit mehr, wie es im Grunde bei der steigenden Erdbevölkerung gegenüber der stagnierenden Wirtschaft kaum anders sein kann.

Die letzten Ursachen der Weltkrise sind also die Divergenzen zwischen dem politischen Gefüge der Erde und den Tendenzen der Weltwirtschaft, für die das erstere nicht ausreichen will. Diese Unstimmigkeit wird verschärft durch das immer noch starke Wachstum der Erdbevölkerung. Die Maßnahmen, die wiederum von den Einzelstaaten getroffen worden sind (Beschränkung der Einwanderung), sind dem gegenüber nur als kümmerliche Surrogate anzusehen, deren Ersinnung ebenfalls aus dem engstaatlichen Denken erwächst, und die der Gesamtheit der Erscheinung natürlich nicht abhelfen können. Es ist klar, daß bei der allgemeinen Natur der Krise nur ganz außerordentliche Maßnahmen die Funktionsstörungen des Weltwirtschaftsorganismus beheben können. Der ihr adäquate Raum müßte ihr geschaffen werden, wenn eine wirkliche Heilung eintreten sollte. Daß nur eine allmähliche Evolution zu diesem Ziele führen kann, ist selbstverständlich. Der Augenblick verträgt aber keine Vertröstung auf solche organische Entwicklung. Zunächst gilt es, sich auf die nötige Basis alles Fortschritts zu besinnen. Diese hat sich gegenüber früher nicht geändert. „Denn die Quellen der Natur sind genau so ergiebig und die Einfälle der Menschen genau so fruchtbar wie zuvor. Das Tempo unseres Fortschritts im Sinne einer Lösung der materiellen Probleme des Lebens ist nicht weniger rasch. Wir sind wie zuvor imstande, jedem einen hohen Lebensstandard zu schaffen — ich meine hoch im Vergleich zu dem vor, sagen wir, zwanzig Jahren —, und wir werden bald lernen, einen noch höheren Standard zu schaffen“ (Keynes). Aber wenn diese Versprechungen in Erfüllung gehen sollen, dann ist es nötig, an die unmittelbaren Bemühungen um den Fortschritt zu denken, eine austauschfähige Produktion zu schaffen, die Hemmnisse, die dem entgegenstehen, zu beseitigen, die Zollmauern allmählich wieder niederzulegen, vom einzelstaatlichen Egoismus so viel zu opfern, daß die Weltwirtschaft wieder in Gang gebracht werden kann. Das Rad der Entwicklung kann nicht mehr ungestraft zurückgedreht werden. Bei dem heute erreichten Zustand ist einzelstaatliche Isolierung im wirtschaftlichen Sinne nicht mehr möglich. Das haben in besonders drastischer Weise die Vereinigten Staaten erfahren müssen. Zur Gewinnung des Ausgleichs ist aber auch vor allem nötig, die schweren Hemmnisse zu beseitigen oder zum mindesten erträglich zu machen, die in völligem Überfluß die Verpflichtungen aus den Friedensverträgen geschaffen haben. Revision dieser Verträge kann nicht mehr allein eine Forderung der „Besiegten“ sein. Sie wird von der Weltkrise diktiert. Die Weltkrise ist ein schwerer Krankheitszustand, aus dem eine neue, gesündere Welt entstehen will. Das ist ihr allgemeinster Sinn. Darum gilt es Sorge zu tragen, daß sich anstatt des Gegenstandes solcher Hoffnung nicht ein dauerndes Siechtum einstelle.

FRIEDRICH BURGDÖRFER:

*Entwicklung der Erdbevölkerung und des Deutschtums in der Welt II*III. Die natürliche Entwicklung des deutschen Volkstums in
Europa

Ausschlaggebend für die zahlenmäßige Entwicklung des gesamten Deutschtums ist die natürliche Entwicklung der Reichsbevölkerung. Nicht nur deshalb, weil die Reichsbevölkerung zahlenmäßig rund zwei Drittel aller Deutschen in der Welt umfaßt, sondern gerade auch deshalb, weil bei einem Volk, das in so starker staatlicher Zersplitterung wie das deutsche Volk lebt und das so gewaltige kolonisatorische Leistungen vollbracht hat wie das deutsche Volk, die Verhältnisse des Kernlandes von ausschlaggebender Bedeutung sind für das Ganze. Ist die Bevölkerungsentwicklung des Kernlandes gesund, so kann von hier aus ein lebendiger Blutstrom auch dem Volkstum jenseits der staatlichen Grenzen und in der Diaspora zugeführt werden und so die Außenpositionen in ihrem Bestand und in ihrem Selbstbehauptungskampf stärken. Versagt in dieser Hinsicht das Mutterland, vermag es keine überschüssige Lebenskraft abzugeben, so gefährdet es dadurch auch seine Außenpositionen, namentlich, wenn diese — vielfach inmitten fruchtbarer Fremdvölker — die Fortpflanzungssitten des Mutterlandes angenommen haben. Das deutsche Volkstum hat mehr und mehr den letzteren Weg eingeschlagen. Innerhalb wie außerhalb des Reichs wird unter der deutschen Bevölkerung die Geburtenzahl mit am radikalsten beschränkt und damit der Bestand und die Zukunft des deutschen Volkstums aufs schwerste gefährdet.

1. Die Bevölkerungsentwicklung im Deutschen Reich

Im Deutschen Reich ohne Saargebiet*) gab es 1929 1 147 000 Geburten, 806 000 Sterbefälle, mithin einen Geburtenüberschuß von 341 000. Auf je 1000 Einwohner berechnet trafen 17,9 Geburten, 12,6 Sterbefälle und ein Geburtenüberschuß von 5,3. Um die Jahrhundertwende hatten wir noch rund 2 Millionen Geburten jährlich, die Geburtenziffer war doppelt so hoch (36 a. T.) und der Geburtenüberschuß belief sich alljährlich auf 800 000—900 000 oder 14 bis 15 a. T. der

*) Im Saargebiet ist die Geburtenhäufigkeit (ähnlich wie im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk) noch etwas höher als im Reichsdurchschnitt. Es trafen auf 1000 Einwohner des Saargebiets 1927: 22,3, 1928: 21,9 Lebendgeborene, gegen 18,4 bzw. 18,6 im Reichsdurchschnitt.

Bevölkerung. Der Geburtenüberschuß ist also auf weniger als die Hälfte abgesunken. Dabei ist auch dieser kümmerliche Rest lediglich unserem völlig abnormen Altersaufbau zu verdanken. Es ist, wie ich in meiner Schrift über den Geburtenrückgang eingehend nachgewiesen habe, notwendig, sowohl die Geburtenziffer als auch die Sterbeziffer einer „Bereinigung“ zu unterziehen, indem man Geburtenhäufigkeit wie Sterblichkeit auf einen gleichmäßigen (stationären) Altersaufbau bezieht. Dann ergibt sich unter Zugrundelegung der Ergebnisse von 1927 folgende bereinigte Lebensbilanz unseres Volkes: Die „bereinigte“ Geburtenziffer beträgt 15,9 a. T. gegen 18,4 nach der rohen Methode, die „bereinigte“ Sterbeziffer beträgt 17,4 a. T. gegen 12,0 nach der rohen Methode. Danach ergibt sich statt des nach der rohen Methode errechneten Geburtenüberschusses von +6,4 a. T. nach meiner Bereinigungsmethode ein Geburtendefizit von (—) 1,5 a. T.

Das heißt: das deutsche Reichsvolk hat in Wahrheit aufgehört, ein wachsendes Volk zu sein. Zur bloßen Bestandserhaltung wäre eine bereinigte Geburtenziffer in Höhe der bereinigten Sterbeziffer (17,4 a. T.) erforderlich. Seit 1925 bleibt aber das Geburten-Ist in wachsendem Maße hinter dem Geburten-Soll zurück: 1927 um 9 v. H., 1928 ebenfalls um 9 v. H., 1929 um 12 v. H. Mit der heutigen Geburtenhäufigkeit ist das deutsche Volk im Reich nicht mehr in der Lage, seinen Bestand aufrechtzuerhalten. Unter allen Völkern Europas hat das deutsche Volk seit dem Weltkrieg den schärfsten Geburtenrückgang und — abgesehen von Deutsch-Österreich — die niedrigste Fortpflanzungsrate*).

2. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutsch-Österreich

Nicht besser als im Reich steht es mit der Bevölkerungsentwicklung im zweiten deutschen Staat, in Österreich. Ja, hier ist die Geburtenhäufigkeit fast noch schärfer abgesunken als im Reich. Das dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß im jetzigen österreichischen Staat mit seinen 6,5 Millionen Einwohnern die Großstadt Wien, die ebenso unfruchtbar ist wie die Reichshauptstadt Berlin, mit ihren rund 2 Millionen Einwohnern das gesamte Landesergebnis stark herabdrückt. Während im Deutschen Reich im Jahre 1929 immerhin noch 17,9 Geburten auf 1000 Einwohner entfielen, waren es in Österreich nur noch 16,7 a. T. (darunter in Wien 10,0, im übrigen Österreich 19,3); der Geburtenüberschuß betrug im gleichen Jahr in Österreich nur noch 2,2 a. T. gegen 5,3 a. T. im Reich. (Für Wien ergab sich 1929 ein Sterbfallüberschuß von (—) 4,4, 1928 von (—) 3,3 a. T., während im übrigen Österreich der Geburtenüberschuß 1929 (+) 4,7, 1928 (+) 5,5 a. T. betrug.) Dabei bedarf die Lebensbilanz Österreichs mindestens im gleichem Maße der „Bereinigung“, wie ich sie für das Reich durchgeführt habe.

*) Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Die schwindende Wachstumsenergie des deutschen Volkes im europäischen Raum“ in Beiheft 5 zur Zeitschrift für Geopolitik.

Es ist daher anzunehmen, daß das Geburtendefizit in Österreich noch größer ist als das reichsdeutsche. Die Reproduktionsintensität der österreichischen Bevölkerung ist um etwa 4 v. H. geringer als die der reichsdeutschen.

3. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung außerhalb des Reiches und Österreichs

a) Danzig mit seinen 400 000 Einwohnern, die fast ausschließlich dem Deutschtum zuzurechnen sind, hat — ähnlich wie auch die östlichen Teile des Reiches — eine etwas höhere Geburtenziffer als das Reich (1928: 23,1 a. T. gegen 18,6 im Reich). Immerhin ist auch die Danziger Geburtenziffer stark rückläufig; sie betrug 1920 noch 32,2 a. T. Vor allem aber wird die Stellung des Danziger Deutschtums — abgesehen vom politischen und wirtschaftlichen Druck — durch die stärkere Geburtenhäufigkeit des polnischen Volkstums gefährdet.

b) Baltikum. In den baltischen Staaten ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung des — durch „Agrarreformen“ und ähnliche wirtschaftliche und politische Maßregeln — ohnehin stark beeinträchtigten Deutschtums durch ungewöhnlich scharfe Geburtenbeschränkung schwer gefährdet.

Unter den baltischen Staaten hat Litauen mit 28,8 a. T. (1928) die höchste Geburtenziffer. Die Geburtenziffer des deutschen Bevölkerungsteils ist in Litauen zwar noch relativ hoch, reicht aber an den Staatsdurchschnitt nicht heran; während im eigentlichen litauischen Gebiet die Geburtenziffer 1928 29,1 a. T. betrug, bezifferte sie sich im ehemals reichsdeutschen Memelland nur noch auf 21,7 a. T. Im Grippejahr 1929 war das Verhältnis 27,6:20,7, Staatsdurchschnitt 27,2 a. T.

In Lettland, wo nach der amtlichen Nationalitätenzählung von 1930 rund 70 000 Deutsche festgestellt worden sind (gegen 120 000 im Jahre 1914), bleibt die deutsche Geburtenziffer mit 12,2 a. T. (1929) noch erheblich hinter dem ohnehin niedrigen Staatsdurchschnitt von 22 a. T. (1927) zurück. Seit dem Jahre 1924 gibt es unter der deutschen Bevölkerung in Lettland bereits regelmäßig mehr Sterbefälle als Geburten, und bei der Eigenart ihres Altersaufbaus muß mit weiter wachsenden Sterbeüberschüssen gerechnet werden; 1927 standen 927 Geburten 1117 Todesfälle, im Grippejahr 1929 852 Geburten sogar 1201 Todesfälle unter der deutschen Bevölkerung Lettlands gegenüber.

Ähnlich, vielleicht sogar noch ernster, ist die volksbiologische Lage der rund 20 000 Deutschen in Estland. Während im Staatsdurchschnitt im Jahre 1929 17,3 Lebendgeborene auf je 1000 der Gesamtbevölkerung entfielen, hatten die Deutschen nur noch eine Geburtenziffer von 7,9 a. T., dagegen eine Sterbeziffer von 17,5, mithin einen Sterbeüberschuß von rund (—) 10 a. T. der Bevölkerung.

c) Polen. Nach der mit der Volkszählung von 1921 verbundenen amtlichen Nationalitätenzählung lebten in Polen rund 1,1 Million Deutsche, eine Zahl, die man als Mindestzahl betrachten muß. Leider fehlen in der polnischen Statistik Unterlagen darüber, wie sich Geburten und Sterbefälle auf die einzelnen Völker des polnischen Staates (Deutsche, Polen, Ukrainer usw.) verteilen. Immerhin lassen sich aus der geographischen Gliederung der Statistik der Bewegung der Bevölkerung gewisse Schlüsse nach dieser Richtung ziehen. Im Gesamtgebiet der Republik Polen trafen 1929 auf je 1000 Einwohner 32,3 Lebendgeborene, 17,0 Sterbefälle. Es ergab sich somit ein Geburtenüberschuß von der für heutige Verhältnisse ungewohnten Höhe von 15,3 a. T., also fast von der Höhe der reichsdeutschen Geburtenziffer (brutto 17,9, bereinigt 15,3 a. T.). Der absoluten Höhe nach bezifferte sich der polnische Geburtenüberschuß 1929 auf rund 470 000 gegen nur 350 000 im doppelt so großen Deutschen Reich. Am höchsten war die Geburtenziffer (36,7 a. T.) in den östlichen Wojewodschaften, die ganz überwiegend von Ukrainern und Weißrussen besiedelt sind. In Zentralpolen ist die Geburtenziffer niedriger; sie betrug 1929 32,0 a. T. und in den ehemals preußischen Gebietsteilen, in denen die Hauptmasse der deutschen Volksangehörigen des polnischen Staates ansässig ist, betrug die Geburtenziffer 1929 nur noch 29,1 a. T.

d) Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei leben nach der amtlichen Sprachenzählung von 1921 31¼ Millionen Deutsche; sie machen rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Staates aus. Auch diese Zahl muß als Mindestzahl gelten. Von allen Völkern der tschechoslowakischen Republik hat das deutsche die niedrigste Geburtenziffer. Während im gesamten Staatsdurchschnitt auf je 1000 Einwohner 22,4 Geborene (1929) entfielen, trafen auf je 1000 der deutschen Bevölkerung 1929 nur noch 17,8 a. T. (1928: 18,5 a. T.). Die Geburtenziffer der Deutschen in der Tschechoslowakei ist also ungefähr ebenso niedrig wie im Reich. Für die „tschechoslowakische“ Nationalität ergab sich 1929 eine Geburtenziffer von 22,6 a. T. (1928: 23,4 a. T.). In der amtlichen Statistik sind die Slowaken mit den Tschechen zu einer Nationalität zusammengefaßt. Doch unterscheiden sich Tschechen und Slowaken hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit recht erheblich, was zwar nicht klar, aber doch deutlich genug aus der geographischen Gliederung der Geburtenhäufigkeit der Tschechoslowakei erhellt. Während in der Slowakei, dem eigentlichen Siedlungsgebiet der Slowaken, auf 1000 Einwohner „tschechoslowakischer“ Nationalität noch 31,3 Lebendgeborene im Jahre 1929 entfielen, gab es in Böhmen unter der Bevölkerung tschechoslowakischer, d. h. hier tschechischer, Nationalität nur noch 18,6 a. T., also erheblich weniger als unter den Slowaken und nicht viel mehr als unter den Deutschböhmen (17,8 a. T.).

e) Südtirol. Nach der mit der italienischen Volkszählung von 1921 verbundenen Umgangssprachenerhebung gab es damals 192 000 Deutschsprachige in Südtirol. Auch diese Zahl muß als Mindestzahl gelten. Auszählungen der Geburten nach der

Nationalität oder der Muttersprache finden in Italien nicht statt, doch ist aus den Ergebnissen der geographischen Gliederung der italienischen Geburtenstatistik zu schließen, daß die Geburtenziffer der Deutschen in Südtirol hinter der der benachbarten Italiener wie auch hinter dem gesamten italienischen Staatsdurchschnitt zurückbleibt. Im Jahre 1929 entfielen auf je 1000 Einwohner in Südtirol (Venezia Tridentina) 22,5 Geburten, in der Lombardei 24,5, im gesamtitalienischen Staatsdurchschnitt 26,0 a. T.

f) Schweiz. Nach der Volkszählung von 1920 entfielen von den 3,88 Millionen Einwohnern der Schweiz rund 2,75 Millionen auf die deutsche Muttersprache. Die Deutschen stellen also annähernd drei Viertel der gesamten Einwohnerschaft der Schweiz, und sie geben damit auch in der Schweizer Geburtenstatistik den Ausschlag. So erscheint es nicht weiter verwunderlich, daß die Schweizer Geburtenziffer ungefähr ebenso niedrig, ja noch etwas niedriger ist (17,0 im Jahre 1929) wie die reichsdeutsche. Das Eidgenössische Statistische Amt veröffentlicht alle 10 Jahre (nach den Volkszählungen) eingehende Auszählungen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Nationalitäten. Die letzte Veröffentlichung dieser Art umfaßt den Zeitraum 1911—1920. Danach entfielen auf je 1000 Ehefrauen im gebärfähigen Alter (15—49 Jahre) in der deutschen Bevölkerung 163 Lebendgeburten, in der französischen Bevölkerung 143, in der italienischen 179 und in der rätoromanischen 235 Geburten.

g) Elsaß-Lothringen. Nach der letzten deutschen Muttersprachen-zählung (1910) gab es in Elsaß-Lothringen 1 634 000 Einwohner mit deutscher Muttersprache. Bei der französischen Volkszählung von 1926 wurden 1 283 000 Personen, die fließend deutsch und 318 000, die fließend französisch sprachen, angegeben. Im Rahmen des französischen Staates gehört Elsaß-Lothringen zu den Gebieten mit den relativ günstigsten Fortpflanzungsverhältnissen. Während im Gesamtdurchschnitt des französischen Staates 1929 17,7, in Altfrankreich sogar nur 17,6 Geburten auf 1000 Einwohner entfielen, waren es in Elsaß-Lothringen immerhin noch 20,5.

h) Luxemburg, dessen Bevölkerung — rund 300 000 an der Zahl — fast ausschließlich deutscher Muttersprache ist, hatte 1929 eine Geburtenziffer von 21,3 a. T. Sie liegt also etwas über dem reichsdeutschen Durchschnitt.

i) Eupen-Malmedy, das nach der belgischen Sprachenzählung von 1920 47 000 Deutsche zählte, dürfte eine ähnliche Geburtenziffer wie Luxemburg haben. Eine genauere Feststellung ist nicht möglich, da das Gebiet nicht einmal mehr selbständiger Verwaltungsbezirk und deshalb in der belgischen Statistik nicht mehr besonders abgegliedert ist.

k) Nordschleswig. Auch für dieses vom Deutschen Reich abgetrennte Gebiet, in dem nach der letzten deutschen Muttersprachen-zählung (1910) über 40 000 Deutschsprachige wohnen, stehen keine Ziffern über die Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung zur Verfügung. Die Geburtenziffer dürfte wohl zwischen

dem Durchschnitt der preußischen Provinz Schleswig-Holstein (17,7 i. J. 1928) und des dänischen Staates (19,6 a. T.) liegen.

1) Das Inseldeutschum in Osteuropa. Über die vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet Mitteleuropas getrennt liegenden deutschen Siedlungsgebiete im Osten Europas liegen nur spärliche Angaben vor. Relativ eingehend sind die amtlichen Statistiken Sowjetrußlands und besonders der Ukraine. Im gesamtrussischen Staatsgebiet (UdSSR.) wurden 1926 1,24 Millionen Deutsche gezählt, darunter 530 000 im europäischen Teil der RSFSR. (hauptsächlich Wolgadeutsche) und 394 000 in der Ukraine. Für die beiden letztgenannten Gruppen liegen Geburtenziffern vor. In dem europäischen Teil der RSFSR. blieb nach den Ergebnissen des Jahres 1926 die Geburtenziffer der Deutschen kaum hinter der außerordentlich hohen Geburtenziffer der Russen zurück (43,8 gegen 44,3 a. T.), in der Ukraine war (nach der Statistik von 1926) die Geburtenziffer der Deutschen sogar noch etwas größer (47,4 a. T.) als die der Ukrainer (43,7), der Russen (31,8) und der Polen (36,2). Eine Nachprüfung der Zahlen ist allerdings von hier aus nicht möglich.

In Ungarn (heutigen Gebietsumfangs) wird nach der Volkszählung von 1920 die Zahl der Deutschen auf 551 000 beziffert. Die Geburtenziffer der Deutschen bleibt (nach der Statistik von 1925) mit 23,4 a. T. ziemlich erheblich hinter dem Staatsdurchschnitt von 28,3 und besonders hinter der Geburtenziffer des ungarischen Staatsvolkes (29,0 a. T.) zurück. Allerdings ist auch die deutsche Sterbeziffer erheblich niedriger als der Staatsdurchschnitt (14,7 gegen 17,1 a. T.), doch dürfte die niedrige deutsche Sterbeziffer ebenso wie die reichsdeutsche auf eine abnorme Altersklassenbesetzung zurückzuführen sein.

In Jugoslawien wurden nach der Muttersprachenzählung von 1921 513 000 Deutsche ermittelt. Über die Geburtenhäufigkeit liegen keine amtlichen Zahlen vor, doch ergibt sich aus zahlreichen Einzelberichten, daß die Fortpflanzung der Deutschen geringer ist als die der Serben und der Kroaten.

Ähnliches gilt von Rumänien, wo die Zahl der Deutschen sich auf rund $\frac{3}{4}$ Million beziffern dürfte. Für Rumänien liegt wenigstens eine geographisch gegliederte Geburtenstatistik vor. Danach trafen 1928 in Transsylvanien, das allerdings neben Siebenbürgen noch andere ehemalige Gebietsteile Ungarns umfaßt, auf 1000 Einwohner 29,4 Geburten, im übrigen Rumänien dagegen 38,8 und im gesamten Staatsdurchschnitt 35,9. Abgesehen von ihrer geringeren Geburtenhäufigkeit zeichnen sich die deutschen Siedlungsgebiete am Balkan durch eine starke Auswanderung aus. So sind allein aus dem rumänischen Banat im Jahrzehnt 1921—1930 42 300 Deutsche nach Übersee gewandert, d. h. innerhalb von 10 Jahren etwa ein Sechstel der deutschen Einwohnerschaft des Banats.

*

Zusammenfassend ergibt sich, daß das deutsche Volkstum, besonders in Mitteleuropa, durch den scharfen Geburtenrückgang und den ungewöhnlichen Ge-

burentiefstand in seinem Bestand und in seiner Zukunft schwer bedroht ist. Am schwersten ist die Gefährdung an den östlichen Grenzen des deutschen Sprachgebiets, vor allem in der Völkermischzone des östlichen Mitteleuropas, wo das deutsche Volk mit den geburtenstarken slawischen Völkern zusammenwohnt. Von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft des Gesamtdeutschtums wird aber die weitere Bevölkerungsentwicklung im Kerngebiet des Deutschtums, d. h. im Deutschen Reich und in Österreich, sein. Der Geburtentiefstand und die biologische Unterbilanz des Kernlandes droht, wenn der gegenwärtige Zustand von Dauer sein sollte, auch die Außenpositionen des Deutschtums zu schwächen, und zwar auch dann, wenn das Außendeutschtum in bezug auf die Fortpflanzung nicht dem Beispiel des Mutterlandes folgen würde. Folgt dieses aber dem Beispiel des Kernlandes, wofür zahlreiche Anzeichen vorhanden sind, so würde die biologische Lage des Gesamtdeutschtums sich doppelt ernst gestalten.

F. HEYER:

Die britische Auswanderung

Ein Problem der britischen Kolonialpolitik

Kein Volk hat in der überseeischen Siedelung solche Erfolge aufzuweisen wie die Engländer, die in wenigen Menschenaltern zwei Erdteile, Nordamerika und Australien, zu rein britischen Gebieten gemacht haben. Während unsere Auswanderer fast überall schnell in den Wirtsvölkern aufgehen, haben die Engländer umgekehrt die fremden Zuzügler, die in ihre Kolonien kamen, sehr rasch eingeschmolzen und dadurch nicht nur mit ihrer eigenen Volkskraft, sondern vielfach auch mit fremden Riesenflächen besiedelt. Von den britischen Kolonien hat die größte und reichste, die heutige nordamerikanische Union, das Band mit dem Mutterlande allerdings längst gelöst, stand aber trotzdem für die britische Einwanderung stets offen. Außerdem fand England einen Ersatz in dem angrenzenden Kanada sowie in Australien und Südafrika, wenn auch alle diese Länder für Weiße nur zu einem kleinen Teile bewohnbar sind. Jedenfalls verfügt kein anderer Staat außer Rußland über Siedlungsflächen von solchem Umfang innerhalb der gemäßigten Zone.

Die Ausbreitung über die Welt

Den letzten scharfen Einschnitt in der Geschichte der britischen Auswanderung bilden die napoleonischen Kriege, nach deren Ende ähnlich wie heute eine schwere Wirtschaftskrise einsetzte (vgl. hierzu Carrothers, Emigration

from the British Isles, London 1929). Damals wie heute suchte man zu deren Milderung u. a. auch die Auswanderung durch Errichtung einer besonderen Auswanderungsbehörde zu heben, und zwar damals hauptsächlich jene nach dem neuerschlossenen Australien und Neuseeland. Als diese Kolonien aber zu selbständigen Dominien geworden waren, so daß die Londoner Regierung nicht mehr über ihre freien Ländereien verfügen konnte, blieb die Auswanderung, abgesehen von einer 1886 geschaffenen Auskunftsstelle (Emigrants Information Office) sich selbst überlassen. Trotzdem waren die Auswandererzahlen hoch. 1913 z. B. fuhren aus Großbritannien und Irland 389 000 Personen ab und 85 000 kehrten zurück, so daß also über 300 000 dauernd die Heimat verließen. Die Kriegsjahre brachten diese Bewegung fast völlig zum Stillstande, andererseits aber begann man gerade damals wieder, eine staatliche Einwirkung auf die Auswanderung in Erwägung zu ziehen. Anfang 1918 legte die Regierung den Entwurf eines Auswanderungsgesetzes vor, der indessen nicht durchging, so daß auch heute noch England keine gesetzliche Regelung der Auswanderung und keine Staatsaufsicht darüber besitzt. Indessen schuf die Regierung statt der bisherigen beratenden Stelle ein Auswanderungsamt (Oversea Settlement Department), das damals dem Kolonialamt angegliedert wurde, jetzt aber zu der inzwischen davon abgezweigten Dominions Office gehört. Dies zeigt schon, daß es nur für die Auswanderung nach den Selbstverwaltungskolonien zuständig sein sollte, nicht aber für diejenige nach anderen Gebieten, insbesondere nach den Vereinigten Staaten. Es handelt sich also weniger um eine eigentliche Auswanderung, als vielmehr um eine Umsiedelung innerhalb des britischen Weltreiches. Die Haupttätigkeit der neuen Behörde bestand im Laufe der nächsten Jahre darin, zahlreichen Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen (zusammen etwa 80 000 Personen) freie Überfahrt nach den Dominien zu verschaffen. Davon gingen 35 000 nach Australien und 13 000 nach Neuseeland, dagegen nur 27 000 nach Kanada und 6 000 nach Südafrika.

Ende 1920 hörte der Geschäftsaufschwung, der unmittelbar nach dem Kriege eingesetzt hatte, auf, und die große Krisis und Arbeitslosigkeit begann, die bis heute ungeschwächt anhält. Daher lud das damalige britische Koalitionskabinet die Regierungen von Kanada, Australien und Neuseeland für Anfang 1921 nach London zu einer Konferenz über die Auswanderungsfrage ein. Auf deren Empfehlung, der sich die Reichskonferenz des gleichen Jahres anschloß (Cmd 1474), wurde im Parlament die Empire Settlement Act 1922 durchgebracht, die heute die Grundlage für die staatliche Förderung der Auswanderung bildet (Cmd 3589, S. 27). Die Akte, die sich nur auf Groß-

britannien und Nordirland bezieht und deren Geltungsdauer einstweilen auf 15 Jahre festgesetzt wurde, sah ein Zusammenwirken der britischen Regierung mit den Dominien vor. Die erstere wurde ermächtigt, jährlich bis zu 3 Mill. £ zur Förderung der Auswanderung nach den Dominien auszugeben, sofern das betreffende Dominion Aufwendungen in etwa gleicher Höhe machte, die Kosten sollten also geteilt werden. Tatsächlich blieb die Auswanderung indessen weit hinter den Erwartungen zurück, so daß die obige Summe in keinem Jahre erreicht wurde.

Dieser Förderung der Auswanderung entsprach eine Beschränkung der Einwanderung. Schon während des Krieges waren die rührigsten unter den Ausländern, die Deutschen, gefangen gesetzt und schließlich ausgewiesen worden, während ihnen ihr Besitz genommen wurde. Später wurden auch andere Staatsangehörige, z. B. Polen, Litauer, Italiener abgeschoben, falls sie hilfsbedürftig wurden, und eine neue Zuwanderung suchte man durch die Aliens Act 1919 möglichst zu verhindern. Nach der letzten Statistik Cmd 3609 reisten 1929 457 000 Fremde ein und 449 000 aus, so daß also nur 8000 im Lande blieben. Diese bedürfen, sofern sie eine Anstellung suchen, in jedem einzelnen Falle einer besonderen Genehmigung des Arbeitsministeriums, und zwar wurden nach Cmd 3579, S. 27 im Jahre 1929 nur 9900 zugelassen, darunter 4275 Dienstboten, 2600 Artisten und Künstler, 1040 Korrespondenten, 400 Sprachlehrer, 340 Ingenieure und Monteure und 330 Kellner. Der leitende Gesichtspunkt ist der, nur solchen Ausländern den Aufenthalt zu gestatten, die schwer ersetzlich sind, wie z. B. Sprachlehrer, Korrespondenten, Ingenieure und zum Teil auch sprachkundige Kellner, oder die, wie Dienstboten und Artisten, dem inländischen Arbeitsangebot nicht im Wege stehen. Ebenso wie beim Warenverkehr will man demnach auch die Einfuhr von Menschen möglichst niedrig halten, die Ausfuhr dagegen steigern, während vor dem Kriege Menschen sowohl wie Waren unbehelligt ein- und ausströmen konnten. Allerdings ist die Hebung der Auswanderung nicht so leicht zu bewerkstelligen wie die Abschnürung des Zuzuges. Dies geht aus folgenden Zahlen hervor:

je 1000	Auswanderung	Rückwanderung	Netto
1913	389	85	305
1922	174	68	106
1923	256	58	198
1924	155	64	91
1925	140	56	84
1926	166	51	115
1927	153	55	98
1928	137	59	78
1929	144	56	88

Bei diesen Zahlen ist im Auge zu behalten, daß bis 1923 die Auswanderung aus dem irischen Freistaat mit einbegriffen ist, nachher aber nicht mehr. Mit Südirland war die Bruttoauswanderung seit dem Kriege etwa 300 000 im Jahr (Cmd 3308, S. 16). Südirland stellt also einen besonders hohen Anteil an der Auswanderung. Das gleiche gilt von Schottland, während das eigentliche England im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl die wenigsten Auswanderer zählt.

Die Gründe für dieses Einschrumpfen der Auswanderung sind sehr verschiedenen (Cmd 3308, S. 11). Vor allem ist der Rückgang des Geburtenüberschusses hervorzuheben. Dieser war 1913 noch 380 000, 1929 aber nur 116 000 (Statistical Review of the Registrar General for 1929), so daß also heute 264 000 Menschen weniger im Jahr unterzubringen sind als damals. Spätestens 1940 wird die Bevölkerungszunahme völlig zum Stillstand gekommen sein. Der Ausbau der sozialen Versicherung wirkt wahrscheinlich auch mit, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, die 1920 auf alle Arbeiter in Industrie und Bergbau ausgedehnt wurde, sowie die Witwen-, Waisen- und Altersversicherung, auf Grund deren seit 1926 schon vom 65. Jahre ab eine Altersrente gewährt wird. Viele Arbeiter möchten diese festen Renten oder die Aussicht darauf nicht gegen eine unsichere Zukunft über See eintauschen (Cmd 3589, S. 24). Diese Symptome (Geburtenrückgang, Ausbau der sozialen Versicherung, geringe Auswanderungslust und auch die Beschränkung der Zuwanderung) bedingen sich gegenseitig, sie stammen aus derselben Wurzel, es sind Ermüdungserscheinungen. Es ist heutzutage im Volke weniger Unternehmungsgeist und Wagemut vorhanden als früher, man will lieber zu Hause bleiben und sich redlich nähren, statt sich ein neues Leben in neuen Ländern aufzubauen. Vielleicht ist diese Ermüdung nur eine vorübergehende Folge des Krieges, wahrscheinlich handelt es sich aber um eine dauernde Umstellung des Volkscharakters.

Der Rückgang der Auswanderung steht ferner in engem Zusammenhange mit den Zuständen in den Einwanderungsgebieten. Die Zeiten, wo diese gar nicht genug Menschen erhalten konnten, wo jede Arbeitskraft willkommen war, sind scheinbar vorbei, und auch diese jungen Länder über See stehen ebenso wie die alten in Europa der Einwanderung heute eher ablehnend gegenüber. Dies gilt nicht nur von den Vereinigten Staaten, die seit 1921 die Einwandererzahl beschränken, sondern auch von den britischen Dominien. Um die Gründe dafür darzulegen, müßte man auf die Zustände in jedem einzelnen Siedellande eingehen, was sich im Rahmen dieser kurzen Übersicht verbietet. Es sei nur hervorgehoben, daß die für landwirtschaftliche Einwanderer zur Ver-

fügung stehenden Flächen heute nicht mehr unerschöpflich sind. In Kanada sowohl wie in Australien ist zwar noch reichlich Land vorhanden, aber dieses müßte erst durch Eisenbahnen, Straßen, Häfen und sonstige kostspielige Anlagen erschlossen werden, wozu es gegenwärtig an Geld fehlt. Städtische Arbeiter andererseits kann man in den Dominien heute nicht gebrauchen, da in der dortigen Industrie gleichfalls Arbeitslosigkeit herrscht. Die Arbeiterorganisationen in Australien und Kanada betrachten sie außerdem als Lohndrücker und suchen sie möglichst fernzuhalten (Cmd 3589, S. 6).

Es gibt eigentlich nur zwei Klassen von Einwanderern, die überall willkommen sind: Landarbeiter und Dienstmädchen, beide kann aber England nur in sehr beschränkter Menge liefern. Wer auswandert, möchte unabhängig sein, aber nicht in Dienst gehen.

Jedenfalls haben es die neuen Länder über See mit der Förderung der Einwanderung heute keineswegs mehr eilig, andere Aufgaben erscheinen ihnen wichtiger, vor allem haben sie genug damit zu tun, ihren eigenen Bevölkerungszuwachs unterzubringen.

Die heutigen Auswanderungsziele

Je nach den Auswanderungszielen lassen sich vier verschiedene Richtungen unterscheiden, nämlich nach den Selbstverwaltungskolonien (Dominions), nach den sonstigen britischen Besitzungen, nach den Vereinigten Staaten und nach dem übrigen Ausland.

1929 wanderten aus (Cmd 3589, S. 29):			
	je 1000	nach	zurück von
Kanada	65	12	53
Australien	18	9	9
Neuseeland	5	3	2
Südafrika	6	5	1
Sonstiges britisches Reich..	12	14	—2
Vereinigte Staaten	31	6	25
Sonstiges Ausland	6	6	—
Zusammen:	144	56	87

Das Hauptziel sind also jetzt nicht mehr die Vereinigten Staaten, sondern die Dominions, die 94000 britische Auswanderer brutto und 65000 netto aufnehmen.

Das ganze übrige riesige Kolonialreich kommt für die Ansiedelung nicht in Betracht. Wie die obige Statistik zeigt, überwog 1929 die Rückwanderung von dort, was vielleicht zum Teil mit den Unruhen in Indien zusammenhängt. Im Gegensatz zu den Spaniern und Portugiesen setzen sich die Engländer in

den Tropen nicht dauernd fest. Die Beamten, Kaufleute, Pflanzer, Techniker usw., die in die tropischen Kolonien hinausgehen, kehren alle schließlich wieder in die Heimat zurück. Auch schicken sie ihre Kinder, wenn sie es irgend ermöglichen können, nach England zur Schule, denn es gilt als ein schwerer gesellschaftlicher Makel, in den Tropen erzogen und aufgewachsen zu sein.

Die Vereinigten Staaten standen früher den Einwanderern aller Nationen weit offen, sie galten als der große Schmelztiegel, worin die Abkömmlinge der verschiedensten europäischen Völker schon in der zweiten Generation hundertprozentige Amerikaner wurden. Nur die Einwanderung von Chinesen und Japanern wurde schon vor dem Kriege verhindert. Nach dem Kriege aber befürchtete man eine Überflutung durch Einwanderer namentlich aus dem Süden und Osten Europas und beschränkte daher 1921 die Einwandererzahl auf 350 000. 1924 wurde diese Ziffer auf 160 000 und 1929 auf 150 000 heruntergesetzt. Innerhalb dieser Gesamtsumme wurden jeder europäischen Nation Jahresquoten angewiesen, und zwar betrug diese seit 1924 für Großbritannien und Nordirland (also ohne den irischen Freistaat) 34 000, während sie seit 1929 auf 65 700 heraufgesetzt worden ist. Andere Länder, darunter Deutschland und Skandinavien, haben dafür niedrigere Quoten erhalten. Die britische Auswanderung genießt also eine Vorzugsstellung in den Vereinigten Staaten, die sie indessen nicht ausnutzen kann. 1928 z. B. wanderten statt 34 000 nur 30 500 nach der Union aus (Cmd 3589, S. 25). Ferner ist es angesichts der heutigen Wirtschaftskrise nicht ausgeschlossen, daß die amerikanischen Einwanderungsziffern noch weiter heruntergesetzt werden.

Das sonstige Ausland (abgesehen von Nordamerika) ist kein Ziel für die britische Auswanderung. Die Engländer werden im Auslande niemals heimisch, die Auswanderung dorthin und die Rückwanderung von dort halten sich ungefähr die Waage. Wenn auch die Anzahl der Engländer im Auslande nicht bedeutend ist, so spielen sie trotzdem häufig eine wichtige Rolle, weil sie oft die Vertreter großer Kapitalien, wie z. B. von Banken, Eisenbahnen, Bergwerksunternehmen usw. sind. Man findet sie fast in allen Ländern, so in Süd- und Mittelamerika, insbesondere in Argentinien, in der Levante, in Ostasien, in den Randstaaten und auch in Westeuropa, nur aus Rußland sind sie zur Zeit verschwunden.

Es ist nunmehr auf die Auswanderung nach den Dominions zurückzukommen, deren Förderung die Hauptaufgabe des Oversea Settlement Committee bildet. Zu den Dominien gehören Kanada, Neufundland, Australien, Neusee-

land und Südafrika, doch kommen für die Ansiedlung heute beinahe nur Kanada und Australien in Betracht. Entscheidend war hier namentlich die Reichskonferenz von 1924, die erste seit dem Inkrafttreten der Oversea Settlement Act von 1922. Vor allem zeigte sich damals die australische Regierung bemüht, britische Einwanderer ins Land zu ziehen. Sie schloß 1925 ein Abkommen mit der englischen Regierung ab, wonach sie binnen zehn Jahren nicht weniger als 450 000 Personen unterbringen und zu diesem Zwecke Anleihen bis zu 34 Mill. £ aufnehmen wollte (Cmd 3589, S. 34). Die Regierung in London wollte für je 10 000 Personen einen Betrag von 150 000 £ zahlen. Bis jetzt sind 6,4 Mill. £ Anleihen aufgenommen worden und 36 000 Personen übergesiedelt (Cmd 3589, S. 40 ff.). Über diese Anfänge ist das Unternehmen jedoch nicht hinausgekommen, denn die australischen Wahlen von 1929 hatten einen Regierungswechsel zur Folge, und das neue australische Kabinett Scullin beschloß wegen des Preisfalles in Wolle und Weizen sowie wegen der großen Arbeitslosigkeit in Australien die weitere Ausführung des Planes einzustellen (Cmd 3589, S. 14/15).

Dagegen ist in Kanada ein wenig umfangreiches Projekt zum glücklichen Abschluß gebracht worden (ebenda S. 9—11). Es war geplant, 3000 britische Familien in verschiedenen kanadischen Provinzen anzusetzen. Insgesamt gingen von 1925 bis 1929 3300 Familien dorthin, von denen noch 2700 auf ihren neuen Farmen sitzen, die übrigen haben sich entweder von vornherein zurückgezogen oder ihre Wirtschaft wieder aufgegeben. Die Londoner Regierung gab für jeden Siedler einen Vorschuß bis zu 300 £, d. h. etwa 37½% der Gesamtkosten (Cmd 3589, S. 32). Für die nächste Zukunft hat die kanadische Regierung beschlossen, der Einwanderung gegenüber Zurückhaltung zu üben, da die obige Form der Unterstützung stark angegriffen worden war (Cmd 3589, S. 12/13).

Auf die sonstige weitverzweigte Tätigkeit des Auswanderungsamtes einzugehen würde zu weit führen. Jedenfalls ist sein Wirken bisher wenig erfolgreich gewesen, und es fragt sich, ob die Auswanderung dadurch irgendwie beeinflusst worden ist. Im Vergleich zu den Arbeitslosenziffern, die zur Zeit zwei Millionen erreichen, spielt die Auswanderung keine nennenswerte Rolle. Auch der Frauenüberschuß, der wegen der Kriegsverluste heute vielleicht 2 Mill. beträgt, wird durch die Auswanderung nicht verringert. 1929 z. B. entfielen von den Auswanderern auf

	Männer	Frauen	Kinder
nach den Kolonien...	50 000	40 000	17 000
nach dem Ausland...	16 000	16 000	5 000

Alles in allem kann man jetzt schon sagen, daß die Settlement Act von 1922 ihr Ziel nicht erreicht hat. Es ist nicht gelungen, eine Umsiedlung größeren Umfanges innerhalb des Britischen Weltreiches in Gang zu bringen, die Auswanderung bleibt vielmehr nach dem Kriege nicht nur hinter den Vorkriegszahlen zurück, sondern zeigt sogar eine sinkende Tendenz. Wenn die deutsche Auswanderung erheblich niedriger ist als die britische, so liegt dies daran, daß sie im Gegensatz zu jener mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen hat. Deutschland besitzt weder Dominien noch sonstige Kolonien, so daß die deutschen Auswanderer stets ins Ausland gehen müssen, wo deutsche Kapitalanlagen ihnen nur sehr selten einen Stützpunkt bieten können. In dem wichtigsten Auswanderungslande, den Vereinigten Staaten, werden außerdem neuerdings die Deutschen zugunsten der Engländer zurückgesetzt. Die britischen Auswanderer können nicht nur in ihren eigenen Dominien, sondern auch in den Vereinigten Staaten ihre Sprache und ihre sonstigen Gewohnheiten unverändert beibehalten, während ein Deutscher überall im Auslande völlig fremd ist und alles neu lernen muß. Für einen britischen Siedler, der nach den Dominien geht, wird von dem Augenblicke an gesorgt, wo er sich zur Auswanderung entschließt, bis er auf seiner eigenen Farm sitzt. Alles wird ihm erleichtert, vor jedem Mißgriff wird er behütet, während ein deutscher Auswanderer fast niemals ohne teures Lehrgeld davonkommt. Trotz aller dieser Pflege will sich die britische Auswanderung nicht entwickeln, während unsere ganz andere Ziffern aufweisen würde, sofern sie nur freie Bahn hätte.

KARL HAUSHOFER:

Wanderwucht der Monsunländer

Unter den Bevölkerungsverschiebungen der Nachkriegszeit stehen nach ihrem Wucht und Fähigkeit, das Rassengefüge weiter Landschaften (Mandschurei, Malaya, Hawai) grundstürzend zu ändern, die indopazifischen Bewegungen, und im besonderen die von den kontinentalen Monsunländern ausgehenden, allen anderen voran. Dabei verkennen wir weder die Bedeutung der Flucht der 900 000 germanischen Mitteleuropäer aus der Weichselzone, noch die des Bevölkerungsaustausches zwischen Hellenen und Turaniern um die Aegeis. Aber keine von ihnen hat einen Zahlendruck aufzuweisen, wie etwa die chinesische Zuwanderung in die Mandschurei, die innerhalb eines Menschenalters deren Volksmenge von geschätzten sechs auf dreißig Millionen brachte.

Seitenstücke dagegen zu den ozeanischen Verlagerungen des indopazifischen Bereichs haben — nach ihrer geringeren Zahlenwucht — auch das Weichsello, die Aegeis, Thrakien und Mazedonien aufzuweisen, so bemerkenswert die Asiatisierung von Hawai ist, das Schwinden der Polynesier dort von über 300 000 Köpfen auf weniger als 20 000, das Anwachsen der erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingeführten Japaner auf mehr als 135 000, über ein Drittel der heutigen Bevölkerung; oder die volkschinesische Eroberung Malayas gegenüber Malaien, Indern und Weißen im Jahre 1927 durch ein Überschreiten von 50% des Bevölkerungsanteils der reichen und rassen- wie see-strategisch wichtigen Monokultur-Halbinsel für Gummi und Zinn. Es ist allerdings nicht so leicht, indopazifische Wanderdruckzahlen so reinlich darzustellen, wie das selbst bei polnischer und türkischer wie hellenischer Statistik möglich ist. Selbst die scheinbar so sorgfältig durchgefeilten japanischen Unterlagen sind manchmal schlüpfrig; die chinesischen so weitherzig deutbar, daß im Herbst 1930 auf dem Statistikerkongreß in Tokio u. s. amerikanischen Volkswirtschaft und chinesische Delegation sich darüber streiten konnten, ob der chinesische Volksboden 342 oder 445 Mill. umschließe, während heute Nanking fast 500 wahr haben will. Auch für Indien (319 statt 328—330 Mill.), für Indonesien (50 statt 60 Mill.) pflegen die Vergleichsangaben selbst neuer Werke hinter der Dynamik der Volksvermehrung erheblich zurückzubleiben.

Gilt für die chinesischen Wanderzahlen die Regel, daß sie überall, aber namentlich in den Philippinen, in Siam, in Französisch-Indochina, in Malaya, in Insulinde größer als die amtlichen Zahlen sind, so wird die japanische Wanderung — dank der Geschlossenheit des japanischen Rassen- und Staatswillens, der Zusammenballung der Volksgenossen — im Verhältnis zu ihren Zahlen weithin zu stark empfunden und überschätzt.

Aber bei manchen der amtlichen Zahlen (vgl. z. B. „Transpacific“ v. 16. 10. 1930, S. 13) wird man den Eindruck nicht los, als ob (mit Kipling zu reden) — „der Quell der Wahrheit manchmal mit dem Stock der Vorsicht getrübt würde“. So ließ in seinem Redekampf mit dem chinesischen Vertreter 1929 in Kyoto der langjährige Vizepräsident der Südmandschurischen Bahn unter den Rechtstiteln Japans auf dem Festlande 240 000 Rassenjapaner und 760 000 reichsjapanische Koreaner unter den rund 30 Mill. der Mandschurei, neben nur 160 000 Russen und wenigen Tausend anderer Weißen paradien. Nehmen wir die neuesten Zahlen, so finden wir für die Mandschurei (sie wird in der japanischen Außenstatistik getrennt vom eigentlichen China mit seinen

55 708 Japanern behandelt) 108 352 oder 14,29% des gesamten Außen-Japanertums, für Kwantung 106 477 oder 14,02%, zusammen nur 215 009; es sind uns also 35 000 abhanden gekommen: — mehr, als sich in der ganzen Südsee (16 021 oder 2,11%) herumtreiben! — Das ist etwas mehr als das Doppelte der japanischen Überschwemmung in Guam mit 15 772, deren Zahl wieder die Höhe der ganzen japanischen Kolonie im reichsfremden „Nanyo“ (Süd-Meer) übersteigt! — (Malaya 8728, 1,15% des Fremdantheils; neben über 2 Mill. Chinesen!; Niederländisch-Indien mit 5581 oder 0,73% neben 2½ Mill. Chinesen und chinesischen Mischlingen; Französisch-Indochina mit 302 oder 0,04%, Siam mit 259 oder 0,03%, neben 4 Mill. Rassenchinesen unter 11). Das sind wirklich keine furchterregenden Zahlen, wenn wir nicht etwa die 140 945 oder 18,56% Fremdenkolonieanteil in dem riesigen Volkskörper der USA.-Union (mit 121 Mill.), die 134 042 (17,65%) in Hawaii, endlich die 103 166 (13,58%) — allerdings geballt — in Brasilien zu ernst nehmen wollen. Alle übrigen Zahlen sind geringfügig; die höchste zeigt Peru mit 18 401 (2,41%), den Restzustand eines Bergbau-Siedlungsversuches von Baron Takahashi. Aber die Gesamtzahl der Außenjapaner mit 759 439 Seelen ist eben nicht ganz überzeugend; wenn auch der Zusammenbruch ihrer Siedlung in den pazifischen Sowjetgebieten mit nur mehr 1966, aber ungreifbaren Mengen von Koreanern, sowie die Shantungkrise verheerend auf das Ausland-Japanertum eingewirkt hat, und der Kriegszustand der nördlichen Küstenfischerei, der Rückgang des chinesischen Geschäfts, der Trampschiffahrt, das Auflegen eines erheblichen Teils der Handelstonnage (220 000 t, 5%, Juli 1930) etwa eine Viertelmillion Außenjapaner gegenüber den besseren Konjunkturjahren auf die Stamminseln zurückgeführt haben mag. Hat doch z. B. das Erdbebenjahr 1923 einen Rückstau von 8374 Köpfen gebracht, während sonst die Auswanderung von 1920 bis 1929 dauernd stieg, zuletzt um fast 50 000 (49 603) Köpfe. Aber was bedeutet das gegen den chinesischen Zufluß in die Mandschurei aus Shantung, Chili und Shansi allein, von zwischen einer und zwei Mill., in chinesischen Mißjahren!

Dabei überstieg die einheimische japanische Bevölkerungszunahme zuletzt den ganzen Bestand der Außenjapaner in einem Jahre! Die Aufnahmefähigkeit des 1929 mit etwas über 63 Mill., heute wohl mit zwischen 64 bis 65 besetzten Stamminselbogens ist durch die Industrialisierung außerordentlich hinaufgetrieben worden — trotz dem 1927 erreichten Überwiegen der verstädterten Bevölkerung über die Landbewohner und Kleinstädter mit 51%, bei noch etwa 60% landwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil, die rasch auf

53% sanken. Freilich hatte die überstürzte Umgestaltung der Bodennutzung 1929 und 1930 zuerst ein Wiederaufflackern der koreanischen Selbstbestimmungsbewegung, dann 1930 einen heftigen Ausbruch in Formosa gebracht — da sich die Eingeborenen nicht zugunsten der aus den USA. finanzierten, von Japanern begonnenen Wasserkraftanlagen aus ihren Heimatsitzen verdrängen lassen wollten. Das sind Vorgänge, die ihre Seitenstücke in Französisch-Indochina, in Indonesien und den Philippinen hatten, also allgemeine Rückschlagserscheinungen der hastigen Industrialisierung der peripherischen Monsunländer sind — die sich bei den Zentralen, China und Indien, ins Massenhafte übersteigert und zahlenwuchtiger zeigen werden, soweit sie nicht schon jetzt zutage getreten sind (Tata-Werke; Textillandschaft um Bombay; Südchinesische Arb.-Wirren; Industrialisierung von Baroda und Mysore).

Überschauen wir den Wanderdruck der Monsunländer als rein anthropogeographische, bevölkerungspolitische Erscheinung, so sehen wir den Binnen- und den inter-peripherischen Druck innerhalb der kontinentalen Teile der Monsunländer weit stärker als den inter-peripherischen zwischen den Inselgirlanden und mehr ozeanischen Halbinseln; wir finden überraschenderweise den Druck der Außenlandschaften geringer als den des zentralen China; und erkennen dessen Volksüberschuß in einem Ringen auf Tod und Leben. Es spielt sich ab mit sichtlichem Vorteil der Chinesen bisher, sowohl gegen die Japaner (Malaio-Mongolen) in der Mandschurei (wobei die Aufsaugung der Russen, für die u. a. selbst in rein nordischen Landschaften Arsenjew wider Willen zeugt, nebenhergeht), als auch gegen Inder und Südostasiatische, den Malaio-Mongolen verwandte Bevölkerungsbestandteile in Hinterindien und Straits.

China gibt also in der Dynamik des Wanderdrucks das Tempo an. Zahlenmäßig ist der japanische wie der indische Wanderdruck nach außen verschwindend gegenüber dem chinesischen gegen beide andern Partner in dem alten Kulturverband der „San-Koku“ (Drei-Länder).

Trotzdem ist das Binnengedränge in weiten Teilen Japans wie Indiens zweifellos größer als in China mit seinen weiteren Auslaßmöglichkeiten. Hier klafft demnach ein innerer Widerspruch, den wir uns mit der größeren Bevölkerungskapazität Japans wie Indiens, im Verhältnis zu der chinesischen Durchschnittsfähigkeit des Festhaltens zu erklären versuchen. Diese rührt in Japan von der größeren bewußten Einfühlung in die erfreulichere und schönere Landschaft her, in Indien von der schweren Überwindbarkeit der Binnenschranken und Landschaftsgrenzen. Das gilt, selbst wenn wir die bodenhafte Bevölkerung in Indien wie China gleichmäßig mit grob abgerundet

80% anschlagen, während die japanische im raschen Herabgleiten von 60% gegen 50% ist (heute 53%, H. Yokotake).

Aber den Binnengrenzen der 568 indischen Fürstenstaaten, der Meerscheu des Hindutums, den Sprachschranken von 13 Hauptsprachen, neben zahlreichen Nebensprachen und Mundarten, lassen sich für den ostasiatischen Wanderdruck keine Seitenstücke gegenüberstellen. Schätzen wir mit G. M. Jadhav (Bombay, 1930) auch nur 96 Mill. für West-Hindi, 49 für Bengali, 23 für Telugu, 19 für Marathi, 18 für Tamil, 16 für Punjabi, 12 für Rajsthani, 10 für Kanarisch, 10 für Urya, 9 für Gujerati, 8 für Burmanisch, 7 für Malayalam, 5 für Westpunjab!

Dann werden wir zwar alle diese Zahlen im einzelnen aus politischen Gründen (Islam- oder Hindu-Interesse z. B.) bestritten sehen, aus linguistischen Gründen noch eine vierzehnte, unlebensfähige Gelehrtensprache hinzugefügt finden; aber niemand wird bestreiten, daß der bis zum Erscheinen dieser Studie vielleicht schon auf 330 Mill. angewachsene indische Volksdruck wander-technisch auch durch diese Sprachschranken bis zu einem gewissen Grade aufgefangen wird; sie bilden hemmende Binnengrenzen der Volksbewegung, eine Art Querschotten, die durch die 5% vielseitiger Gebildeten, angesichts der von Indern selbst eingeräumten „Analphabeten-, Unwissenheits-, Aberglaubens- und Armutszustände des indischen Dorflebens“ nicht von heute auf morgen überbrückt werden können, so sehr wir den mutigen Anlauf dazu anerkennen mögen.

Gerade nebenan in China zeigt uns die Erfahrung, daß eine überhastete Massenerziehung, notwendig mehr flach und breit als tief wirkend, zunächst den Binnendruck steigert, Kreislaufstörungen im Innern der Lebensform hervorruft, nicht in erster Linie nach außen wettbewerbsfähig macht. Denn die einzigen, seit ihrer Anwendung sprunghaft gesteigerten chinesischen Wanderdruckziffern sind durch die furchtbare Not der Nordländer Shantung, Hopei, Shansi und Shensi bis Kansu, teilweise auch Honan in die Mandschurei hineingepreßt und -gelockt worden; sie verdanken einen guten Teil ihres Verdrängungserfolgs gegenüber Japanern, Russen und Altsiedlern anderer Stämme der Unterbietung in der Lebenshaltung, also nicht Eigenschaften, die Anwartschaft auf Führerleistung in Neuland, auf Überschiebung bieten.

Bei der Spaltung, die in den chinesischen Wanderströmen, je nach ihrer mehr südrassischen oder nordrassischen Zusammensetzung, der Beimischung fremden Bluts unzweifelhaft eingetreten ist, und seit 1900 etwa 15–18 Mill. mehr nordischer Menschen in Mandschurei, Mongolei, Nordostasien, West-

marken, etwa 10 Mill. nach Süden und meerüber geführt hat — (die sich z. B. in den 31½ Mill. Formosa-Chinesen, in Hawai unter fremder Flagge abspielt, in den Philippinen — trotz Wanderverbot — amtliche Bestätigung durch den US.-amerikanischen Generalgouverneur erfuhr) —, bleibt auch nichts anderes übrig, als jede einzelne zutage tretende chinesische Wanderdruckstelle für sich als Manometer zu prüfen, namentlich das am schärfsten beleuchtete Malaya (vgl. „Geopolitik“, 1929 und 1930).

„Die Chinesen kamen zuerst nach Ostindien, viele Jahrhunderte vor den Niederländern, und haben sie immer an Zahl weit übertroffen.“ So beginnt gerade rechtzeitig ein Aufsatz von Amry Vandenbosch in Bd. III, Nov.-Nr. 11 der „Pacific Affairs“ über das Chinesenproblem in Indonesien.

Er nimmt in runden Zahlen etwas über 200 000 Weiße und Eurasier, etwa 1 100 000 Chinesen und Indochinesen unter 55 Mill. Malayen an; die amtlichen Zahlen des „Handbook of the Netherlands East Indies“, Ausg. 1930, auf Angaben v. 31. 12. 1927 gegründet, sprechen von rd. 208 000 Europäern, 1 050 000 fremden Orientalen (zu nieder! Schätzungen gehen bis 2½ Mill.; finden Rückhalt an den 2 Mill. Chinesen in Malaya!) und 51½ Mill. Eingeborenen (Natives!). Wachstumszustände für drei Jahre lassen also die Zahlengrundlagen der „Pacific Affairs“ glaubhaft scheinen. Das Volkszählungsergebnis von 1930 weist 60 Mill. aus. Lange Zeit ergänzte sich der weiße und der chinesische Vorteil bei der reinen wirtschafts-imperialistischen Ausnützung: „Kein Volk in der Welt leistet uns bessere Dienste als die Chinesen...“, schrieb einer der frühen Generalgouverneure. Sie waren für die Erschließung unentbehrlich, ob mehr zum Segen oder mehr zum Fluch, ist heute noch umstritten. Jedenfalls rückten sie dabei teilweise in die oberste wirtschaftliche Herrschicht auf; einer ihrer Großunternehmer hinterließ vor kurzem ein Vermögen von etwa 650 Mill. RM., in den Inseln verdient.

Dabei war die Einstellung des gelben Mutterlands zu seinen überseeischen Söhnen im Süden sehr zwiespältig. Als sich die niederländische Kolonialregierung nach dem ersten Chinesenpogrom in Batavia 1740 bei dem damals sehr mächtigen Kaiser der Ta Tsing-Dynastie entschuldigte, ließ er sie wissen: „er sorge sich wenig um das Schicksal unwürdiger Untertanen, die, ihren Vorteil verfolgend, ihr Heimatland verlassen und die Gräber ihrer Ahnen hinter sich gelassen hätten“. Mit Chinas Eröffnung durch den Westen erkannte man den Nutzen der auslandchinesischen Kolonien besser: sie besaßen die Überschüsse an Energie, Kenntnis, technischer Entwicklung und Geldmacht, die dem Stammland fehlten; der Widerruf des Auswanderungsverbots,

der Generalpardon für die Ausgewanderten im Jahre 1894 war ein erstes Zeichen wanderpolitischen Umdenkens in China. Nun begann das Werben um die Außenchinesen!

Als stärkste Hebel dabei erwiesen sich nicht amtliche Mittel, sondern nach chinesischer Sitte „Gesellschaften“: Chung-Hua-Hui-Kwan für die Schulen, und Siang-Hui für den Handel. Der verjüngte Kontakt rief bis etwa 1910 ein staunenswertes Aufblühen des ganzen Auslandchinesentums hervor, freilich mit der Rückwirkung starker politischer Beeinflussung des Mutterlandes, dem Umsturz, nicht der Umbildung entgegen. Diese Politisierung der Auslandchinesen änderte die bis dahin wohlwollende Einstellung der weißen Kolonialbehörden von Grund aus, zumal sich die Chinesen die Gleichstellung mit den braunen und schwarzen Rassen der Inseln des „organischen Gesetzes“ von 1848 und 1855 nicht mehr gefallen lassen wollten, ebensowenig wie die Reisebeschränkungen und den Chinesenviertelzwang.

Nach dem Umschwung in China und der republikanischen Entwicklung wirkte das Außenchinesentum mit vielen Hebeln in das Mutterland herein; 1911 schon wählen die Siang Hui von Surabaja und Djokjokarta zum Provinzialrat nach Kanton; und die chinesische Regierung, darüber befragt, gestand Auslandchinesen mit Heimkehrabsicht ausdrücklich das Wahlrecht zu; 1912 stellt die Siang Hui für Indien 6 Übersee-Senatoren auf Grund des Geld- und Menschenbeitrags der südchinesischen Diaspora zur Revolution. Im gleichen Tempo bewegten sich (1904, 1910, 1914—1916) Erleichterungen der Kolonialverwaltung aus Furcht vor einer pan-chinesischen, nationalistischen Sondererziehung. Wege zur freiwilligen Assimilierung mit der weißen Herrenschicht wurden eröffnet, aber von den Chinesen wenig beschritten, die weit mehr Lust hatten, Gleichstellung mit den Japanern (und Formosa-Chinesen!) zu erzwingen.

Die Chinesenfrage im „Nanyo“ (Süd-See) fing an, ihr heutiges Gesicht anzunehmen; die gefährliche Seite des Dualismus im Bürgerrecht wurde erkannt, das „jus soli“ trat an Stelle des „jus sanguinis“. 1929 wandte sich ein Sondergesetz gegen den chinesischen Rückhalt der Außenchinesen in Insulinde, während die Japaner, zur besonderen dauernden Kränkung der Chinesen, seit 1899 den Europäern voll gleichgestellt waren, was den Chinesen erst für 1930 versprochen wurde. Aber die Durchführung steht noch aus, und — trotz der Schaffung eines Büros für Chinesische Angelegenheiten und scheinbarer Gunst — ist die Lage gespannt.

Dazu kommt, daß niemand weiß, wie eng „sinkhehs (totoks)“, eingewan-

derte, mit den „peranakans“, den im Lande geborenen Indochinesen, bei Unruhen Hand in Hand gehen würden, wieweit also die Wucht der chinesischen Wanderbewegung landeinwärts in Indonesien reicht; ob sie von 1 bis $2\frac{1}{2}$ oder 3 oder 5 Mill. getragen ist. Von den 61 Mitgliedern des Volksraads müssen 3, können 5 Chinesen sein, also etwa ein Zwölftel; und ähnlich ist das Verhältnis in Länder-, Regentschafts- und Stadträten. Da die übrigen Sitze annähernd gleichmäßig auf Europäer und Eingeborene verteilt sind, bilden sie das Zünglein an der Waage. Eine heikle Frage ist auch die theoretische, von den Chinesen abgelehnte Militärdienstpflicht, die beim Zahlenverhältnis der Chinesen zu den Weißen wie 5 zu 1, bei ihrer jähen Annahme noch peinlichere Folgen haben könnte als bei der stillschweigend geduldeten Ablehnung. Stark ist das Bestreben namentlich unter den „peranakans“, sich in eine Reihe mit den malayischen Nationalisten Indonesiens zu stellen. Andere schwanken, wo sie am meisten auf ihre Rechnung kommen.

Hier handelt es sich zuletzt um eine Frage der kulturpolitischen Werbekraft, bei der nur seltsam ist, daß die chinesischen Studenten in den Niederlanden meist wilde Nationalisten sind, in Indonesien aber sich zu den Weißen schlagen. Die jährliche Zuwanderwelle ist etwa 60000 Köpfe stark, meist aus Südchina, und daher hochnationalistische Chinesen umfassend. Aus diesem Kreis stammen die Lehrer, ergießt sich eine mächtige Propaganda, durch wohlorganisierte Zweigbildungen der Kuo-Min Tang (Leseclubs; Zehnmännerbünde; Eiserne und Blutige Brigaden usw.). Der Boykott gegen Japan ist in Insulinde so exakt durchgeführt worden wie in China selbst. Vandenbosch will in den Sunda-Chinesen nicht die politische Gefahr sehen, die manchmal an die Wand gemalt werde. Sie seien zu praktisch, um auf die Dauer aus sentimentalischen Gründen Geld nach China ohne Ertrag zu schicken. Sie seien nicht militaristisch und durchaus bereit, die Kuh von andern Leuten halten zu lassen, während sie melkten. Auch die Wirtschaftsgefahr werde überschätzt. Die Einwandertaxe wird dennoch von 100 auf 150 fl. erhöht; trotzdem dauert die Kuliwerbung für die Zinninseln Banka und Billiton und Ostsumatra fast unvermindert an, die freilich meist unter „penale sanktie“ stehen und zurückkehren.

Alles in allem braucht eben gerade für ihre Monokulturbetriebe die niederländische Verwaltung die Chinesen ebenso notwendig wie die britische in Malaya und Nordborneo, aber fürchtet sie noch mehr — und hat alle Ursache dazu. Denn die Chinesen wollen im Grunde gleiche Rechte wie die Weißen, aber dazu ihre exempte Stellung unter chinesischen Konsuln, und das Fuß-

recht in ihrer chinesischen Heimat obendrein, dann auch alle Rücksichten in Prestigefragen, wie das in Indonesien aus Angst vor Japan bestrittene Recht, an nationalen Trauertagen (gegen Japan!) auf Halbmast zu flaggen. Kurz: der Wanderdruck hat sich umgekehrt. Er nimmt manchmal groteske Ähnlichkeitsformen mit den Konsularstreitigkeiten an, die früher zur Pein des altchinesischen Beamtentums wurden, und erinnert wenigstens hier an den einmal im Spottbild verewigten grimmigen Scherz Ostasiens: „Da, Europäer, habt ihr eure heiligsten Güter wieder“ — mit dem Chinesen die vom Westen gelieferten Granaten auf westliche Schiffe zurückschossen.

Gerade in den Teilen der „Goldfransen am Bettelmantel Asiens“, die heute noch die höchsten, auf Monokultur und Raubbau abgestellten Erträge liefern: in Indonesien und Malaya, hat die indo-pazifische Wanderfrage am deutlichsten diesen Charakter angenommen und lockert das Kolonialgefüge von Malaya, Indonesien, Französisch-Indochina und auch das prosperierende Wirtschaftsidyll des siamesischen Reiches.

In ganz anderen Formen, weit mehr indirekt, berührt die Volksdruckauswirkung Chinas, im geringeren Grade Indiens (Fiji!) und Japans die Inselwolken der Südsee und die weit untermölkerten Räume der australischen Gemeinwelt und Neuseelands. Diese Verhältnisse sind mit genauen Zahlen- und Quellenbelegen von mir in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde“ (Nr. 7/8, Berlin, 1930, S. 287) — vergleichend mit der mandschurischen und malayischen Druckfrage — für Australien und Hawaii behandelt worden. Ich darf darauf verweisen, und nur mit einigen Worten der ganz besonderen Lage Neuseelands gedenken, das wohl deshalb „keine Klagen und keine Wünsche“ (G. W. Forbes) bei der Reichskonferenz in London hatte. Aber sein Druck hauptsächlich erzwang den Weiterbau von Singapore; der Südseezaun des einstigen Imperiums kennt seine Gefährdung! Aber auch die unter voller Selbstbestimmung stehenden peripherischen Randlandschaften, wie Japan, kennen ihre Gefahr gegenüber dem überlegenen Wanderdruck der asiatischen Kontinentalen, der chinesischen Gegenwart und der slawischen und indischen Zukunft — sobald einmal erst die inneren Hemmungen wegfallen, die für Indien und Sowjetbünde heute noch dem Ausströmen der Wanderflut entgegenstehen.

Überschauen wir die Frage abschließend noch einmal, so erkennen wir, um wieviel klarer, als etwa von dem hadernden, innerlich zerrissenen Bereich des Wunschtraumes Paneuropa aus, im Süden und Osten Asiens und im Pazifik die Zukunft des Wanderdruckproblems ins Auge gefaßt wird. Dazu genügt ein

Blick in eine der führenden politisch-wissenschaftlichen Zeitschriften: die „Pacific Affairs“, oder die gewiß nicht extreme Ingenieur-Zeitschrift: „Far Eastern Review“, etwa in ihrer Oktobernummer (XXVI. Bd. 1930). Dort arbeiten sich vier Aufsätze in die Hände: „Japans right to exist“; „Overpopulation: Japans basic problem“ (Mitteleuropas nicht auch?); „Divided you fall!“ und „Americas Caribbean doctrine and Japans China policy“.

„Wird eine Nation von 65 Mill. Köpfen (im Stammland), über 90 Mill. im Reich, die jährlich um 900000 wächst, deren Eintritt praktisch alle Tore überall geschlossen sind, sich winselnd auf den Bauch legen und schwächlich Rassenselbstmord treiben, damit andere, mehr begünstigte Gruppen die weiten Räume der Welt als Futterplätze für ihre Nachkommenschaft monopolisieren können?“ Mit dieser Fanfare beginnt schon der erste Aufsatz; dann entwickelt er kühn den Weltkrieg aus dem mitteleuropäischen Volksdruckproblem, und zeigt scharf, daß dieselbe Abstoppselungsmethode wie gegenüber Deutschland auch Japan gegenüber am Werk sei. Gegenüber der Wander- und Tarifabschnürung rechnet Heitaro Yokotake den US.-Amerikanern und Kolonialmächten vor, was genau so die Mitteleuropäer ihnen täglich an den Kopf werfen müßten. Drohend steht neben der relativ geringen japanischen Volksvermehrung von 13 Mill. innerhalb von 10 Jahren die chinesische mit etwa 50, die slawische mit etwa 30 Mill. in einem Jahrzehnt, einer Verdoppelung in 50 Jahren da!

„Wie können wir erwarten, daß Japan Geburteneinschränkung übt, wenn sein Nachbar, Tür an Tür, alle zehn Jahre Auslaß für 50 Mill. neuer Mäuler suchen muß?“ (S. 533). Dabei wollen Sowjetbünde (Pjatiljetka!), und China (nach den Lehren Sun-Yat-Sens) im Grunde ihre Autarkie auf höherer Ebene wiederherstellen und nur Überschüsse nach ihrer Wahl an den Weltmarkt abgeben, möglichst wenig von ihm nehmen. Da sehe der Nachbar zu, wo er bleibe; und wenn auch Japan noch nicht bei den vernichtenden Zahlen des Überwiegens industrieller und großstädtischer Bevölkerung — und Arbeitsloser — angelangt ist wie Großbritannien und Deutschland: von seinen rd. 60% bodenlebiger Bevölkerung auf 53% herabgerutscht ist es bereits, und einige 300000 Arbeitslose hat es auch; dazu steigt der aufzulegende Schiffsraum und gleitet die erleichternde Wanderziffer zurück.

US.-Amerika aber bemerkt kühl: „Die karibische Politik der USA. sei der japanischen in der Mandschurei durchaus vergleichbar. Beide Länder hielten durch Pacht Strecken fremden Landes fest, die sie als lebensnotwendig für ihre Volkserhaltung ansähen. Japan halte in der Mandschurei — eingeräumter-

maßen chinesisches Land — die Liautung-Halbinsel durch Pacht und die Südmandschurische Bahn durch Konzession. Die USA. dagegen hielten ebenfalls in einem karibischen Land die Panamakanalzone und Bahn durch Pacht. (Nicht noch einiges andere auch?) Beide würden ihre Pachtrechte um beinahe jeden Preis verteidigen“ (Blakeslee). Das ist das nackte Raumrecht des Starken! Aber hält es auf die Dauer der Unterwanderung, dem Druck der notwendigen Arbeitshände stand?

Yokotake fordert demgegenüber, wenn der Weltfriede halten solle, eine Rationalisierung des Wanderdrucks, des freien Warenflusses, der freien Rohstoffgewinnung und des Kapitalzuflusses über den ganzen Planeten und ruft aus: „Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit, ohne gleiches Recht und gleiche Arbeitsgelegenheit und Lebensraum für alle!“ „Just so“, fügen wir gern mit dem erläuternden Amerikaner hinzu! Was den Japanern recht ist, ist den Mitteleuropäern billig; und es wird in raschem Wandel der Zeit auch für die Kolonialmächte alten Stils angesichts des kommenden Wanderdrucks zur einzigen rettenden Möglichkeit!

I. HOGE:

Das neue Einwanderungsgesetz der Union von Südafrika

In Ergänzung seines Aufsatzes: „Das Bevölkerungsproblem Südafrikas“ Heft 8, 1930, bittet uns der Verfasser um Veröffentlichung nachfolgender Notiz.
Die Schriftleitung.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1930 hat die Union von Südafrika für die Einwanderung das Quotensystem eingeführt, um den Zustrom unerwünschter Ausländer zu verhindern. Das Gesetz beschränkt nicht die Einwanderung aus folgenden Ländern: Territorien, die dem Verbands des Britischen Reiches angehören, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Schweiz, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Die Einwanderung aus allen übrigen Ländern wird auf 50 Personen jährlich beschränkt.

Eine Einwanderungsbehörde, aus fünf Mitgliedern bestehend, entscheidet über die Zulassung. Sie kann allerdings in Ausnahmefällen mehr als 50 Personen aus einem Lande die Einwanderung gestatten; Voraussetzung ist dabei, daß die Gesamtzahl der aus den oben nicht genannten Ländern in einem Jahre zugelassenen Einwanderer nicht die Zahl 1000 übersteigt. Bei der Erteilung einer Einwanderungserlaubnis ist ferner darauf zu achten, daß die zur Einwanderung zugelassene Person von einwandfreiem Charakter ist, daß sie sich voraussichtlich bald der Bevölkerung der Union assimilieren und ein brauchbarer Bürger der Union werden wird, daß

sie weiter nicht ein Schaden ist für das wirtschaftliche, kulturelle und industrielle Gedeihen des Landes, und daß sie nicht einen Beruf oder eine Beschäftigung ausübt, die für die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Union bereits stark genug vertreten sind.

Diese letzten Bestimmungen, die übrigens bei der Zulassung aller Einwanderer Anwendung finden sollen, richten sich deutlich gegen jene Klasse von unerwünschten Elementen, von denen ich in meinem Aufsatz über das Bevölkerungsproblem Südafrikas im Augustheft 1930 dieser Zeitschrift gesprochen habe.

Über die Quote hinaus kann endlich einer Person die Einwanderung gestattet werden, wenn sie die Frau oder ein unmündiges Kind eines in der Union bereits ansässigen Einwohners ist, oder wenn sie eins der Eltern oder Großeltern eines solchen ist, und er sie kommen läßt, um für ihren Unterhalt zu sorgen.

Personen, die in den Kolonien eines Landes geboren sind, gelten als in dem Lande selbst geboren; Personen, die in einem Mandatsgebiet geboren sind, gelten als in dem Lande geboren, zu dem das betreffende Gebiet am 1. Juli 1914 gehört hat. Frau und unmündige Kinder gelten als in dem Lande des Mannes geboren.

Eine Liste der im letzten Jahre zugelassenen Einwanderer aus den Ländern, die unter das Quotengesetz fallen, ist dem Parlament jedesmal in der ersten Sitzung des neuen Jahres vorzulegen.

KARL SAPPER:

Die Indianer und ihre Kultur einst und jetzt)*

1. Die Indianer vor der Berührung mit den Europäern

Wenn vor wenigen Jahrzehnten noch manche Gelehrte der Meinung gewesen waren, daß die amerikanische Urbevölkerung auf dem Erdteil selbst entstanden wäre, so ist diese Ansicht jetzt allgemein verlassen, und man zweifelt nicht mehr an einer Einwanderung von auswärts. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist sie in der Hauptsache von Asien her über die Beringstraße erfolgt, und zwar kamen die Indianer bereits als fertige Rasse nach ihrem neuen Wohnkontinent, wie der Anthropologe Hrdlička hervorgehoben hat. Wann das geschah, ob vor, während oder nach der Eiszeit, wissen wir nicht**), aber es muß vor vielen Tausenden von Jahren

*) Vorliegende Arbeit ist größtenteils ein Auszug aus einem vom Verfasser auf dem 24. internationalen Amerikanistenkongreß in Hamburg 1930 gehaltenen Vortrag, vermehrt und ergänzt durch Hinweise auf Literatur und auf andere Vorträge und Diskussionsbemerkungen desselben Kongresses, die erst in einem späteren Zeitpunkt zur Veröffentlichung gelangen werden.

**) Auf dem 21. internationalen Amerikanistenkongreß im Haag 1924 hatte der Geologe G. Steinmann die Frage aufgeworfen, ob es angesichts der großen Sprach- und Kultursplitterung der Indianer, zu deren Entwicklung sicherlich sehr lange Zeiträume notwendig

gewesen sein, denn sonst wäre die außerordentlich starke sprachliche und kulturelle Zersplitterung der Indianervölker, die wir gegenwärtig beobachten, nicht erklärlich. Was für eine materielle und geistige Kultur die Urindianer mitgebracht haben, wissen wir auch nicht, aber es gibt die vorgeschichtliche Forschung Anhaltspunkte zur Annahme, daß sie bereits gewisse Formen von Steingeräten, vielleicht auch schon Töpferei gekannt haben *), und ihre Sprache oder Sprachen waren sicherlich auch schon inkorporierend, wie denn sämtliche gegenwärtige Indianersprachen auch jetzt noch immer in vielen Fällen das Objekt dem Verbum selbst einverleiben. Der Hund wird schon damals der Begleiter und Freund des Menschen gewesen sein, denn neuere Rassenforschung über die Indianerhunde haben ergeben, daß sie alles in letzter Linie von einem asiatischen Wolfe abstammen **). Dagegen kann man sicher sagen, daß sie Nutzpflanzen nicht mitgebracht haben, denn alle Kulturgewächse, die sie später anbauten, waren vor der Ankunft der Europäer schon in Amerika heimisch und fehlten in den anderen Erdteilen.

Nach diesen Feststellungen können wir uns bereits ein Bild von der möglichen Lebensweise der Urindianer machen: sie waren, als sie zuerst nach Amerika kamen, Sammler, Fischer und Jäger, d. i. sie lebten von dem, was die Natur von sich aus an Nahrungsmitteln bot, indem sie die pflanzlichen oder tierischen Nährstoffe unmittelbar oder mit Hilfe von Grabstöcken aufsammelten, oder aber bereits vervollkommnere Waffen und Geräte zum Fang von Fischen und anderen Wassertieren und zur Jagd auf die verschiedenartigsten Wildtiere verwendeten. Da aber in den meisten Gegenden der natürliche Vorrat an nutzbaren Pflanzen und Tieren sich bei vielfacher Inanspruchnahme früher oder später erschöpfen muß und da zudem viele Fische, Vögel und Säugetiere (z. B. die einst nach Millionen zählenden Büffel Nordamerikas oder die Renntiere und Moschusochsen des hohen Nordens) in gewissen Zeiten weite Wanderungen unternehmen, so erkennen wir auch, daß die Urindianer nicht sesshaft gewesen sein können, sondern unstet von Ort zu Ort zogen, wenn sie auch manchmal an besonders günstigen Stellen lange verblieben und vielfach dauernd innerhalb bestimmter ausgedehnter Länderstrecken umherzogen, da die während ihrer Abwesenheit auf der Wanderung sich selbst überlassenen Ge-

gewesen sind, denkbar wäre, daß die Urindianer erst nach der Eiszeit nach Amerika übergewandert wären. Diese Frage ist immer noch nicht entschieden, vor allem auch aus dem Grunde, weil wir immer noch keine sichere Kenntnisse der seit der Eiszeit verflossenen Zeiträume haben.

*) Auf dem Hamburger Amerikanistenkongreß wies Bolko Freiherr von Richtofen auf gewisse Übereinstimmungen zwischen der stofflichen Kultur des nordeurasischen Kulturkreises und vorkolumbischen Funden aus Nordamerika hin. Das Gewicht dieses Hinweises wurde aber wesentlich gemindert durch den Vortrag Hugo Obermaiers auf derselben Tagung, der hervorhob, daß das amerikanische Paläolithikum bisher noch keine brauchbaren Leitformen erkennen lasse, und durch die Diskussionsbemerkung von Franz Boas, daß die Töpferei Amerikas an vielen Stellen sehr jungen Ursprungs sei.

**) Diskussionsbemerkung von R. H. Lowie von der University of California in Berkeley.

lände Flächen sich erholen und dank neuem Nachwuchs wieder für einige Zeit ausreichende Nahrung bieten konnten.

Immerhin begünstigte die mangelnde Seßhaftigkeit zweifellos die verhältnismäßig baldige Besiedelung der riesigen Landflächen Amerikas. Aber wir müssen uns vorstellen, daß bei der geringen Zahl der damaligen Bewohner weite Strecken unbewohnten Gebiets sich zwischen die besiedelten Gebiete eingeschaltet haben werden.

Nun zeigt aber der amerikanische Doppelkontinent eine ungeheure Erstreckung in nordsüdlicher Richtung und hat darum teil an allen Klimagürteln der Erde mit einziger Ausnahme des südpolaren Klimas. Da aber die gleichartigen Klimagürtel mit entsprechender Entfernung vom Gleicher sich im Norden und im Süden wiederholen und da zudem der Charakter des Klimas in weitgehendem Maße auch die Art der stofflichen Kultur den Bewohnern dieser Gegenden vorschreibt, so wiederholen sich in Nord- und Südamerika in entsprechenden Abständen vom Äquator Distrikte gleichartiger Kulturtypen*). Wohl gibt es wegen der Auskeilung Südamerikas in mittleren Breiten für die arktischen Eskimos und die polaren und subpolaren Jägerstämme Nordamerikas kein Gegenstück auf südamerikanischem Boden; allein den subarktischen Eskimos entsprechen in vieler Hinsicht nach Lebensweise, Ernährung und Behausung die Feuerländer des äußersten Südens, ferner den vorwiegend von Fischerei lebenden Bewohnern der nordwestamerikanischen Fjordküste im Süden die Chonos, die der physisch so ähnlichen westpatagonischen Fjordlandschaft angehören, wobei freilich insofern ein erheblicher Unterschied besteht, als die nördlichen Randvölker Nordamerikas von Asien und vom Innern Nordamerikas her zahlreiche wertvolle Kulturgüter bezogen hatten und daher eine viel reichere Kulturausstattung besaßen als die südlichen Randvölker Südamerikas, deren Blick nach unendlichen Wasserwüsten hinaus gerichtet war und die daher zur Weiterentwicklung ihrer Kultur lediglich auf ihren eigenen Erfindungsgeist und auf die nicht gerade verschwenderische Naturausstattung ihres Wohnraums angewiesen blieben.

Auch die äquatorwärts folgenden Küstenlandschaften der pazifischen Seite beider Erdteile entsprachen sich ursprünglich so ziemlich in ihrem Kulturtyp (Sammeler und Jäger), wenn auch nachträglich manche Änderungen sich einstellten; und vollkommen glichen sich wieder die unsteten Sammel- und Jägervölker der großen Grasflurengelbete Nord- und Südamerikas, der Prärien und der Pampas, obgleich das Jagdwild beider sehr verschieden war: dort vorzugsweise Büffel und Hirsche, hier Guanacos und amerikanische Strauße.

Wenn wir das heutige Leben der Waldstämme des tropischen Südamerika betrachten mit ihrer starken Betonung von Flußfischfang und Jagd, so brauchen wir nicht zu zweifeln, daß auch im tropischen Amerika ursprünglich Sammeln, Fischfang und Jagd die Unterlage der Lebensmittelgewinnung gewesen ist. Aber hier

*) K. Sapper in „Amerika“, II, Geographische Kulturkunde. Berlin und Leipzig 1923 (Götschen) S. 15 ff.

in den Tropen — und zwar nicht nur in den feuchten, sondern auch in den trockenen, nicht nur im Tiefland, sondern auch im Hochland —, haben die Indianer ihren bedeutsamsten Kulturfortschritt gemacht, indem sie zur Viehzucht und zum Feldbau übergingen. Wir wissen, daß die südamerikanischen Hochlandindianer vor der Ankunft der Europäer bereits stellenweise die Jagd in hervorragendem Maße vervollkommen hatten, indem sie auf Treibjagden Vicuñas und Guanacos fingen, um sie zu scheren und dann wieder freizulassen*). Wir ersehen daraus, daß sie schon frühzeitig an systematische Ausnützung der Tierwelt dachten, und brauchen uns daher auch nicht zu wundern, daß sie im südamerikanischen Hochland Lamass und Alpacas zu Haustieren gemacht und in großen Herden gehalten haben, während sonst nur noch der Truthahn, die Moschusente und das Meerschweinchen (auf Fleisch) gezüchtet wurden. Im mexikanisch-mittelamerikanischen Gebiet aber wurde durch die Zucht der Koschenillelaus (auf Opuntien) ein prächtiger Farbstoff gewonnen, der eine treffliche Ergänzung zu den sonst gebräuchlichen pflanzlichen Farbstoffen (Indigo und Farbhölzern) bot. In den amerikanischen Tropenwäldern aber hat nach Karl von den Steinens**) schönen Darlegungen die Frau den Pflanzenbau erfunden. Wohl wird anderwärts dem Mann die gleiche Ehre zustehen, aber es ist doch von genanntem vorzüglichem Beobachter und Indianerfreund die hohe Intelligenz der indianischen Frau mit vollem Recht in helles Licht gestellt worden. Sie hat zweifellos auch die große Tat vollbracht, die giftige Maniokwurzel zu entgiften und so zu einem guten Nahrungsmittel umzugestalten, während der Mann wohl zuerst die Eigenschaften des Kautschuks erkannt und verwendet haben dürfte, die den altweltlichen Völkern trotz vielfachen Vorkommens kautschuk-safthaltiger Gewächse zu des Kolumbus Zeit noch völlig unbekannt geblieben waren. Indianer haben frühzeitig die wertvollen Eigenschaften der Kakaofrucht erkannt und lange vor der Entdeckung Amerikas Schokolade getrunken, die ihren aztekischen Namen noch jetzt in allen Kultursprachen der Welt bewahrt hat. Sie haben zuerst die Würze der Vanille verwendet, haben die Gartenbohne und die Kartoffel, Batate und Erdnuß, Maniok und Mais in Kultur genommen, haben den Tabak angebaut und seine Eigenschaften ausgenützt, haben den Kokastrauch im Anbau genommen und andere Arzneigewächse erkannt und benützt, wie Chinarrinde, Ipecacuanha u. a. Sie haben auch furchtbare Pfeilgifte hergestellt und damit hernach Schrecken in den Reihen der Spanier verbreitet. Die Art der indianischen Nutzpflanzen zeigt deutlich, daß der Ackerbau, und damit die höhere Kultur, in Amerika von den Tropen ausgegangen ist, während wir für die Alte Welt nicht sagen können, ob diese epochemachende Erfindung zuerst in dem nördlichen gemäßigten oder im heißen Gürtel gemacht worden ist.

Auch in technischen Dingen waren die Indianer nicht unerfahren, wie ihnen

*) Garcilasso de la Vega, Comentarios reales, ed. 1723, S. 179 I.

**) Unter den Naturvölkern Zentralbrasiens. Berlin 1897. S. 194 ff., 206 ff.

denn zuerst die Erfindung der Hängematte geglückt ist — eine Erfindung, deren Wohltat freilich nur in heißen Ländern in vollem Umfang erkannt und gewertet zu werden pflegt. Und wenn ihre Waffen und Geräte meist nur Steine, oder wo solche fehlten, wie im Amazonasgebiet, Hartholz, Bein oder Horn verwendeten, so war daran ihre Unkenntnis des Eisens schuld, das für ihre Bewaffnung unersetzlichen Wert gehabt hätte. Dagegen verstanden sie Kupfer und die Edelmetalle zu schmelzen und zu legieren und haben herrliche Kunstwerke dieser Art hinterlassen. Außerdem aber hatten sie in den Tropen, wo ihre Hauptmasse saß und wo sie stellenweise eine hervorragende Kulturblüte erreicht hatten, so in Yucatan und Umgebung und auf den Hochländern Mexikos, Mittel- und Südamerikas, auch bedeutende Reiche mit trefflichen Gesetzen und guter Verwaltung geschaffen, vorzügliche Straßen, Brücken und Hochbauten errichtet, Kunst und Wissenschaft gepflegt und sogar — bei den Mayavölkern — eine eigene Schrift erfunden.

Ausläufer dieser Hochkultur erstreckten sich noch tief hinein in beide gemäßigte Gürtel: Da einjährige Pflanzen, wie Mais oder Tabak, trotz ihrer tropischen Herkunft, in Gebieten mit warmem Sommer zur Reife gelangen, so konnte auf der südlichen Halbkugel der Landbau bis zu den Araukanern in Südchile vordringen, während auf der nördlichen noch Arizona sowie der atlantische Landstreifen der jetzigen Vereinigten Staaten bis über die gegenwärtige kanadische Grenze hinaus in das Gebiet des Ackerbaus und damit der Sesshaftigkeit, die überall die Grundlage höherer Kulturentwicklung ist, mit einbegriffen werden.

Es ist richtig, daß gewisse neue Kulturelemente nachträglich noch von den Südseeinseln her (und bis in die neuere Zeit herein in die hochnordischen Gebiete von Nordasien aus) herbeigetragen worden sind, aber im Gesamtbild der indianischen Kultur sind das doch nur nebensächliche Zutaten, und mit Hochachtung erkennt man, daß die Indianer selbständig die amerikanische Naturausstattung auszuwerten verstanden haben und daß sie eine leistungsfähige Gesamtkultur schufen, die auch noch weiterer Steigerung aus sich heraus fähig gewesen wäre.

(Fortsetzung in Heft 4.)

KARL C. THALHEIM:

*Die Überseewanderungen der europäischen Völker als Faktor der
Wirtschafts- und Sozialgestaltung*

Wanderungen sind eine ewige Tatsache der Menschheitsgeschichte. Aber in keinem Zeitalter *) haben sie eine so große Rolle gespielt, in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht so entscheidende und tiefgreifende Veränderungen hervorgerufen wie in den letzten drei Jahrhunderten. Die Epoche der europäischen Überseewanderungen gipfelt zahlenmäßig im letzten Vorkriegsjahrzehnt; die in diesem aus Europa nach den überseeischen Zielländern flutenden Menschenmassen dürften auch ihrer relativen Bedeutung nach schwerlich zu irgendeiner anderen Zeit ein gleichwertiges Gegenstück finden. Diese Periode des stetigen und raschen Anwachsens der Auswandererziffern nahm 1914 ein jähes Ende; der internationale Menschaustausch hat nach dem Kriege im Gegensatz zum internationalen Warenaustausch den Stand der Vorkriegszeit nicht im mindesten erreicht, wird ihn auch nach menschlichem Ermessen, soweit es sich um europäische Wanderungen handelt, niemals wieder erreichen, sondern tendiert schon jetzt dauernd zu weiterem Sinken. Die große Zeit der europäischen Überseewanderung ist vorbei; darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Damit aber werden auch die wirtschaftsgestaltenden Wirkungen jener auf Expansion und Intensivierung ausgerichteten Kräfte geringer, die durch die Wanderungen im Raume der abendländischen Menschheit und ihrer kolonialen Tochterländer ausgelöst worden ist. Zusammen mit der raschen Bevölkerungsvermehrung an sich (als deren unmittelbare Auswirkung wir diese Wanderungen ja ansehen müssen), zusammen weiter mit dem Fortschritt der wissenschaftlichen Technik und mit dem privaten Erwerbsstreben gehörten sie zu den stärksten dynamischen Kräften, die das Bild des Kapitalismus geprägt haben. Wenn also in Zukunft mit einem gegenüber der Vorkriegszeit sehr viel geringeren Umfange des internationalen Menschaustausches gerechnet werden muß**), dann wird diese Wandlung auf das Gefüge der Weltwirtschaft und auf Art und Stärke der internationalen Beziehungen nicht ohne Einfluß bleiben können.

*) Wenn wir von den eigentlichen „Völkerwanderungen“ einer fernerer Vergangenheit absehen.

**) Es sei ausdrücklich bemerkt, daß sich diese Feststellungen nur auf die Auswanderung aus den Ländern der weißen Rasse beziehen. Die Wanderungen der ost- und südasiatischen Völker unterliegen ganz anderen Bewegungsgesetzen und weisen auch wirtschaftlich und sozial eine ganz andere Struktur auf. Bei ihnen ist in Zukunft eher mit einem Wachstum als mit einem Rückgang zu rechnen. Wo im folgenden allgemein von „Wanderungen“ die Rede ist, bezieht sich das also immer auf die Wanderungen innerhalb der weißen Rasse.

Nachdem die Wiedergewinnung ehemals germanischen Siedlungsbodens im östlichen Mitteleuropa, die ostdeutsche Kolonisation, zum Stillstand gekommen war, haben Wanderungen im europäischen Raum mehrere Jahrhunderte hindurch nur noch eine geringe Rolle gespielt. Das wurde anders, als im 17. Jahrhundert einmal religiöse Gegensätze als Auswanderungsursache eine z. T. sehr bedeutsame Rolle zu spielen begannen, als in den durch das Zeitalter der Entdeckungen erschlossenen leeren oder dünnbesiedelten Räumen in Übersee eine europäische Kolonisation versucht wurde, als endlich — und das scheint mir das Wichtigste — gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Bevölkerungsvermehrung, die jahrhundertlang durch Seuchen und Kriege gehemmt war, wieder rascher wurde und damit überhaupt erst eine ökonomische Notwendigkeit für die Auswanderung gegeben war. Immerhin stand schon die geringe Entwicklung der Verkehrstechnik einer eigentlichen Massenauswanderung entgegen, die sich am ehesten noch in der Form der interkontinentalen Wanderung vollziehen konnte; man denke z. B. an die Wanderung der Hugenotten, von denen allein nach der Aufhebung des Edikts von Nantes 250—300 000 aus Frankreich ausgewandert sein sollen*). Überhaupt dürfte im ganzen 17. und 18. Jahrhundert in Europa der Umfang der interkontinentalen Wanderungen wesentlich bedeutender gewesen sein als der der überseeischen; auch aus Deutschland geht ja im 18. und in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine Überlandwanderung großen Stils nach Südungarn, den Wolgakolonien, Südrußland, Polen, dem Kaukasus usw., deren Wirkungen in der starken Verringerung der deutschen Überseewanderung in der Zeit von 1770 bis 1820 deutlich erkennbar sind. Obwohl ja auch die europäische Auswanderung nach überseeischen Gebieten erst im Laufe des letzten Jahrhunderts mit einiger Sicherheit statistisch zu erfassen ist, so sind wir doch über die Überlandwanderungen vor 1800 noch viel schlechter unterrichtet: ihre größenmäßige Bedeutung wird daher in der Regel erheblich unterschätzt.

Neben der geringen Entwicklung der Verkehrstechnik hat der Überseewanderung gegenüber in der älteren Zeit auch der Umstand hemmend gewirkt, daß bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts als überseeisches Zielland eigentlich nur Nordamerika (der Osten der USA. und in sehr viel geringerem Umfang auch der Osten Kanadas) in Betracht kam. Bis zur Verselbständigung der lateinamerikanischen Republiken waren Mittel- und Südamerika infolge der Prinzipien der spanisch-portugiesischen Kolonialpolitik einer europäischen Masseneinwanderung so gut wie völlig verschlossen**); bei Australien und Neuseeland machten sich die späte Entdeckung und die weite Entfernung bemerkbar. Nach Südafrika ist die Einwanderung aus Holland und

*) Weiß, *Histoire des réfugiés protestants de France* (1853), Bd. 1, S. 104, zit. bei Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, Bd. I, 2, S. 890.

**) Wobei allerdings zu bemerken ist, daß in die Gebiete der Plantagenwirtschaft in Mittelamerika und im nördlichen Südamerika eine Zwangswanderung schwarzer Arbeitskräfte in großem Umfange gegangen ist, deren Bedeutung für Westindien und für Brasilien bekannt genug ist.

Niederdeutschland (zahlenmäßig) nicht von sehr großer Bedeutung gewesen. Wirklich großen Umfang konnte die europäische Überseewanderung erst gewinnen, als durch die Entwicklung der Verkehrstechnik, besonders durch die Erfindung des Dampfschiffs, das Problem des raschen und sicheren Transports großer Menschenmassen gelöst war und als durch die rasch wachsenden Geburtenüberschüsse in Europa eine zusätzliche Bevölkerung geschaffen wurde, die im Mutterlande unter den gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen oft nicht mehr in vollem Umfange untergebracht werden konnte. Die folgende Übersicht zeigt die Bevölkerungsentwicklung in Europa im ganzen und in einzelnen wichtigen europäischen Ländern seit 1800:

Bevölkerungsentwicklung Europas von 1800 bis 1920
(in Millionen*)

	1800	1850	1900	1910	1920
Europäisches Rußland.....	35,0	57,2	103,5	111,7	108,2
Deutschland	23,2	35,9	56,4	64,9	59,2
Großbritannien	16,2	27,6	41,8	45,7	47,5
Frankreich	27,3	35,8	39,0	39,6	39,2
Italien.....	18,1	24,3	32,5	34,7	38,7
Europa insgesamt	187	267	406	443	ca. 470

Bei gar nicht oder langsam wachsenden Völkern wird, wie das in der Gegenwart das Beispiel Frankreichs beweist, die Auswanderung in der Regel nur gering sein, während eine so starke Bevölkerungsvermehrung, wie sie in der vorhergehenden Tabelle zum Ausdruck kommt, die günstigsten Voraussetzungen für eine starke Wanderungsbewegung schafft. Es ist daher kein Zufall, daß bald nach dem Ende der Napoleonischen Kriege die große Epoche der europäischen Überseewanderung einsetzt, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges dauert, also ziemlich genau ein Jahrhundert umfaßt. Die folgende Übersicht zeigt, wie sich diese gewaltige Wanderungsbewegung zahlenmäßig bei den vier führenden Einwanderungsländern ausgewirkt hat:

Die Einwanderung der Vereinigten Staaten, Kanadas, Argentinien
und Brasiliens

Vereinigte Staaten

Jahrzehnt	Einwanderer insgesamt	Davon aus		Jahrzehnt	Einwanderer insgesamt	Davon aus	
		Nord- und West- europa	Ost- und Süd- europa			Nord- und West- europa	Ost- und Süd- europa
1820—1830	151 824	67,9	2,2		15 436 042		
1831—1840	599 125	81,7	1,0	1891—1900	3 687 564	44,5	52,7
1841—1850	1 713 251	92,9	0,3	1901—1910	8 795 386	21,7	71,7
1851—1860	2 598 214	93,6	0,8	1911—1914	4 133 131	17,2	71,5
1861—1870	2 314 824	87,8	1,5	1915—1919	1 172 679	17,4	28,5
1871—1880	2 812 191	73,7	7,2	1920—1924	2 774 600	24,2	41,0
1881—1890	5 246 613	72,0	18,3	1925—1929	1 520 910	39,9	12,0
	15 436 042			Insgesamt			
				1820—1929	37 520 312	48,6	37,5

*) Woytinsky, Tatsachen und Zahlen Europas (1930), S. 56 und 59.

Kanada

Jahrzehnt	Einwanderer insgesamt
1821—1900	ca. 2 070 000
1901—1910	956 432
1911—1920	1 153 953
1921—1929	899 539

Insgesamt	
1821—1929	5 079 924

Argentinien

Jahrzehnt	Einwanderer insgesamt
1857—1860	20 000
1861—1870	159 570
1871—1880	260 885
1881—1890	841 122
1891—1900	648 326
1901—1910	1 764 103
1911—1920	1 204 919
1921—1928	1 133 323

Insgesamt	
1857—1928	6 032 248

Brasilien

Jahrzehnt	Einwanderer insgesamt
1870—1880	224 286
1881—1890	530 906
1891—1900	1 143 902
1901—1910	698 159
1911—1914	591 404
1915—1920	226 857
1921—1925	397 441
1926—1928	306 333

Insgesamt	
1870—1928	4 119 288

Diese Ziffern zeigen deutlich die ausschlaggebende Rolle der Vereinigten Staaten als Zielland der europäischen Überseewanderung. Neben den genannten Ländern haben nur noch Kuba, Uruguay und Chile in Lateinamerika, Teile Nordafrikas und die Südafrikanische Union in Afrika sowie Australien und Neuseeland eine zahlenmäßig größere Bedeutung für die Wanderungen der weißen Rasse gehabt; sie treten aber mit der einzigen Ausnahme Australiens (dessen Wanderungsstatistik für die Vorkriegszeit sehr unvollkommen ist und daher hier nicht wiedergegeben werden soll) sehr weit gegenüber den vier Hauptländern des amerikanischen Kontinents zurück.

Die Bedeutung dieser europäischen Überseewanderungen kann schwerlich überschätzt werden; man wird heute bereits feststellen können, daß sie ungleich größere und vor allem ungleich dauerndere Wirkungen gehabt haben als die Kolonialpolitik der europäischen Mächte in denjenigen Erdräumen, in denen die Europäer nur als dünne herrschende Schicht über der breiten Masse beherrschter Fremdrassiger stehen. Ist solche koloniale Herrschaft niemals restlos gesichert — wir sehen ihre Gefährdung heute deutlich genug am Beispiel Indiens —, so ist der Raum, den europäische Siedlung erfüllt hat, zum dauernden Lebensgebiet der weißen Rasse geworden. Die erste und wichtigste Wirkung der Überseewanderungen ist also die gewaltige Ausweitung des Lebensraumes der weißen Menschheit. Zwei Kontinente, Amerika und Australien, sind durch sie in ihren entscheidenden Teilen „weißen Mannes Land“ geworden; in einem dritten, Afrika, hat die weiße Siedlung sowohl im Norden wie im Süden einzelne Teile ergriffen, ohne daß doch hier eine gleiche Verdrängung der Urbevölkerung vor sich gegangen wäre, wie in Nordamerika, der südlichen Hälfte Südamerikas, in Australien und Neuseeland.

In diesen expansiven Wirkungen sehen wir auch einen entscheidenden Unterschied der Überseewanderungen gegenüber den kontinentalen Wanderungen, der den ersteren, weltgeschichtlich betrachtet, durchaus den Vorrang sichert: sie haben die Verteilung der Rassen über die Erde und die Abgrenzung ihrer Lebensräume gegeneinander entscheidend und von Grund auf geändert, während die kontinentalen Wanderungen nur eine Umschichtung der Völker im europäischen Raum bewirkt haben und heute noch bewirken. Nur eine einzige Wanderungsbewegung kontinen-

talen Charakters — wenn wir Eurasien als kontinentale Einheit betrachten — ist hiervon auszunehmen: die Ausbreitung des Russentums nach Sibirien, die zwar auf dem Landwege und sogar innerhalb der Grenzen des gleichen Reiches vor sich ging, grundsätzlich aber den gleichen Charakter aufweist wie die Besiedlung Nordamerikas.

Die Bedeutung dieser territorialen Expansion der weißen Rasse sei im folgenden zahlenmäßig dargestellt. Die wichtigsten der durch Siedlungswanderung der weißen Rasse gewonnenen Gebiete weisen die folgende Fläche und Einwohnerzahl auf:

	Fläche (qkm)	Einwohnerzahl
Sibirien, asiatischer Teil des Uralgebiets und ASSR der Kosaken (1926)	8310105	16814323
Vereinigte Staaten von Amerika (ohne Alaska) (1920)	7841422	105710620
Argentinien (1928)	2797113	10646814
Brasilien (10 Staaten Mittel- und Südbrasiens) (1920)	3611754	18000359
Chile (1920)	752024	3753794
Uruguay (1927)	187016	1762451
Kanada (1921) (ohne Yukon und Nordwestterritorium)	5906332	8776338
Australischer Bund (1921)	7703867	5435734
Neuseeland (1926)	267497	1344384
Insgesamt:	37377130	172244817

Demgegenüber umfaßt Europa rund 10,1 Mill. qkm Fläche und 470 Mill. Einwohner.

Der Lebensraum der weißen Rasse macht also allein in den wichtigsten durch überseeische Siedlung gewonnenen Gebieten etwa das Vierfache der Fläche Europas aus; aber auf dieser viermal so großen Fläche wohnt nicht viel mehr als ein Drittel der Einwohnerzahl des kleinen Europa*).

Es ist schwer vorstellbar, zu welchen sozialen Folgen die rasche Bevölkerungszunahme des vergangenen Jahrhunderts in Nord- und Mitteleuropa geführt haben würde, wenn dieses Ventil der überseeischen Siedlungswanderung nicht dauernd geöffnet gewesen wäre. Die soziale Lage des Proletariats in den kapitalistischen Ländern ist ja nicht zum wenigsten dadurch bestimmt gewesen, daß der freie Hochkapitalismus des 19. Jahrhunderts dauernd unter dem Zeichen des Überflusses an menschlichen Arbeitskräften stand. Der zwar im System des Kapitalismus an sich schon gegebene, aber durch diesen Menschenüberfluß wesentlich verschärfte soziale Druck hätte sich auf die Lage des Proletariats ungleich schwerer noch auswirken

*) Selbstverständlich hinkt dieser Vergleich insofern, als in den genannten Gebieten der Anteil des zu Siedlungszwecken nicht brauchbaren Bodens wesentlich größer ist als in Europa und in geringem Umfange in diesen Ziffern auch Wohngebiete fremdrassiger Menschen enthalten sind. Doch wird dieser Fehler dadurch z. T. ausgeglichen, daß in unserer Aufstellung alle diejenigen Gebiete nicht berücksichtigt sind, in denen Weiße überwiegend in gemischter Siedlung mit Fremdrassigen leben, wozu wir auch die Mischlingsbevölkerung Mittel- und Südamerikas rechnen. Solche wenigstens z. T. zum Siedlungsraum der weißen Rasse zu rechnenden Gebiete sind: Transkaukasien, das sowjetrussische Gebiet des Fernen Ostens, Südafrikanische Union mit Südwestafrika, Algerien, Tripolis, Mexiko, die Republiken Mittelamerikas und des nördlichen Südamerika.

müssen, hätte nicht ein Teil gerade der wagemutigsten und wirtschaftlich brauchbarsten Elemente ihm durch die Auswanderung ausweichen können. Denn in den überseeischen Siedlungsgebieten gab es ja noch keine in den Besitzverhältnissen begründete „Bodensperre“, die in Deutschland ebenso wie in den übrigen hochkapitalistischen Ländern die landwirtschaftliche Überschußbevölkerung in das Industrieproletariat hineinzwang. Das Übervölkerungsproblem hätte für Nord- und Mitteleuropa sehr viel früher akut werden müssen, wenn nicht Dutzende von Millionen europäischer Menschen dorthin abgeflossen wären — und damit gleichzeitig auch Absatzgebiete für die Erzeugnisse der europäischen Exportindustrieländer geschaffen hätten.

Die ökonomischen Wirkungen der Wanderungen sind nun aber insofern noch von besonderer Bedeutung gewesen, als durch sie in die der weißen Rasse neu erschlossenen Erdräume auch die wirtschaftliche Lebensform Europas übertragen worden ist: der Kapitalismus. Damit ist also nicht nur eine territoriale Expansion, sondern, da der Kapitalismus zweifellos die intensivste bekannte Form des Wirtschaftens ist, auch eine bedeutende Intensivierung der Wirtschaft durch die Wanderungen bewirkt worden. Werner Sombart, der Historiker des Kapitalismus, betont in seinem „Modernen Kapitalismus“ immer wieder die große Bedeutung, die die „Fremden“ für die Entwicklung dieser neuen Wirtschaftsform gehabt haben. Die Paradebeispiele für solche Übertragung kapitalistischer Wirtschaftsformen durch Wanderungen sind bekanntlich die Wanderungen der Hugenotten und der spanischen Juden; in beiden Fällen handelte es sich um Zwangswanderungen aus religiösen Gründen, von denen Bevölkerungsteile betroffen wurden, die eine hervorragende Eignung für den Kapitalismus besaßen. Sie haben deshalb ganz besondere Beachtung gefunden, weil es sich bei ihnen um größere Menschenzahlen handelte; aber auch sonst spielen für die Entwicklung von Industrie und Handel in den letzten Jahrhunderten eingewanderte Unternehmer, Facharbeiter und Kaufleute in fast allen Ländern des kapitalistischen Wirtschaftssystems vielfach eine geradezu entscheidende Rolle*). Man denke auch in der Gegenwart an die Einflüsse eingewanderter europäischer Unternehmer für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder Mittel- und Südamerikas und Ostasiens. Daß die russische Industrie zum ganz überwiegenden Teile eine Schöpfung von Ausländern war, ist ja bekannt.

Aber noch mehr: daß das Zentrum der kapitalistischen Welt heute so ausgesprochen nach den Vereinigten Staaten gewandert ist, das ist zweifellos zum erheblichen Teile den charakterologischen Eigentümlichkeiten des nordamerikanischen Volkes zuzuschreiben, die ursächlich mit der Entstehung dieses Volkes aus der

*) Vgl. für die Zeit des Merkantilismus die Belege bei Sombart, Der moderne Kapitalismus, I, 2, Kap. 61/62; für Rußland das Buch von Ischchanian, Die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft (1912), eine der gründlichsten Untersuchungen dieser Frage für ein einzelnes Land.

europäischen Überseewanderung verknüpft sind. Der Entschluß zur Auswanderung verlangt in der Regel, besonders wenn es sich um Einzelauswanderung handelt, ein überdurchschnittliches Maß von Entschlußkraft, charakterlicher Selbständigkeit, von Bereitwilligkeit, um eines möglichen größeren Gewinnes willen ein erhöhtes Risiko des Lebens auf sich zu nehmen. Das heißt also: die Menschen, die diese Eigenschaften besitzen, sind die prädestinierten Träger des Kapitalismus. Das tritt uns — aus Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde — bei den Vereinigten Staaten noch wesentlich ausgeprägter entgegen als bei anderen Einwanderungsländern; man braucht da nur einmal an die völlig verschiedene wirtschaftspsychologische Einstellung des amerikanischen Farmers im Vergleich zum durchschnittlichen deutschen oder französischen Bauern, aber auch zum südamerikanischen Kolonisten, zu denken. Man wird also wohl, an Sombartsche Gedankengänge anknüpfend, feststellen können, daß durch die Auswanderung nach den USA. eine Auslese der „kapitalistischen Varianten“ erfolgt ist, der Menschen, die für die Entfaltung des „kapitalistischen Geistes“ ganz besonders günstige Voraussetzungen mitbrachten. Dazu kommt ein weiteres: Wenn der Kapitalismus eine Wirtschaftsform darstellt, deren Grundlage die Emanzipation von allen traditionellen Methoden des Wirtschaftens bildet, dann müssen auch hierfür die Voraussetzungen in einem Kolonialland und in einem Auswanderervolk günstig sein. Hier fehlen ja von vornherein alle überkommenen historischen Bindungen, alle älteren Wirtschaftsformen, mit denen sich der Kapitalismus in Europa erst rechtlich und tatsächlich auseinandersetzen mußte; hier konnte von Grund auf neu aufgebaut werden, die kapitalistischen Organisationsprinzipien, die in Europa vielfach noch gewissermaßen „in Gemengelage“ mit vorkapitalistischen Formen auftraten, konnten sich rein entfalten.

Nicht nur die Expansion des Kapitalismus, sondern auch die besondere Form und Hochentwicklung, die er in dem Koloniallande Nordamerika erfahren hat, ist also ursächlich sehr eng mit den Wanderungen verknüpft. —

Man wird demnach zusammenfassend sagen können, daß die Bedeutung der europäischen Überseewanderungen für die Wirtschafts- und Sozialgestaltung nicht leicht überschätzt werden kann*). Um so wichtiger erscheint die Feststellung, daß die Epoche der Überseewanderungen heute ihrem Ende entgegengeht. Ich habe die Wahrscheinlichkeit dieser Entwicklung an anderer Stelle eingehend zu begründen gesucht**).

(Schluß in Heft 4.)

*) Selbstverständlich war es im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, die Gesamtheit der wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Wanderungen aufzuzeigen; dazu brauchte man ein besonderes Buch. Ich habe nur diejenigen Grundlinien herausgeschält, die mir entscheidend zu sein scheinen.

**) In meinem Aufsatz „Gegenwärtige und zukünftige Strukturwandlungen in der Wanderungswirtschaft der Welt“ im „Archiv für Wanderungswesen“, Jahrg. 3, 2, 1930, S. 41–47. Ein zweiter Teil dieses Aufsatzes folgt in einem der nächsten Hefte des „Archivs“.

PAUL ROHRBACH:

„Rhein — Main — Donau“

Die Geschichte einer Wasserstraße*)

Der Plan, das Wasserstraßengebiet des Rheins und der Donau miteinander zu verbinden, hat ein ehrwürdiges Alter, denn kein Geringerer als Karl der Große befahl im Jahre 792 n. Chr., mit den Arbeiten zu beginnen, deren Zweck es war, einen zum Maingebiet gehörigen Wasserlauf, die Rezat, mit der zur Donau gehenden Altmühl zu verbinden. Die Spuren dieser Fossa Carolina, des „Karlsgrabens“, sind noch heute in der Nähe der Bahnstation Grönhart, an der Linie von Nürnberg nach Ingolstadt, gut erkennbar. Bekanntlich mißlang das Vorhaben. Die Gegend war damals, wie es scheint, sumpfiger als heute, und es ging über das Können der frühmittelalterlichen Technik, mit dem während der Arbeit immer wieder aufquellenden Sumpfboden fertig zu werden. In späteren Jahrhunderten hat man sich an einen Kanalbau selbst nicht wieder gewagt, aber die Kunde von dem karolingischen Versuch hat sich bei verschiedenen Chronisten durch das ganze Mittelalter erhalten. Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg fing man wieder an, vom Bau einer Wasserverbindung zwischen Main und Donau zu sprechen, aber es hat nochmals zwei ganze Jahrhunderte gedauert, bis König Ludwig I. von Bayern den nach ihm benannten Kanal mit einem für die damalige Zeit großen Aufwand von Kosten wirklich herstellen ließ. Die Abmessungen waren aber von vornherein zu klein, und auch andre technische Umstände waren nicht günstig, so daß die Wasserstraße in der Gestalt, wie sie von 1836 bis 1845 durchgeführt wurde, nie eine wirkliche Bedeutung erlangt hat.

Im Dezember 1891 hielt der damalige Prinz Ludwig von Bayern, der spätere König, in der bayrischen Reichsratskammer seine berühmte Kanalrede, die ein Jahr später zur Gründung des „Bayrischen Kanalvereins“ führte. Allerdings vergingen weitere zwanzig Jahre, bis dem bayrischen Landtag — 1912 — auf Grund der Vorarbeiten des Kanalvereins eine Regierungsvorlage, zunächst zur Kanalisierung des Mains, unterbreitet wurde. Im Herbst 1914 wurde mit den Arbeiten auf der Strecke zwischen Hanau und Aschaffenburg begonnen. Sie gingen wegen

*) Unter diesem Titel erschien Anfang 1930 ein recht umfangreiches Buch — 282 Seiten Text und zahlreiche Bildertafeln, Preis 15 Mark — von Dr. Josef Held und Dr. Heinrich Brüschwien im Verlag der Zeitschrift „Die freie Donau“ in Regensburg. Das Werk bringt eine vollständige Orientierung über die geschichtliche, volkswirtschaftliche und baupolitische Seite des Rhein-Main-Donau-Problems, und über den jetzigen Stand der Arbeiten, der Finanzierungsfrage und der Ansnutzung der gewonnenen Wasserkräfte. Als erschöpfender Beitrag zu der wichtigsten aller deutschen Wasserstraßenfragen ist es sehr zu begrüßen.

des Krieges nur langsam vorwärts, aber als im November 1915 der Feldzug gegen Serbien die serbische Donauverriegelung sprengte und der Stromverkehr bis nach Bulgarien hin frei wurde, war man mit einem Schlage überall von der Bedeutung eines zusammenhängenden Wasserweges zwischen Deutschland und den Balkanländern überzeugt.

In diesem Stadium begann die intensive Wirksamkeit des damaligen Abgeordneten und späteren Ministerpräsidenten Dr. Held für den Kanal, zusammen mit den beiden Oberbürgermeistern Bleyer von Regensburg und Dr. Geßler (dem späteren Reichswehrminister) von Nürnberg. Auf einer Konferenz in Budapest am 4. September 1916, die aus Deutschland, Österreich und Ungarn von allen Interessenten besickt war, kam es zu weitgehender Übereinstimmung der Beteiligten, und im Jahre darauf konnte in Nürnberg der „Main-Donau-Strom-Verband“, unter Teilnahme der bayrischen Regierung, gegründet werden.

Auf Grund der Artikel 97 und 171 der Weimarer Verfassung gingen im April 1921 die dem allgemeinen Verkehr dienenden deutschen Wasserstraßen in das Eigentum und die Verwaltung des Reichs über. Nach längeren Verhandlungen kam eine gesetzliche Vereinbarung zwischen Bayern und dem Reich zustande, auf Grund derer am 30. Dezember 1921 eine gemischtwirtschaftliche Bau- und Betriebsgesellschaft, die heutige „Rhein-Main-Donau-A.-G.“, entstand. Die entscheidende Frage für das Projekt war die der finanziellen Grundlage. Sie ist gegeben durch die Verwertung der Wasserkräfte, die an verschiedenen Stellen, hauptsächlich am Main und an der Donau, durch die Arbeiten gewonnen und die der Erzeugung von elektrischem Strom dienen sollen. Eine weitere wichtige Frage ist die nach der Wasserspeisung des Kanals auf seiner mittleren Strecke, wo nur unbedeutende, im Sommer wenig Wasser führende Flußläufe zur Verfügung stehen. Das zur Durchführung bestimmte Projekt löst diese Schwierigkeit durch den sogenannten Lech-Zubringer: eine Leitung, die aus dem Lech etwas oberhalb seiner Mündung in die Donau rechts abzweigt, das Bett der Donau und der Altmühl überschreitet und etwa in der Mitte zwischen Nürnberg und Regensburg in die Scheitelhaltung des Kanals münden wird.

Es bedurfte weitläufiger jahrelanger Verhandlungen, an denen das Reich, Bayern, Württemberg und sogar die Internationale Donaukommission beteiligt waren, um die Frage der Linienführung und Wasserspeisung im Prinzip zu lösen. In den Inflationsjahren stiegen die in das Projekt eingestellten Bausummen zu phantastischen nominellen Beträgen, bis alle finanziellen Grundlagen der Kalkulation überhaupt zusammenzuberechnen drohten. Nach Überstehung dieser kritischen Periode war um die Jahreswende 1927/28 die geldliche Lage des Unternehmens so weit fundiert, daß durch eine glückliche Kombination von Auslandsanleihe und von Krediten aus Reichs- und Landesmitteln die weitere Finanzierung und damit auch der weiter fortschreitende Ausbau des Großschiffahrtsweges als gesichert angesehen werden konnte. Die Bilanz auf den 31. Dezember 1927 belegt das.

Grundlegend für die Beurteilung des Projekts im ganzen und in seinen einzelnen Abschnitten ist die Denkschrift des Reichsverkehrsministers vom 18. Ja-

nuar 1928. In ihr werden die Gesamtbaukosten von Aschaffenburg bis Passau auf 280 Mill. Mark veranschlagt. Der zunächst zur Ausführung bestimmte Teil des Gesamtprojekts umfaßt nach der Denkschrift: an der Donau die Kanalisierung des Stroms von Vilshofen bis Passau (auf dieser Strecke handelt es sich um die Beseitigung starker natürlicher Schifffahrtshindernisse) und um die Regulierung des Fahrwassers bei niedrigem Wasserstande von Vilshofen aufwärts bis Regensburg und von Passau abwärts bis zur Reichsgrenze, zusammen 151,5 Kilometer Wasserweg. Dem entspricht auf der Mainstrecke die Kanalisierung von Aschaffenburg bis Würzburg: 161,2 Kilometer Wasserweg in 13 Staustufen, von denen die unterste Gruppe von 3 Stufen in der Ausführung begriffen ist. Die Vollendung dieser Bauabschnitte der Donau und am Main soll nach der Denkschrift in den Zeitraum zwischen 1935 und 1940 fallen.

Am weitesten vorgeschritten ist der Donauabschnitt oberhalb Passau, eine Strecke, die früher durch Stromschnellen — Kachlet — besonders gefährlich war. Hier ist seit Februar 1928 die Donau bei Niederwasser um etwa 9 Meter aufgestaut und ein großer Stausee entstanden. Quer durch den Strom zieht sich der Bau des mächtigen Kachlet-Kraftwerks, dessen acht Turbinen seit März 1928 arbeiten. Mit dem Ausbau der Kachletstufe, einer großen wasserbautechnischen Leistung, ist das Haupthindernis der Schifffahrt zwischen Passau und Regensburg beseitigt und ein sehr wichtiger Abschnitt der Rhein-Main-Donau-Verbindung beendet. Außerdem ist ein wichtiger wirtschaftlicher Stützpunkt für das ganze Unternehmen geschaffen.

Für das sogenannte Mittelstück der Gesamtwasserstraße, die Verbindung zwischen Bamberg am Main und Kelheim an der Donau, oberhalb Regensburg, liegt jetzt auch ein endgültiges Projekt vor. Ursprünglich sollten das Kachletwerk und alle dreizehn Staustufen am Main auf einmal in Angriff genommen werden. Die starke zeitliche Beschränkung war nicht eine Folge mangelnder Leistungsfähigkeit des technischen Apparats, sondern der Schwierigkeiten der Nachkriegszeit und der beengten deutschen Finanzlage. Eine Beschleunigung des Bautempos erklärt der Verfasser des obengenannten Werks, Dr. Held, im Interesse der bayrischen, deutschen und mitteleuropäischen Wirtschaft für dringend geboten. Zur Rechtfertigung dieses Verlangens betont er die Gewinnbarkeit weiterer großer Wasserkräfte an der „Rhein-Main-Donau-Kraftwasserstraße“ (ein guter Ausdruck!). „Die Zeiten der pessimistischen Beurteilung des Wertes von Wasserkraften“, heißt es, „scheinen überwunden zu sein. Mehr und mehr setzt sich auch in Deutschland die Erkenntnis des unübertreffbaren Dauerwertes dieser Kraftgewinnung durch.“

OTTO MAULL:

Literaturbericht aus der amerikanischen Welt

F. J. Lentz: *Aus dem Hochlande der Maya. Bilder und Menschen an meinen Wegen durch Guatemala.* Mit 10 Tafeln in Dreifarbendruck nach Aquarellen des Verfassers, 106 Abb. auf Kunstdrucktafeln, 9 Zeichnungen im Text und einer Karte. XIII und 487 S. Strecker und Schröder, Stuttgart 1930. Geb. RM. 18.—.

Der Sapper-Schüler Lentz legt in diesem sehr würdig ausgestatteten Buch die Ergebnisse und Erlebnisse seiner Reisen durch Guatemala vor, die ihm ein sechsjähriger Aufenthalt in dem Lande ermöglichte. Das Buch ist dem Lehrer, Karl Sapper, dem hervorragenden Kenner lateinamerikanischer Länder unter den deutschen Geographen, gewidmet. Es sind Auszüge aus Tagebüchern, die an das ehemalige Geographische Seminar der deutschen Universität Straßburg gerichtet sind. In ihnen wird mancherlei berührt, wie der Verfasser sagt, was ehemals in den Räumen des Instituts an wissenschaftlichen und ästhetischen Fragen erörtert worden ist. Wird auch vermieden, auf rein wissenschaftliche Fragen einzugehen, so bietet doch das umfangreiche Werk, nicht zuletzt auch durch seine vorzügliche bildliche Ausstattung, so viel Tatsächliches und dabei so außerordentlich Anschauliches hinsichtlich Naturlandschaft und Leben, wobei ebenso sehr das indianische Volkstum wie die kolonialdeutsche Entwicklung berücksichtigt ist, daß auch der Geograph vollkommen zu seinem Recht kommt. In erster Linie wendet sich aber das Buch an jeden, der sich einlesen, einfühlen will in ein fremdes Land. Dem kann es nur wärmstens empfohlen werden. Er wird sich gern auf die Reisen des Verfassers mitnehmen lassen durch dessen lebensvolle Schilderungen. Unstreitig liegt hier eine der bedeutendsten Erscheinungen dieser Art vor, die wir von Lateinamerika besitzen.

Rudolf Lütgens: *ABC-Staaten* (Argentinien, Brasilien, Chile), ihre wirtschaftsgeographische Entwicklung und weltwirtschaft-

liche Ausstattung. Weltpolitische Bücherei, Band 19. Mit 22 Karten. 102 S. Zentralverlag, Berlin 1930. Geb. RM. 3.60.

Lütgens gibt eine kurz geraffte Übersicht über Argentinien, Brasilien und Chile in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftsgeographischen Struktur. Eine geographische Einleitung, die Gesamtsüdamerika skizziert, ist vorausgeschickt. Eine Zusammenfassung über die weltpolitische Geltung der drei Staaten schließt. Mehr war in dem knappen Rahmen kaum zu geben. Die Darstellung ist flüssig und orientiert gut. Die relativ zahlreichen Kartenskizzen tragen zu dem Verständnis viel bei. Besonders die kleineren Ausschnitte sind sehr zu begrüßen. Die Übersichtskarten des gesamten Südamerika sind dagegen recht stark generalisiert und nicht immer auf Grund der leicht zugänglichen neueren Darstellungen gearbeitet. Das Literaturverzeichnis ist an und für sich relativ reich, aber es fällt auf, daß die beiden zusammenfassenden Werke, Heiderich-Sieger, Karl Andreas Geographie des Welthandels, das doch schlechthin als das deutsche Standardwerk der speziellen Wirtschaftsgeographie anzusehen ist, und das von Klute herausgegebene Handbuch der geographischen Wissenschaft, das schon deshalb als die beste Länderkunde von Südamerika zu werten ist, weil sie Originalbeiträge von Forschern bringt, nicht genannt worden sind. Das ist bedauerlich, weil dem Leser dadurch ein Hinweis verschlossen bleibt, wo er sich bequem weiter orientieren könnte.

W. Rohmeder: *Der Paß von San Martin de los Andes.* 6 S. Derselbe: *Die Indianerkolonie Malleo (Neuquen).* 11 S. Sonderabdrücke aus „Phoenix“, Zeitschrift des Deutschen Wissenschaftlichen Vereins, Buenos 1929 bzw. 1930.

Die erste Studie ist eine kurze Skizze des Weges über den Paß von San Martin (Zapala-Riñihue), der Beobachtungen eingeflocht-

ten sind. Die zweite beschäftigt sich mit der Schilderung der Indianerkolonie. Beiden sind Skizzen und Bilder beigegeben.

Ibero-Amerikanisches Archiv. Jahrg. 4, H. 4. S. 493–599. 1931.

Der 4. Jahrgang liegt mit diesem 4. Heft abgeschlossen vor. Boelitz gibt einen Bericht über die Einweihung des Instituts. Die Aufsätze sind vornehmlich der Geojurispudenz gewidmet: Fr. W. von Rauchhaupt, Die Bedeutung des spanischen Rechts für die Rechtsvergleichung; Adolf Rein, Zur Geschichte der völkerrechtlichen Trennungslinie zwischen Amerika und Europa; Ingeborg Richarz-Simons, Chronik der interamerikanischen Rechtsbeziehungen. Ist der erste Aufsatz mehr nur methodischer Natur, so verfolgt Rein die wechselnden Beziehungen zwischen Alter und Neuer Welt in rechtlicher Hinsicht. Die Hinweise auf die lange rechtliche Isolierung der Neuen Welt sind besonders beachtenswert. Ingeborg Richarz gibt eine bequeme Übersicht über die internationale amerikanische Rechtsgemeinschaft. Ein wesentlicher Teil der Zeitschrift ist dem Literaturbericht und der Bibliographie gewidmet. Die von Hans Praesent besorgte Ibero-Amerikanische Bibliographie liegt bei.

Cläre With: Länder und Völker. Ein Bilderatlas in Einzelheften: Nordamerika: (68 S., RM. 2.80); Mexiko (27 S., RM. 1.50); Südamerika (38 S., RM. 2.—); Australien (24 S., RM. 1.50); Ägypten (22 S., RM. 1.50). Müller und Kiepenheuer, Potsdam 1930.

Es sind instruktive geographische Bilderbücher, bei denen man sich nur nicht ganz im klaren ist, für welches Alter sie bestimmt sind. „Die Bildersprache dieser Blätter ist als bewußtes Ausdrucksmittel gewählt, um eine möglichst große Anschaulichkeit zu erzielen. Sie schildert den uralten ewigen Kampf zwischen Natur und Mensch um Brot und Raum.“ Es besteht kein Zweifel, daß diese elementare bildliche Darstellung, die z. B. ein Schiff auf je eine wichtige Route setzt, oder durch ein paar Weizengarben Kornkammern der Erde andeutet, zusammen

mit den lapidaren Zusätzen, bequemer wichtigste Tatsachen vermittelt als langatmige Schilderungen. Der Wissende wird beim Durchblättern dieser Bücher schnell an dies und das erinnert, was ihm vielleicht im Augenblick aus dem Gedächtnis entschwunden war. Aber es darf gerade darum die Frage aufgeworfen werden, ob nicht doch eigentlich nur ein gutes Maß von Wissen diese Bilder erst belebt, während sie dem Unwissenden — und zur Belehrung sind sie doch eigentlich gedacht — ziemlich tot bleiben. Mit der Geländemanier und dem sachlichen Inhalt der Kartendarstellung kann man sich nicht einverstanden erklären. Ein bißchen mehr Geographie im allgemeinen wäre ebenso wie eine etwas anschaulichere Methode zur Herausarbeitung der Gebirgsformen und etwas mehr Rücksichtnahme auf die tatsächlichen Verkehrsverhältnisse (die einzige Europaroute nach Südamerika läuft im Nordamerikaheft zur Amazonas-mündung, im Südamerikaheft lediglich nach Buenos Aires, wohin man von Hamburg 27 [!] Tage brauchen soll. Dann wäre es nicht zu verwundern, wenn jedermann mit einem italienischen Dampfer von Genua aus dorthinführe) wäre schon zu wünschen.

Paul M. Mazur: America looks abroad.

The new economic horizons. XV u. 299 S. The Viking Press, New York 1930.

Das Buch des Verfassers von „American Prosperity“ ist den Problemen der nächsten zehn Jahre gewidmet, in denen, wie der Autor meint, die Beziehungen zu Europa ganz im Vordergrund stehen müssen, wenn eine neue Ära der Prosperität heraufsteigen soll. Mazur nimmt als Ausgang für seine Betrachtungen die verflossene Dekade, die er in ihrer außerordentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit und ihrem ungeheuren Fortschritt skizziert, aber für abgeschlossen hält: „A decade of industrial triumph came to a dramatic end“. Der Blick in die ungewisse Zukunft trifft zunächst auf Europa, das in dem ungeheuren Wandel seiner Geltung gegenüber Amerika skizziert wird: Europas finanzielle Vorherrschaft und Anteil an der

Entwicklung Amerikas wird abgelöst durch die unbestrittene Spitzenstellung Amerikas als Handels- und Finanzmacht. Die jüngste Entwicklung in Amerika zeigt aber, daß dieses fern davon ist, mit diesem Wandel die Lösung gefunden zu haben. Ausgehend von der Analyse der Handelsbilanz werden Amerikas letzte Maßnahmen, vor allem der Zolltarif, diskutiert. Nur im Zusammengehen von Amerika und Europa kann, nach des Verfassers Meinung, die Lösung aus dem bestehenden Dilemma gefunden werden: „the industrial sovereignty of the earth will still be shared by both America and Europe“. Methodenwechsel, meint Mazur, ist wie dort nötig. Was immer man über eine Amerikanisierung denken möge, Europa müsse sich einer solchen radikal unterziehen. Aber auch Amerika ist nicht auf dem richtigen Weg: „Her primary requirements are less provincialism in politics and a more carefully considered foreign economic policy“. Das Buch verrät einen unbestreitbaren Weitblick, hält sich aber in der Sphäre allgemeiner Betrachtung, die auf eingehendere Belege verzichtet.

Henry Ford: Und trotzdem vorwärts!

Unter Mitwirkung von Samuel Crowther. Deutsche Ausgabe von Curt Thesing und Wa. Ostwald. 337 S. Paul List, Leipzig 1930. Geb. RM. 10.—.

Auch das neue Ford-Buch nimmt Stellung zu dem amerikanischen Problem: „Ist es denkbar, daß unser Land im Begriff steht, seinen geschäftlichen Einfluß zu verlieren?“ Das ist das Thema, das in dem vorliegenden Buch nach seinen verschiedenen Seiten abgehandelt wird. Ford geht sofort auf das Problem selbst ein. Ein Zusammenbruch sei unvermeidlich, wenn die Grundprinzipien des Geschäftslebens mißachtet würden. Nach seiner Meinung sind diese folgende: 1. Eine wachsende große Menge von Waren denkbar bester Qualität auf die beste und wirtschaftlichste Art herzustellen und auf den Markt zu bringen. 2. Ständig nach höherer Qualität bei niedrigeren Verkaufspreisen und niedrigeren Gesteuerungskosten zu streben. 3. Allmähliche, aber dauernde Hebung der Löhne. 4. Die

Waren auf die wirtschaftlichste Art dem Konsumenten zugänglich zu machen. Diese Grundsätze werden angewandt zur Skizzierung des Wegs zum Reichtum, zur Widerlegung der Angst vor der Überproduktion, zur Beantwortung der Frage, ob Arbeit gefördert oder gespart werden soll, der Lohnfrage. Es folgen soziale Kapitel, die mit den ersten Grundsätzen in enger Beziehung stehen: über die Arbeitslosigkeit, über Wert der Muße, über das Problem des Alters, über die Abschaffung der Armut. Gerade von Ford ist es interessant, über die Maschinenarbeit und Handwerkskunst zu hören. Der zweite Teil des Buches wendet sich wieder stärker dem Ganzen der Industrie und der Wirtschaft zu: Geschäftsführung und Größe, Umstellung einer Industrie, anpassungsfähige Massenproduktion, von der Genauigkeit in der Fabrikation, Einführung der Ford-Methoden im Ausland, Arbeit im Ausland. Das Problem der Führerschaft und das der Prohibition ziehen vorüber. Die Endkapitel sind dem Fortschritt und den Grenzen des Geldes gewidmet. Dieses Buch gehört zu den hervorragendsten wirtschaftspädagogischen Wegweisern.

John K. Winkler: John D. Rockefeller.

Ein Ölporträt. Deutsche Übersetzung von Ursula von Zedlitz. 248 S. Transmare-Verlag, Berlin 1930. Geh. RM. 4.—; geb. RM. 6.—.

Das Buch entwirft mit der Zeichnung einiger besonderer Züge der langen Geschäftslaufbahn des amerikanischen Ölkönigs dessen Porträt. Es beginnt mit einem Rückblick auf die Ahnen. Im nordwestlichen Pennsylvanien, der Petroleumgegend, findet Rockefeller den Einstieg zu seinem weiteren steilen Lebensweg. Weg zur Monopolbildung heißt die nächste Strecke. Anfangs der achtziger Jahre beherrscht er den Petroleummarkt. Später beginnt unter Roosevelt der Kampf des Staates und der öffentlichen Meinung gegen den Petroleumtrust. Mit dem Ausblick auf die Erben schließt das Buch. Schlicht, und doch bei dem Leser in jedem Augenblick Interesse erweckend, erzählt es die Geschichte — bei

einem Neunzigjährigen ist das erlaubt zu sagen — dieses eigenartigen Mannes, den allezeit ein bizarrer Wirklichkeitssinn ausgezeichnet hat, gleichgültig, ob er sich in frömmelnder Selbstbescheidung den Weg zu den ersten Erfolgen wählte, oder ob er später als der geistige Urheber der Geschäftsmethoden von „Standard Oil“ der Zielpunkt schwerster Vorwürfe war, die ihm die öffentliche Meinung machte, oder ob er durch seine großartigen Stiftungen die Umwelt an seinem Reichtum teilnehmen ließ.

H. Dubreuil: Arbeiter in USA. Mit einem Vorwort von E. Michel. Aus dem Französischen von H. Kauders. 372 S. Bibliographisches Institut, Leipzig 1930. Kart. RM. 5.50.

Das Buch ist der Bericht eines französischen Arbeiters und Gewerkschaftsführers,

der auf Erfahrungen als Werkträger in den Vereinigten Staaten beruht. „Was denkt und fühlt eigentlich der Arbeiter gegenüber der amerikanischen Mechanisierung?“ ist das Hauptproblem. Damit vereinigt sich Betrachtung des Alltäglichen. Alles ist anspruchslos, aber lebendig, fließend geschrieben. So berichtet er vom Arbeiterleben, von dem Maschinenismus, dem Lohn der Arbeit, der Sicherheit der Hygiene der Arbeit, den Arbeiterunionen und anderem mehr. Die Frage der Amerikanisierung wird nicht mit einem einfachen Nein oder Ja beantwortet. Er glaubt, daß das Studium der amerikanischen Verhältnisse an die Schwelle einer neuen wahren Revolution führen wird. Sein Ziel ist aber nicht etwa eine amerikanische Kopie. Über Amerika hinaus solle der Weg gehen.

GERHARD HERRMANN:

Weltwirtschaftlicher Literaturbericht

Ludwig Reiners. Die wirkliche Wirtschaft. VIII, 289 Seiten, 72 graphische Darstellungen. C. H. Beck Verlag, München 1931. Geheftet RM. 4.—, in Leinen RM. 5.80.

Dieses Buch bemüht sich mit Erfolg, in Frage und Antwort eine Einführung in wirtschaftliches Denken und in die Erfassung wirtschaftlicher Zusammenhänge zu geben, die im wesentlichen an der wirtschaftlichen Gegenwartslage Deutschlands illustriert werden. Einige Kapitel, z. B. über das Bevölkerungswesen, das Geldwesen und die Probleme der internationalen Verflechtung sind in ihrer Art hervorragend und werden teilweise durch graphische Darstellungen geschickt veranschaulicht. Daß bei diesem Zwiegespräch zwischen einem Wissenschaftler und einem Fabrikanten bisweilen ziemliche Flachheiten unterlaufen, dürfte angesichts der popularisierenden Absicht nicht immer zu vermeiden sein.

Sehr viel schwerer aber wiegt ein anderer Einwand: Der Verf. steht offensichtlich auf entschieden kapitalistischem Standpunkt, neigt also dazu, den Kapitalismus als Gottgegeben-

heit hinzunehmen, während sich der Staat auf die gute alte Nachtwächterrolle zu beschränken hätte. Diese Einstellung tritt besonders in den Schlußkapiteln über Einkommensverteilung, die öffentlichen Finanzen und die Fragen der sozialen Schichtung hervor, deren Problematik mindestens schief, teilweise geradezu polemisch dargestellt wird. Die Spannungen innerhalb der Einkommensverteilung, die Übermacht der Kartelle, Konzerne und Großbanken werden mehr als rosenrot hingestellt, eine Verharmlosung, der sich eine Darstellung der „wirklichen Wirtschaft“ nicht schuldig machen dürfte. „Für oder wider den Kapitalismus“ ist heute und morgen die Schicksalsfrage in Deutschland, und es wäre unbedingt notwendig und ehrlicher gewesen, diese Gegensätzlichkeit in einem besonderen Kapitel zu diskutieren, anstatt sie stillschweigend als entschieden vorauszusetzen und dem unkritischen Leser — und gerade an solche will sich ja das Buch wenden — in sehr vorsichtiger Dosierung eine „wirkliche Wirtschaft“ vorzusetzen, die in dieser Form eben gerade nicht wirklich ist. Bleibt

man sich dieser Einschränkung bewußt, so dürfte dieses Buch trotz alledem gute Dienste leisten.

James W. Angell: Der Wiederaufbau Deutschlands. Von Versailles bis zum Young-Plan. 323 Seiten. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1930. Preis geh. RM. 14.—, geb. RM. 17.—.

Dieses Buch eines angesehenen amerikanischen Nationalökonomens dürfte m. W. die zur Zeit beste Monographie über die deutsche Wirtschaft darstellen, trotzdem sie von einem Ausländer geschrieben ist. Gewiß kommt bei Angell diese oder jene Einzelfrage zu kurz oder ist schief gesehen, aber im ganzen ist der Verf. von erstaunlicher Objektivität und Urteilskraft. Die typischen Fehler amerikanischer Beobachter deutscher bzw. europäischer Wirtschaftsverhältnisse — nämlich zu vergessen, daß bei uns angesichts eines ausgesprochenen Kapitalmangels und Überflusses an Arbeitern gänzlich verschiedene Voraussetzungen gegeben sind, wodurch amerikanische Wirtschaftsmethoden für uns keineswegs das Allheilmittel darstellen — diese sehr häufigen Fehler werden stets vermieden.

Der Stoff ist systematisch gegliedert und umfaßt im wesentlichen die Entwicklung seit 1924. Landwirtschaftliche Fragen treten bewußt zurück. Die Flüssigkeit der Darstellung — typisch, ja selbstverständlich für angelsächsische Autoren — ist in der ausgezeichneten Übersetzung erhalten geblieben. Die großen Entwicklungslinien kommen scharf heraus. Ein Ertrinken im Wust der Einzeltatsachen ist geschickt vermieden. Das Buch eignet sich vorzüglich als Einführung, um so mehr als ja bereits die amerikanische Ausgabe sich ohne Voraussetzung von Vorkenntnissen an das Publikum wenden mußte.

M. J. Bonn: Der Neue Plan als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik. 266 Seiten. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1930. Preis geh. RM. 7.50, geb. RM. 9.—.

Der bekannte Verf. gibt nach kurzem Rückblick auf die bisherige Entwicklung der Reparationsfrage eine sehr sorgfältige, alle Fragen erschöpfende Darstellung des Aufbaus und der Funktion des Young-Plans, dessen Wirkungsmöglichkeiten allerdings reichlich optimistisch

beurteilt werden. Ein umfangreiches Schlußkapitel (Seite 163—233) enthält sehr beachtenswerte Ausführungen über die inneren Zusammenhänge von Finanz- und Wirtschaftspolitik, wobei vor — leider nur zu berechtigter — Kritik nicht zurückgeschreckt wird. Flüssige Schreibweise und ausgesprochener Mut, auch zu aktuellen Fragen Stellung zu nehmen, zeichnen das Buch aus, das innerhalb der deutschen Reparationsliteratur einen hervorragenden Platz einnimmt und besonders eine gute Ergänzung zu dem vor vier Jahren erschienenen Buch von Carl Bergmann, *Der Weg der Reparation*, darstellt.

W. D. Preyer, Der Pariser Tributplan. 114 Seiten. Verlag von Georg Stilke, Berlin 1929.

Diese Broschüre gibt eine Darstellung des Aufbaus und der Funktion von Dawes- und Young-Plan und gelangt zu dem Ergebnis, daß beide Pläne wirtschaftlich auf die Dauer nicht tragbar sind, daß sogar in mancher Hinsicht der Dawes-Plan vorzuziehen war, da er als erster Versuch einer Lösung leichtere Revisionsmöglichkeiten bot als der Young-Plan, worin die deutschen Zahlungsverpflichtungen „kommerzialisirt“ worden sind. Leider verdirbt sich der Verf. selbst die Wirkungskraft seiner oft richtigen und beherzigenswerten Ausführungen, da in ihm des öfteren der Parteimann über den Wissenschaftler die Oberhand gewinnt, gegen den „marxistischen Geist“ wettet und nach bewährtem Muster die Ansicht des innerpolitischen Gegners als „verbrecherisch“ hinstellen beliebt.

Regierungsrat Horwitz, Um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. 80 Seiten. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin 1930. Preis RM. 2.—.

Eine ganz ausgezeichnete, knapp und leicht verständlich geschriebene und mit guten Schaubildern versehene Darstellung der innerdeutschen Wirtschaftslage. Ausgehend von den Einbußen an Wirtschaftskraft durch den verlorenen Krieg und die Reparationslasten wird die Hauptschwierigkeit der deutschen Wirtschaft in ihrem Kapitalmangel gesehen. Reparationen und Zinsverpflichtungen aus Auslandsanleihen machen es notwendig, die deutsche Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Da der Steigerung des Auslands-

absatzes deutscher Waren natürliche Grenzen gesetzt sind, hat die wichtigste Aufgabe in der Hebung des inneren Marktes zu liegen. Die ernste und doch optimistische Schrift dürfte vorzüglich für die Behandlung in Schulen geeignet sein.

Paul Haensel: Die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands. 204 Seiten. Verlag I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1930. Preis geh. RM. 8.—, geb. RM. 10.—.

Arthur Feiler: Das Experiment des Bolschewismus. 270 Seiten. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt 1930.

Die beiden Werke von Haensel und Feiler eignen sich gut zu kombinierter Lektüre. Haensel kennt aus jahrzehntelanger öffentlicher Tätigkeit in wissenschaftlichem wie praktischem Wirken das zaristische wie bolschewistische Rußland. Auf dieser Kenntnis aufbauend gibt Verf. eine detaillierte Darstellung des russischen Wirtschaftsaufbaus, wie sie ein Landesfremder nie liefern könnte. So wertvoll das Tatsachenbild ist, das H. entrollt, so ist allerdings seine kritische Stellungnahme zum bolschewistischen System als solchem nicht immer überzeugend. Ein menschlich sehr begreifliches Ressentiment — mußte doch der Verf. das typische Schicksal eines „Spezi“ erleiden — macht es ihm oft schwer, den notwendigen Abstand zu gewinnen, und läßt die häufig sehr berechtigte Kritik zu sehr an den Einzeltatsachen zersplittern, wobei die grundsätzliche Kritik zu kurz kommt und die zweifelloso Großartigkeit des russischen Experiments wie auch manches Positive daran wohl nicht im rechten Licht erscheint.

Hierzu ist Feilers Buch eine hervorragende Ergänzung. Seine Ausführungen erregten bereits bei ihrem seinerzeitigen Erscheinen in der „Frankfurter Zeitung“ berechtigtes Aufsehen. In geradezu hinreißender Darstellung entwickelt der Verf. die wirtschaftliche Lage Rußlands. Der besondere Wert seiner Ausführungen liegt darin, daß er ausgeht vom „Pathos der Revolution“, im besten Sinne geschichtsphilosophisch denkend. Dadurch gewinnt er einen überaus objektiven Anhalt für seine Kritik, die, bei aller Schärfe im einzelnen, doch einen tiefen Eindruck von der historischen Größe des Ge-

schehens in Rußland übermitteln. Im Gegensatz zu den meisten Autoren vermeidet es der Verf., gänzlich fruchtlose europäische oder „zaristische“ Maßstäbe anzulegen. Aus der Mentalität der Herrschenden wie Beherrschten heraus entwickelt er die innere Notwendigkeit des Geschehens, ohne durch vorgefaßte Meinung das von ihm entworfene Bild zur Apotheose oder zum Verdammungsurteil zu entstellen.

Martin Böckenhauer: Die Genossenschaften im Wirtschaftssystem des Sowjet-Staates. 148 Seiten. C. L. Hirschfeld Verlag, Leipzig 1930. Preis geh. RM. 7.—, geb. RM. 8.50.

Eine sorgfältige, offensichtlich aus einer Dissertation hervorgegangene Arbeit über ein wichtiges Spezialthema des sowjetrussischen Wirtschaftssystems.

Bericht über die Verhandlungen der V. Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung in Breslau am 28. Februar und 1. März 1930. Bearbeitet von Ottokar Landwehr-Pragenau. Verlag Dr. Walther Rothschild, Berlin-Grünwald 1930. Preis geh. RM. 8.80.

Angesichts der Aktualität, die die Fragen eines mitteleuropäischen Wirtschaftszusammenschlusses im Zusammenhang mit den Genfer Diskussionen und den Bemühungen um eine Blockbildung der osteuropäischen Staaten bilden, verdient dieser Tagungsbericht über seinen unmittelbaren Anlaß hinaus Beachtung. Am interessantesten ist der Hauptvortrag von Riedl über „Wege zu einem Wirtschaftsbandnis“ bzw. die anschließende Diskussion. Einigkeit besteht darüber, daß ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbandnis einen Warenaustausch im Innern durch Vorzugszölle und nach außen durch Schutzzölle zum Gegenstand haben müsse. Die übrigen Themen betreffen mehr technische Fragen: die Intensivierung des mitteleuropäischen Post-, Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsverkehrs.

E. Lindner: Die Wirtschaftsrate in Europa.

Ein Beitrag zur Frage der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsunion. 52 Seiten. E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1931. Preis geh. RM. 2.50.

Eine knappe, aber zuverlässige Darstellung der in allen europäischen Staaten bestehenden Wirtschaftsrate nach Aufbau und Funktion, zu-

sammen mit einem abschließenden Versuch der Systematisierung.

Andreas Meisner: Das Problem der handelspolitischen Neuordnung Mitteleuropas. 39 Seiten. Zeitfragen-Verlag, Berlin NW 87, 1930. Preis geh. RM. 1.50.

Eine ganz kurze, aber als erste Einführung recht geeignete Abhandlung, die ausgehend von der durch den Krieg veränderten Stellung Europas im weltwirtschaftlichen Güteraustausch im Schlußkapitel über „die handelspolitischen Maßnahmen zur Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Interessengemeinschaft Mitteleuropas“ zu ähnlichen Ergebnissen kommt wie die oben erwähnte mitteleuropäische Wirtschaftstagung.

Andreas Fleißig: Planeuropa. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas. 171 Seiten. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1930. Preis geh. RM. 7.50, geb. RM. 9.—.

Eine theoretisch gehaltene, aber sehr flüssig geschriebene Arbeit über die bereits heute im Hochkapitalismus erkennbaren Kräfte zu seiner Weiterbildung zum Plankapitalismus. Der Verf. vertritt die Ansicht, daß der Sozialismus im landläufigen Sinne diese Entwicklung nicht herbeiführen kann, und verfißt die These (Seite 44—74), daß die Kartelle, insbesondere die internationalen Kartelle, nach Überwindung gegenwärtiger Auswüchse und Gefahren, berufen sind, einen Plankapitalismus auf der Basis internationaler Solidarität herbeizuführen.

Hans Mieske: Die Kampferversorgung der Welt. 149 Seiten. Eigenverlag Dr. Hans Mieske, Berlin S. 42, 1929. Preis RM. 7.50.

Eine ausgezeichnete, viel unbekannte Materialverarbeitende Monographie. Fußend auf der Beherrschung der technischen Zusammenhänge wird eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des seit der Erwerbung von Formosa (1895) bestehenden japanischen Monopols für Naturkämpfer gegeben. Der zweite Teil behandelt die Entwicklung der Kunstkampferindustrie, deren Überlegenheit über den Naturkämpfer als endgültig zu betrachten ist. Ob allerdings die Vormachtstellung Deutschlands auf dem Gebiete der synthetischen Kampfererzeugung, in Anbetracht der Entwicklung der chemischen Industrie in anderen Ländern, erhalten bleiben wird, ist eine offene Frage.

José Carlos de Macedo Soares: Der Kautschuk. 127 Seiten. Orell Füßli Verlag, Zürich und Leipzig 1930. Preis geh. RM. 3.60.

Eine lebendige, gut einführende Studie, die eine Lücke in der Literatur schließt. Wenn auch stark vom brasilianischen Standpunkt aus gesehen, wird ausführlich auf die mit der Valorisierung von Weltrohstoffen verbundenen Fragen eingegangen und auch die Bedeutung der USA. als bei weitem wichtigstem Abnehmer gebührend berücksichtigt.

Die Bände „Deutschland“ und „Außereuropäische Erdteile“ des Seydlitzschen Handbuchs der Geographie werden jetzt abschließend durch das Erscheinen des Bandes „Europa“ ergänzt. Wir bitten daher unsere Leser, dem beiliegenden Prospekt der Verlagsbuchhandlung Ferdinand Hirt, Breslau, ihre Aufmerksamkeit zu schenken. — Die zweite Beilage ist ein Werbeblatt für den 24. Deutschen Geographentag. Die Wahl des altehrwürdigen Danzigs als Tagungsort begrüßen wir aufrichtig als ein Zeichen engster Verbundenheit deutschen wissenschaftlichen Lebens innerhalb und außerhalb der Versailler Diktatorgrenzen.